

GESPRÄCHE

Welche Herausforderungen die Organisation

ZUR ZUKUNFT

des Nordatlantikvertrags bewältigen muss

DER NATO

ARGUMENTE



ATLANTIK-BRÜCKE

Zum Geleit

Kaum ein Thema dominiert die transatlantische Debatte derzeit so sehr wie die Frage nach der fairen Lastenteilung innerhalb des NATO-Bündnisses. Neben der zukünftigen Gestaltung der transatlantischen Wirtschafts- und Handelspolitik sorgt die zuweilen holzschnittartige Debatte über das Zwei-Prozent-Ziel weiterhin für Anspannung zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Die zum Teil provokativen Äußerungen des US-Präsidenten über die Relevanz und Zukunftsfähigkeit der NATO hatten im vergangenen Jahr zudem für erhebliche Verunsicherung gesorgt. Abgesehen von der Frage, wie – und vor allem wie schnell – eine Erhöhung der deutschen Verteidigungsausgaben realisiert werden kann und sollte, ist eines sehr klar: Die weltweiten Sicherheitsbedrohungen nehmen zu, und sie erfordern eine enge Kooperation und effektive Zusammenarbeit der Allianz-Partner – und die klare Bereitschaft Deutschlands, in die eigene Sicherheit zu investieren.

Seit Bestehen der Atlantik-Brücke im Jahr 1952 steht die intensive Auseinandersetzung mit Entwicklungen der Außen- und Sicherheitspolitik im Mittelpunkt unserer Aktivitäten. Dahinter steht diese fundamentale Überzeugung: Ohne diplomatische Bemühungen auf dem Boden demokratischer Rechtsstaatlichkeit und ohne verteidigungspolitische Handlungsfähigkeit kann es keine freie und friedliche Welt geben. Als zentrale Institution der westlichen Sicherheitsarchitektur hat die NATO und deren strategische Entwicklung die Atlantik-Brücke daher stets bewegt. Das Verteidigungsbündnis bildete zunächst einen der Grundpfeiler für die Westbindung der alten Bundesrepublik Deutschland. Heute, fast drei Jahrzehnte nach dem Ende des Kalten Krieges, ist es im substanziellen Interesse der

freien Welt – und damit der transatlantischen Verbündeten –, dass die NATO derart finanziell, materiell und personell ausgestattet und strategisch ausgerichtet bleibt, dass sie auch in Zukunft für Sicherheit und Stabilität zuallererst im nordatlantischen Raum sorgen kann.

Mit der vorliegenden Publikation möchten wir einen Beitrag leisten zu einem differenzierten und sachlichen Dialog über die Zukunft der NATO. Wir danken allen Experten dafür, dass sie uns in exklusiven Interviews und für Debattenbeiträge zur Verfügung gestanden und die Atlantik-Brücke in deren Arbeit unterstützt haben.



Friedrich Merz



David Deißner

Inhalt

Vorwort	7
Zwischen Worst und Best Case: Die Zukunft der NATO Standpunkt von Prof. Dr. Burkhard Schwenker	14

1 Jenseits des 2-Prozent-Ziels der NATO	
„Verlässlichkeit in der NATO ist ein hoher Wert“ Interview mit Dr. Géza von Geyr	20
„Diplomatie bleibt heiße Luft ohne militärische Fähigkeit“ Interview mit Botschafter Wolfgang Ischinger	32
Wir müssen mehr Mittel bereitstellen Ein Pro zum 2-Prozent-Ziel von Henning Otte ...	43
Mehr Geld ist nicht gleich mehr Effizienz und ein Contra zum 2-Prozent-Ziel von Rainer Arnold	48
Uneinigkeit bei fairer transatlantischer Lastenteilung Hintergrundartikel von Robin Fehrenbach	52

Inhalt

2 Die Rolle der USA innerhalb der NATO

“A demonstration that we stand together”	62
Interview with Deputy Secretary General Rose Gottemoeller *	
“NATO is the most successful Alliance in world history”	72
Interview with Lieutenant General Frederick B. Hodges *	
“The goal is to normalize relations with Russia”	79
Interview with Dr. Michael E. O’Hanlon *	
„Wer bei Wiederaufbau und Entwicklung kürzt, muss hinterher mehr Geld ausgeben“	91
Interview mit Dr. Marco Overhaus	
“‘America first’ does not mean ‘America alone’”	103
Interview with Dr. Richard D. Hooker Jr. *	
“Doubts about America’s commitment to Article 5 are removed”	107
Interview with Dr. Magnus Nordenman *	
“Sometimes nastiness is more effective than soft power”	116
Interview with Professor Joseph S. Nye, Jr. *	

Inhalt

3 Der europäische Pfeiler der NATO

„Absurdes Ausmaß in der Vielfalt von Waffensystemen“	126
Interview mit Dr. Norbert Röttgen	
“The EU is now motivated to take real action”	136
Interview with Dr. Julianne Smith *	
„Europas Streitkräfte stehen an einer Weggabelung“	145
Interview mit Dr. Gundbert Scherf und Dr. David Bachmann	
“Russian challenges tire out our population”	153
Essay by Ambassador Darius Semaška *	

* In English

Vorwort

Die NATO ist seit 1949 eine wichtige verteidigungspolitische Säule der Nachkriegsordnung – heute ist ihre Zukunft ungewiss. Vor knapp 70 Jahren unterzeichneten die zwölf Gründungsmitglieder am 4. April 1949 den Nordatlantikvertrag nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen. Damals konnten Belgien, Dänemark, Frankreich, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika die der NATO bevorstehenden, höchst unterschiedlichen Phasen ihrer Entwicklung nicht vorhersehen. Das heute 29 Mitgliedsländer umfassende Verteidigungsbündnis blickt also inzwischen auf eine ereignisreiche Geschichte. Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen unterscheiden sich grundlegend von denen der Gründungsjahre. An die Stelle der starren Blockkonfrontation der Nachkriegsjahre sind vielfältige und hochkomplexe geopolitische und sicherheitspolitische Fragestellungen getreten.

In ihrem ersten und längsten Stadium definierte sich die NATO über das Ziel einer strategischen Stabilität, welche die Verteidigung des Nordatlantikraumes gegen die UdSSR und die Staaten des Warschauer Paktes in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten stellte. Im Laufe der 1950er Jahre differenzierte sich die NATO-Strategie zunächst zu einer Vorwärtsverteidigung aus. Diese wurde abgelöst durch die nukleare Teilhabe von europäischen NATO-Mitgliedern ohne Status einer Atommacht. Schließlich dominierte das Abschreckungsszenario in Form einer massiven Vergeltung mit Nuklearwaffen bei einem Angriff des Warschauer Paktes die strategischen Planungen in einem sich zunehmend abzeichnenden Gleichgewicht der Kräfte. Ende 1967 löste die Strategie der „abgestuften Reaktion“ die bisherigen Leitlinien ab.

Diese lenkte mit der Zwei-Pfeiler-Doktrin die Ausrichtung des Bündnisses zum einen auf sicherheitspolitische Verteidigungskapazitäten durch konventionelle Streitkräfte und taktische Nuklearwaffen und zum anderen auf eine neuartige Entspannungspolitik, die etwa im NATO-Doppelbeschluss von 1979 ihren Ausdruck fand.

Mit dem Ende des Kalten Krieges in den Jahren 1989 bis 1991 veränderte sich die Aufgabe und Rolle der NATO grundlegend. Nachdem sich der Warschauer Pakt aufgelöst hatte, entwickelte sich das westliche Bündnis verstärkt zu einem Instrument des Krisenmanagements. Neben der Verteidigungsfähigkeit sollten in der Folge die Komponenten des Dialogs und der Kooperation an Gewicht gewinnen. Out-of-Area-Einsätze außerhalb des Territoriums der NATO bestimmten ebenfalls das Aufgabengebiet einer abermals reformierten Allianz. Ende der 1990er Jahre und zu Beginn des neuen Jahrtausends nahmen dann sowohl die NATO-Osterweiterung als auch der NATO-Russland-Rat konkrete Züge an.

Der 11. September 2001 erschütterte nicht nur die USA und die gesamte freie Welt, sondern auch die NATO als militärisch-politische Organisation. Dieser ungeheure und in seiner Zerstörungskraft bis dahin ungekannte Akt islamistischen Terrors löste erstmals in der Geschichte des Bündnisses den kollektiven Verteidigungsfall nach Artikel 5 aus – und führte die Allianz in einen dritten markanten Abschnitt ihrer Geschichte. Die ISAF-Mission in Afghanistan zeigte nach den Attacken, dass die NATO vor neuen Anforderungen außerhalb des Nordatlantikraums steht.

Wo steht das altehrwürdige Bündnis heute? Die NATO ist nicht erst seit der Vereidigung Donald Trumps zum 45. US-Präsidenten Gegenstand einer intensiv geführten Debatte in den Vereinigten Staaten und Europa um faire Lastenteilung der transatlantischen Sicherheitspolitik. Die europäischen Mitgliedstaaten des Bündnisses mühen sich seit Jahren, spätestens aber seit dem NATO-Gipfel von Wales im Jahr 2014, um einen höheren finanziellen Beitrag, aber auch um mehr Effizienz etwa in der Beschaffung von Rüstungsgütern. Gleichzeitig

findet eine facettenreiche Diskussion darüber statt, welche Elemente der Entwicklungspolitik, Diplomatie und Krisenprävention wie auch nachsorge in die Verteidigungshaushalte inkludiert werden sollten.

Der interne Reformdialog hat einen ernsten, akuten Hintergrund in einer Welt der geopolitischen Krisen und Konflikte. Das älteste Verteidigungsbündnis der internationalen Politik wird vor allem durch russische Aggressionen im Osten Europas, insbesondere gegenüber den baltischen Staaten und Polen, strategisch herausgefordert. Die terroristische Bedrohung des sogenannten „Islamischen Staates“ in Syrien und im Irak sowie in weiteren Staaten des Nahen und Mittleren Ostens stellt ebenfalls eine gravierende Herausforderung dar.

Die hier vorliegende vierte Ausgabe der „Atlantik-Brücke Argumente“ mit dem Titel „Gespräche zur Zukunft der NATO“ bündelt Interviews mit sowie Meinungsbeiträge von amerikanischen und deutschen verteidigungspolitischen Experten, Think-Tank-Vertretern, Wissenschaftlern, Militärs und Diplomaten, die mögliche Lösungsansätze für die Modernisierung der NATO aufzeigen. Wir haben uns entschieden, die Beiträge in der Originalsprache der Verfasser beziehungsweise der Gesprächspartner zu belassen.

Der vorliegende Band untergliedert sich in drei Teile.

Der erste Teil beschäftigt sich eingehend mit dem 2-Prozent-Ziel der NATO. Mit dieser Vorgabe setzen sich alle Mitglieder der Allianz schon seit einigen Jahren intensiv auseinander. Insbesondere Präsident Trump dringt darauf, dass alle europäischen Bündnispartner dieses Ziel so schnell wie möglich erfüllen. Die beiden folgenden Teile gehen jeweils ausführlich auf die transatlantischen NATO-Mitglieder ein: Der zweite Teil analysiert die Rolle der Vereinigten Staaten von Amerika innerhalb der Allianz. Die USA sind zweifellos das militärisch stärkste Mitglied des Bündnisses, sie übernehmen die höchste Verantwortung in Einsätzen und schultern den größten Teil der finanziellen Lasten. Der abschließende dritte Teil behandelt den europäischen Pfeiler der NATO. Darin geht es nicht nur um den europäischen Beitrag zum Gelingen der Aktivitäten des Bündnisses, sondern auch um

eine schon länger diskutierte Vision: den Aufbau einer Europäischen Verteidigungsunion als Ergänzung zur NATO.

In der Debatte über das 2-Prozent-Ziel konstatiert Géza von Geyr: Dass Deutschlands Ausgaben für Sicherheitspolitik stetig wachsen, ist strategisch geboten. Im Interview mit der Atlantik-Brücke plädiert der Abteilungsleiter Politik im Bundesministerium der Verteidigung zudem für einen Aktivitätsindex innerhalb der Allianz. Nur damit lasse sich nachvollziehen, wie stark sich die einzelnen NATO-Mitglieder im Bündnis nicht nur militärisch engagieren.

Botschafter Wolfgang Ischinger betont im Anschluss, dass Diplomatie ihre Wirkungsmacht erst dann vollends entfalte, wenn sie durch militärische Handlungsfähigkeit glaubwürdig unterfüttert sei. Der Verlauf des Krieges in Bosnien in den 1990er Jahren sei dafür ein „klassisches Lehrbuchbeispiel“. Hinsichtlich des 2-Prozent-Ziels der NATO erklärt der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz, wie dieses durch qualitative Merkmale und eine aufeinander abgestimmte Planung der europäischen Bündnispartner zu ergänzen sei.

Es folgt ein Pro und Contra zu den parlamentarischen Verteilungskämpfen um das 2-Prozent Ziel. Henning Otte unterstützt dieses ausdrücklich. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion begründet seine Haltung mit Deutschlands gestiegener Verantwortung in einer konfliktbeladenen Welt. „Es zeichnet sich ab, dass die USA ihre alte Rolle als Ordnungsmacht in vielen Teilen der Welt immer weniger wahrnehmen werden“, so Otte. Rainer Arnold dagegen hält das 2-Prozent-Ziel für überschätzt. Der langjährige verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion plädiert dafür, dass Deutschland seine Wehrausgaben vor allem qualitativ einsetzt.

Der erste Teil des Bandes schließt mit einem Hintergrundartikel zur aktuellen Debattenlage rund um den Begriff der „fairen Lastenteilung“. Die Zukunft der NATO wird wesentlich davon abhängen, wie die Vereinigten Staaten und Europa die gemeinsamen verteidigungspolitischen Aufgaben erfüllen. Dabei gehen die Ansichten

von Amerikanern und Europäern schon darüber auseinander, wie ausgewogenes Burdensharing zu definieren ist.

Der zweite Teil widmet sich ausführlich der Rolle der USA innerhalb der Allianz und beginnt mit einem Interview mit Rose Gottemoeller. Die stellvertretende NATO-Generalsekretärin hält die Sicherheitsgarantie für das Baltikum und Polen für zuverlässig. Sie fordert zugleich, dass sich Russland an seine Verpflichtungen zur Transparenz mit Blick auf dessen militärische Übungen in dieser Region hält. Gottemoeller betont zudem, dass die neue Kommandostruktur des Bündnisses „robust und agil sein und ihren Zweck komplett erfüllen wird“.

Generalleutnant Frederick B. Hodges unterstreicht im darauffolgenden Interview, wie wichtig die Komponenten Logistik und Interoperabilität in Europa für die NATO sind. Hodges, der bis zum 15. Dezember 2017 Commanding General der U.S. Army Europe war, verleiht außerdem seiner Hoffnung Ausdruck, dass sich die angespannten russisch-amerikanischen Beziehungen verbessern werden. Das Ziel müsse lauten, dass Russland eines Tages „wieder in den Kreis der verantwortungsbewussten Nationen aufgenommen wird“.

Das darauffolgende Interview beschäftigt sich mit der Frage der NATO-Osterweiterung. Diese müsse ein Ende haben, fordert Michael E. O’Hanlon. Der Senior Fellow für Außenpolitik der Brookings Institution und Autor des Buches “Beyond NATO” schlägt eine alternative Sicherheitsarchitektur in Europa vor. Darin würden Verhandlungen westlicher Nationen mit langfristig neutralen Ländern in Osteuropa das Risiko eines Krieges gegen Russland verringern, argumentiert O’Hanlon.

Im Gegensatz dazu sieht Marco Overhaus einige interne Bedrohungen auf die strategischen Sicherheitsinteressen des transatlantischen Bündnisses zukommen. Zu diesen Gefahren zählt der Experte für US-Verteidigungspolitik von der Stiftung Wissenschaft und Politik den Dissens zwischen den NATO-Partnern bei der Frage nach dem Kampf gegen den Terrorismus sowohl sunnitischer als auch schiiti-

scher Prägung. Positiv sei allerdings die Tatsache zu bewerten, dass das operative Engagement der Amerikaner in der NATO kontinuierlich anhalte.

Das Engagement der USA in der NATO sei unumstößlich, unterstreicht Richard D. Hooker Jr. im unmittelbar darauffolgenden Gespräch. Dies müsse jedoch auf einer fairen Lastenteilung und dem „Prinzip der Wechselseitigkeit“ basieren, fordert der Special Assistant von Präsident Trump und Senior Director for European and Russian Affairs im Nationalen Sicherheitsrat. Er skizziert die US-Strategie für die Allianz und betont, wie wichtig es sei, „Frieden im gesamten Gebiet des Nordatlantikvertrages aufrechtzuerhalten“.

Im folgenden Gespräch beruhigt Magnus Nordenman die Bewohner von Guam und Hawaii: Die US-Regierung unter Präsident Trump stehe nach anfänglichen Irritationen fest zu Artikel 5. Der Direktor der Transatlantic Security Initiative im Atlantic Council stellt dagegen fest, dass die Anti-Terror-Strategie der Vereinigten Staaten für die NATO noch kaum entwickelt sei. Gegenüber der Atlantik-Brücke erklärte Nordenman in Washington, D.C. außerdem, dass die besondere Qualität der neuen Kommandostruktur der Allianz im besseren Aufbau von Verstärkung liege.

Zum Abschluss des zweiten Kapitels zieht Joseph S. Nye, Jr. das Fazit, dass US-Präsident Trumps Umgang mit der NATO kraftvoll sei. Trump habe sich stärker an außenpolitische Traditionen angepasst als erwartet, sagt der Professor der John F. Kennedy School of Government an der Harvard University. Nye hält jedoch fest, dass das Verteidigungsbündnis durch isolationistische und protektionistische Tendenzen der aktuellen US-Regierung gleichzeitig beeinträchtigt werde. Der ureigene Anspruch der Vereinigten Staaten von Amerika an sich selbst, die liberale internationale Ordnung maßgeblich zu gestalten, sei dadurch insgesamt gefährdet.

Der dritte Teil setzt sich detailliert mit dem europäischen Pfeiler der NATO auseinander. Darin bemängelt zunächst Norbert Röttgen die Ineffizienz der europäischen NATO-Mitglieder in Fragen der Aus-

gaben und Rüstung. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages plädiert für mehr europäische Stärke und Selbstständigkeit innerhalb des Verteidigungsbündnisses. In der deutsch-französischen Entscheidung zur gemeinsamen Entwicklung eines neuen Kampffjets sieht er allerdings keinen Fortschritt.

Julie Smith unterstützt im anschließenden Gespräch explizit die Pläne einer starken Europäischen Verteidigungsunion. Smith, Senior Fellow und Head of the Transatlantic Security Program im Center for a New American Security, konstatiert: Sollten die Anstrengungen des europäischen Militärs erfolgreich sein, profitierte davon auch die NATO. Im Gespräch in Washington, D.C. legt sie darüber hinaus darauf Wert, dass sich der britische Beitrag zur europäischen Sicherheitspolitik nach dem Brexit noch nicht abschätzen lasse.

Gundbert Scherf und David Bachmann haben eigens für die Münchner Sicherheitskonferenz 2018 eine umfassende Studie über den Zustand der europäischen Streitkräfte durchgeführt. Der Partner und der Associate Partner von McKinsey bemängeln darin langjährige Etatkürzungen und ein unkoordiniertes Beschaffungswesen. Im Doppelinterview ziehen sie den Schluss, dass die Europäer nur durch stärkere Integration und Vernetzung ein handlungsfähigeres Militär entwickelten.

Zum Abschluss dieser Ausgabe der „Atlantik-Brücke Argumente“ äußert sich der Botschafter eines Landes, das von der angespannten Sicherheitslage an der Ostgrenze des NATO-Raumes unmittelbar betroffen ist: Darius Semaška, Litauens Botschafter in Deutschland, beschreibt, wie Litauen die tägliche Bedrohung durch Russland im Alltag durchlebt. Russische Cyberangriffe auf kritische Infrastruktur sorgen zunehmend für Unsicherheit. Jedoch beteuert Semaška, dass sein Land widerstandsfähig bleibt – nicht zuletzt wegen des Engagements der NATO-Partner USA und Deutschland.

Berlin im Juli 2018

Zwischen Worst und Best Case: Die Zukunft der NATO

Prof. Dr. Burkhard Schwenker,
stellvertretender Vorsitzender der Atlantik-Brücke e.V.,
Leiter Steering Committee Außen- und Sicherheitspolitik

Ich bin mit der NATO groß geworden – anders gesagt: Sie war immer da. Wie die meisten von uns habe ich die Ursachen ihrer Gründung – den Kalten Krieg – nicht bewusst erlebt, und auch wenn die nukleare Bedrohung für viele von uns später nicht mehr manifest war – als sicherheitspolitischer „Wohlfühlfaktor“ spielte die NATO immer eine Rolle. Eine, gegen die man politisch protestieren konnte, gerade gegen das „Amerikanische“ darin, deren Existenz aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt wurde. Akzeptiert, wenn auch nicht geliebt.

Mit dem Kollaps der Sowjetunion war auch die Restbedrohung weg, jedenfalls gefühlt. Die Globalisierung kam in Fahrt, Freiheit und liberale Wirtschaft waren auf dem Vormarsch – Verteidigung war nicht mehr wichtig. Die NATO war zwar da, aber in der öffentlichen Diskussion spielte sie kaum eine Rolle.

Bis zum Ukraine-Konflikt, bis ultimativ klar wurde, dass es doch noch Aggressoren gibt, dass hegemoniale Politik nicht ausgestorben ist. Dass Geopolitik wichtig wird und komplex ist, dass Freund und Feind nicht immer klar unterscheidbar sind. Dass die NATO weit mehr ist als ein Sicherheits- und Verteidigungsbündnis: eine Bastion von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Ein Bündnis (weitestgehend) freier Nationen, das knapp eine Milliarde Menschen repräsentiert und für eine Wirtschaftsleistung von fast 30 Billionen Euro steht.

Deswegen überrascht es auch nicht, dass die NATO in der allgemeinen Wahrnehmung wieder „wichtig“ geworden ist. In unseren Umfragen zu „geopolitischen Chancen und Risiken“, die wir regelmäßig unter den Mitgliedern der Atlantik-Brücke durchführen, sagen weit mehr als 80 Prozent, dass die NATO für Europa außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitisch „entscheidend“ sei.

Aber reicht dieses neue Bekenntnis aus, um die NATO nachhaltig zu festigen? Versetzen wir uns doch einmal in die Lage der USA, des mit Abstand wichtigsten NATO-Landes. Einerseits sehen sich die USA mit einer EU konfrontiert, die von einer gemeinsamen Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik weit entfernt ist – und

die sich offensichtlich nur auf massiven Druck hin („die NATO ist obsolet“) in Richtung des schon lange vereinbarten 2-Prozent-Zieles bewegt. Überzeugung sieht anders aus! Und andererseits orientiert sich Amerika schon seit langem nach Asien. Wirtschaftlich ohnehin, aber auch das Sicherheitsbedürfnis verlagert sich in den pazifischen Raum. Hier liegen die großen Gegner, während Russland weit weg und aus amerikanischer Perspektive eher weniger wichtig ist und der mittlere Osten durch die erreichte Unabhängigkeit von Ölimporten weitgehend als europäisches Problem gesehen wird.

Ist es also wirklich unwahrscheinlich, dass die USA mittelfristig und über Donald Trump hinaus das Interesse an der NATO (und Europa) verlieren, womöglich ganz ausscheren und ein neues pazifisches Verteidigungsbündnis aufbauen – und was bedeutete das für die NATO und Europa? Versuchen wir ein Szenario, das sich entlang zweier Dimensionen aufbaut:

Die erste Dimension hat mit Europa zu tun: Festigt sich die EU, gelingt dann eine geschlossene europäische Außen- und Sicherheitspolitik? Und selbst wenn wir (optimistisch) unterstellen, dass die Herausforderungen durch den Brexit und die neue US-Politik dazu führen, dass sich die EU reformiert und stärkt – gelingt dieser Neustart schnell und nachhaltig genug?

Die zweite Dimension betrifft die USA: Werden sie sich auch zukünftig transatlantisch orientieren, zumindest das Interesse an Europa nicht verlieren – oder setzt sich der Trend zum Pazifik ungebrochen fort? Kombinieren wir diese zwei Dimensionen, erhalten wir ein Zukunftsbild mit vier unterschiedlichen, aber denkbaren Szenarien:

Szenario 1 beschreibt den Ist-Zustand: Europa kommt, wenn überhaupt, nur langsam voran, aber die USA behalten den Atlantik noch im Blick, jedenfalls so lange, wie sie die Hoffnung auf Europa nicht ganz aufgegeben haben. Also „business as usual“ – für die NATO ein Tod auf Raten, ein leises Dahinsterben.

Szenario 2 beschreibt den Worst Case: Europa kommt nicht schnell genug voran – und die USA orientieren sich konsequent pazifisch, bis hin zum Aufbau eines neuen pazifischen Bündnisses. Die NATO verliert an Bedeutung, zerfällt vielleicht sogar, Osteuropa fühlt sich im Stich gelassen, nationale Tendenzen gewinnen zusätzlich an Aufwind. Die EU marginalisiert sich – nicht nur außen- und sicherheitspolitisch, sondern auch wirtschaftlich.

Szenario 3 sieht dagegen besser aus: Der europäische Neustart gelingt schnell und dynamisch, wir sind (oder werden) global wieder relevant – wirtschaftlich wie sicherheitspolitisch. Und selbst wenn sich die USA weiter in Richtung Pazifik orientieren sollten – in diesem Szenario sind wir stark genug für eine europäisch orientierte (neue) NATO.

Szenario 4 beschreibt für mich den Best Case: Europa wird stark wie in Szenario 3, und die USA behalten – deswegen! – einen transatlantischen Fokus. Wir erleben eine starke NATO mit einer starken Rolle der EU, wir festigen die transatlantische Verbundenheit und unsere Wertegemeinschaft – mit der NATO als wehrhaftes Bollwerk für eine freie und demokratische Welt.

So schön Szenario 4 auch klingt – genauso richtig ist, dass wir keines der anderen drei Szenarien ausschließen können. Aber wir sind ihnen auch nicht ausgeliefert, denn für einen europäischen Neustart können wir selbst sorgen. Oder anders gesagt: Die Zukunft der NATO entscheidet sich nicht an dem, was wir glauben, das für die USA richtig sei, sondern an einem starken, geeinten Europa. Vielleicht klingt es naiv, aber trotzdem: Mit einem Heimatmarkt von 83 Millionen Deutschen (oder 67 Millionen Franzosen oder 60 Millionen Italienern) können wir global wenig ausrichten, aber ein Heimatmarkt mit 450 Millionen Europäern kann einen Unterschied machen – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch außen- und verteidigungspolitisch.

Genau hier können wir ansetzen: durch eine entscheidungsfähige EU, durch eine gemeinsame Verteidigungspolitik bis hin zu einer europäischen Armee. Und durch eine Revitalisierung des europäischen Binnenmarktes, denn eines ist für mich klar: Je dynamischer wir wachsen, umso einfacher lassen sich verteilungspolitische Konflikte durch höhere Militärbudgets lösen.

Statt ständig und mühsam nach neuen Narrativen für Europa und die NATO zu suchen, statt immer wieder die transatlantische Allianz zu beschwören, sollten wir also ganz pragmatisch Prioritäten setzen, um die Szenarien 1–3 auszuschließen. Zwei liegen auf der Hand: Verteidigung und Wirtschafts- und damit Wohlstandswachstum. Die Mehrheit der Mitglieder der Atlantik-Brücke, die sich an der oben schon erwähnten Umfrage beteiligt haben, sieht das auch so: 91 Prozent sehen in der Intensivierung der europäischen Verteidigungspolitik den entscheidenden Hebel für Europa, 86 Prozent in einer wachstumsorientierten Wirtschaftspolitik. 93 Prozent teilen meine Auffassung, dass Außen-, Verteidigungs- und Wirtschaftspolitik heute vernetzt gedacht werden müssen.

Gelingt damit ein großer Wurf? Vielleicht nicht – und ja, man kann einen intellektuelleren Zugang zur NATO und zu Europa finden, als den, den ich hier gewählt habe. Aber dieser Vorschlag erhöht unsere Schlagkraft und verschafft uns die Zeit, die vielleicht entscheidend ist, um die NATO nachhaltig zu sichern. Machen wir aus der (Bewältigung der) Krise Europas eine Chance für die NATO – und aus der NATO eine schlagfähige Allianz starker freier Länder und Regionen!

Jenseits des
2-Prozent-Ziels
der NATO

1

„Verlässlichkeit in der NATO ist ein hoher Wert“

Dass Deutschlands Ausgaben für Sicherheitspolitik in die Richtung von 2 Prozent des BIP wachsen, ist strategisch geboten, sagt Géza von Geyr. Im Interview mit der Atlantik-Brücke plädiert der Abteilungsleiter Politik im Bundesministerium der Verteidigung zudem für einen Aktivitätsindex innerhalb der Allianz. Nur damit lasse sich nachvollziehen, wie stark sich die einzelnen NATO-Mitglieder tatsächlich für das Bündnis engagieren.

Herr Dr. von Geyr, der NATO-Gipfel von Wales hat 2014 beschlossen, dass alle Mitgliedstaaten ihren jeweiligen nationalen Verteidigungsetat auf zwei Prozent des BIP aufstocken oder zumindest auf diesem Niveau halten sollen. Die Bundesrepublik steht derzeit bei 1,24 Prozent. Lässt sich abschätzen, wann Deutschland die vereinbarte Beitragshöhe leisten wird?

Es gab bereits einige Jahre vor 2014, und zwar zunächst 2002 und dann 2006, in der NATO Beschlüsse und Konsense in die gleiche Richtung. 2014 ist diese Frage dann sehr prominent aufgekommen. Der Beschluss des Gipfels wurde vorbereitet durch das Bundesministerium der Verteidigung und das Auswärtige Amt und zum Schluss getragen bis auf die Ebene der Staats- und Regierungschefs. Die Formulierung lautet: ‚We aim to‘. Es handelt sich also um eine politische Selbstverpflichtung aller Mitglieder, die jedes Land für sich umsetzen muss. Wir haben jährliche Haushaltsbeschlüsse, andere Länder sind anders strukturiert. Aber dieses ‚We aim to‘ ist der Konsens der nunmehr mit Montenegro 29, sich gegenseitig in die Augen geschaut und dabei eine starke politische Selbstbindung abgegeben zu haben. ‚Alle 29‘ unterstreiche ich deswegen, weil es auch eine Frage gegenseitigen Vertrauens ist und der Verlässlichkeit.

Dies ist dann nochmals beim Gipfel in Warschau 2016 bekräftigt worden. Und 2017, das darf man nicht vergessen, hat ja auch ein Gipfel stattgefunden, der zwar als „Sondertreffen“ keinen publizierten Gipfelbeschluss nach sich gezogen hat. Aber wenn Sie sich die Pressekonferenz des Generalsekretärs der NATO ansehen, werden Sie darin eine Passage finden, aus der hervorgeht, dass auch bei diesem Treffen, an dem auch die Außen- und Verteidigungsminister teilgenommen haben, der Geist dieser 2-Prozent-Erklärung noch einmal bestätigt worden ist.

2014 waren Präsident Obama und seine Administration Treiber dieses Themas, aber bei weitem nicht die einzigen! Seit 2017 ist es Präsident Trump. Wir haben also zwei politisch unterschiedliche amerikanische Regierungen, die in diesem Punkt Kontinuität zeigen.

Wann kann Deutschland dieses Ziel erreichen?

Das ist die Frage nach der innerstaatlichen Umsetzung, der sich alle 29 stellen und jeder muss dem eigenen Parlament und den eigenen Steuerzahlern gegenüber begründen, warum es Sinn ergibt, auf die zwei Prozent zu kommen. Da genügt das Argument der Partnerschaftlichkeit alleine nicht. Erklären muss es sich vor allem aus den sicherheitspolitischen Perspektiven des euro-atlantischen Raums, der gemeinsamen Verteidigungsplanung der NATO und der jeweiligen nationalen Streitkräfteplanung. Diese muss finanziell vorausschauend und verlässlich unterlegt werden. Wir haben im Weißbuch 2016 die Notwendigkeit von Trendwenden für die Bundeswehr strategisch begründet und angelegt, was das Personal, Maßnahmen der Ausrüstung und eben auch den Haushalt anbelangt. Der Personalbestand

Wir haben im Weißbuch 2016 die Notwendigkeit von Trendwenden für die Bundeswehr strategisch begründet.

wächst nun mittlerweile erstmals seit langem wieder. Im Bereich Rüstung zeigt der Pfeil in eine Richtung, die mehr Transparenz, das Auffüllen von Lücken und eine Modernisierung im breitesten Sinne umfasst, etwa in der Cyberfähigkeit oder bei der Nutzung von Zukunftstechnologien. Was die Verteidigungsausgaben des Bundeshaushalts anbelangt, ist die Notwendigkeit eines Anwachsens mit Investitionsvorhaben gut unterlegt. Wir haben in der NATO die Absicht angemeldet, 2019 1,3 Prozent des BIP zu erreichen und bis 2024 1,5 Prozent: was immerhin in der Dekade seit Wales in tatsächlichen Werten einen Anstieg um gut 80 Prozent ausmachen dürfte! Das heißt aber auch ganz klar: Ohne höhere Mittel können wichtige und not-

wendige Ausrüstungsvorhaben, von denen viele richtigerweise gemeinsam mit Frankreich, den Niederlanden und anderen Europäern angelegt sind, nicht stattfinden – letztlich auch zum Schaden der Planungen in der Allianz.

Ich gehe davon aus, dass jede Bundesregierung Verlässlichkeit in der Allianz als hohen Wert betrachtet und konsequent bleibt. Jetzt geht es um die richtigen Schritte. Sie müssen ambitioniert, machbar und begründbar sein. Davon hängen Tempo und Stufenhöhe des Anstiegs ab.

Wofür werden im Einzelnen die Mittel im deutschen Verteidigungshaushalt eingesetzt?

Die Mittel betreffen den Personalbestand, Fragen der Ausrüstung und des Betriebs, aber auch Einsätze. Das sind die großen Komplexe,

Zusätzliches Militärbudget 2024

Durch eine Steigerung der Militärausgaben innerhalb der 28 EU-Staaten und Norwegen auf 2 Prozent des BIP könnten nach einer Analyse der Münchner Sicherheitskonferenz folgende Bereiche finanziert werden:

Investition in hoch qualifiziertes Personal
ca. 15–25 Mrd. \$



jährliches Budget
ca. 90–135 Mrd. \$

Ausbau der Digitalisierung
z. B. Datenplattformen,
Cyberwaffen
ca. 32–48 Mrd. \$

Ausbau von Forschung
und Entwicklung
ca. 20–25 Mrd. \$

Länderübergreifende
Bereitstellung von
Material und Personal
ca. 20–30 Mrd. \$

vieles ist langfristig anzulegen. Es geht auch um Investitionen in Forschung und Entwicklung. Der Haushalt ist im Grunde der Nachweis unserer Verantwortung, gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten für unsere Sicherheit zu sorgen – und das in Zeiten einer fordernden äußeren Sicherheitslage.

Die Bundesministerin der Verteidigung, Dr. Ursula von der Leyen, betont regelmäßig, dass dieser Etat wesentlich mehr als nur Rüstungsausgaben umfasst. Zudem schlägt sie ergänzend einen Aktivitätsindex vor, der auch die Beteiligung an NATO-Einsätzen beinhalten soll. Wo steht diese Diskussion über den Beitrag zum gesamten Gelingen der NATO im transatlantischen Sicherheitsbündnis derzeit?

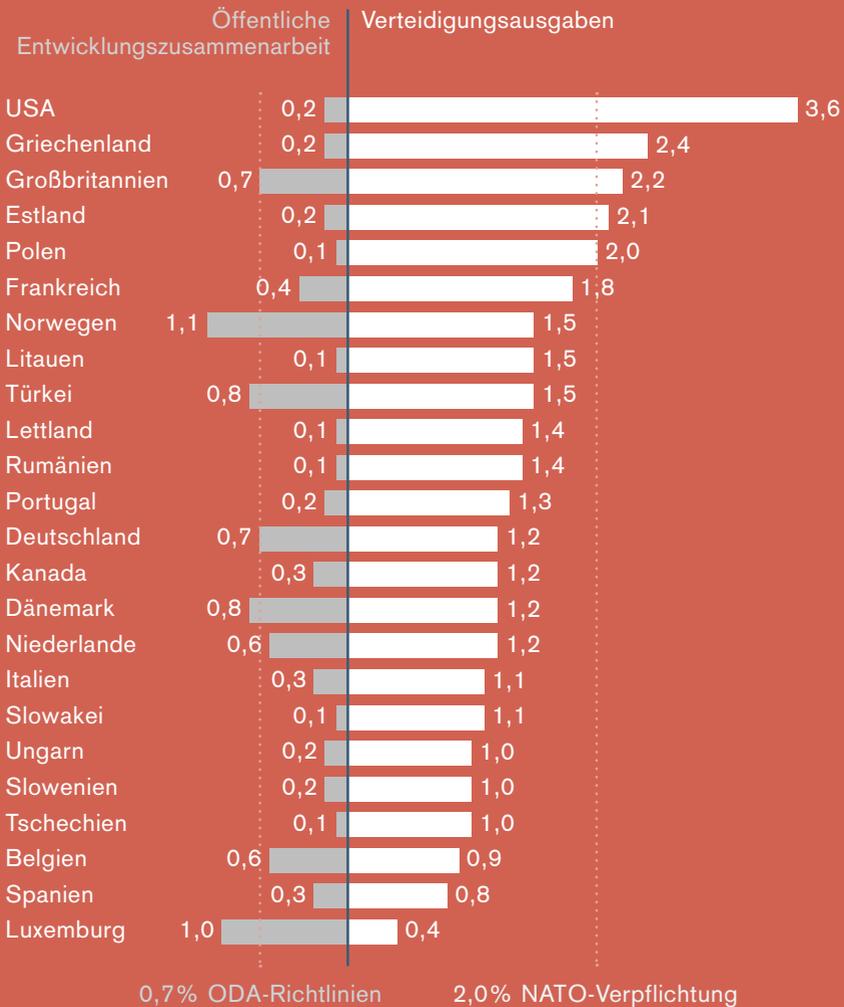
Wichtig ist, dass die Frage nach dem Output, also nach den Fähigkeiten und Beiträgen der Staaten für die Allianz, nicht das 2-Prozent-Ziel in Frage stellen soll, sondern dieses sinnvoll ergänzen muss. Die Grundfrage ist die folgende: Es muss nachvollziehbar sein, wer die Planungsziele, also die Aufgabenpakete, die sich die Mitglieder je nach Größe und Wirtschaftskraft gegenseitig zuweisen, in welchem Maß erfüllt. Dafür gibt das 2-Prozent-Ziel alleine keine Antwort.

**Kaum ein Staat wird seine Verteidigungsausgaben
komplett in die NATO einbringen.**

Denn kaum ein Staat wird seine Verteidigungsausgaben komplett in die NATO einbringen. Wir, Deutschland, stellen sicher einen erheblichen Teil unserer Militärkraft der Allianz zur Verfügung. Aber wir sind auch engagiert in Missionen der EU wie etwa in Mali oder im Mittelmeer und unterstützen Missionen der Vereinten Nationen

Ausgaben für internationales Engagement: Verteidigung und Entwicklung

Ausgewählte NATO-Mitgliedstaaten, Anteil vom BIP 2016, in Prozent



Quelle: OECD; NATO

wie im Südsudan oder vor den Küsten des Libanons. Und wir investieren auch gezielt in die Ertüchtigung der Sicherheitsstrukturen von Partnern in fragilen Regionen, beispielsweise Jordanien, damit sie widerstandsfähig werden gegen Gefahren wie den Terror des IS.

Wir geben also nicht alles von unseren Verteidigungsausgaben direkt für die NATO aus. Und diese Palette lässt sich für jedes Land anders auffächern: Die Vereinigten Staaten sind auch sehr engagiert auf der pazifischen Seite ihres Kontinents. Da geht es nicht um die NATO. Die Franzosen sind in Westafrika im Kampf gegen den Terrorismus mit ihrer Mission Barkhane, die keinen Bezug zur NATO hat. Also: Von den Verteidigungsausgaben kommt bei niemandem alles direkt der NATO zugute. Die Allianz muss aber wissen, wer sich wie stark in ihr engagiert.

Deshalb brauchen wir geeignete Indikatoren. Ein klares Bild brauchen wir in Bezug auf die folgenden Fragen. Erstens: Wie intensiv ist die Teilnahme von Mitgliedsländern an NATO-Missionen wie etwa in Afghanistan und im Kosovo? Zweitens: Wie intensiv ist die Beteiligung an den Initiativen, die seit 2014 in Reaktion auf die Machtprojektion des Kremls von der Allianz beschlossen worden sind? Das umfasst die neue schnelle Speerspitze VJTF: Wer macht mit? Oder die Präsenzen in den baltischen Staaten und in Polen, etwa in der ‚Enhanced Forward Presence‘: Wer ist beteiligt? Wer bindet Verbände in den ‚Larger Formations‘, die wir der neuen schnellen Speerspitze nachwachsen lassen? Und drittens, was bereits gemessen wird: Wer erfüllt inwieweit die Fähigkeitspakete, die jedes Land nach seinen Kräften schultern muss, um gemeinsam die verabredete Verteidigungsfähigkeit zu erreichen? Erst diese Indikatoren zusammen geben ein klares Bild, wer tatsächlich was für die NATO tut. Sie sind die logische Konsequenz und beschreiben aus der Allianz heraus Sinn und Zweck der 2-Prozent-Vereinbarung. NATO-Generalsekretär Stoltenberg nennt dies richtigerweise: cash, capabilities and contributions.

Rechnen Sie mit zunehmenden parlamentarischen Verteilungskämpfen im Bundestag hinsichtlich des deutschen Beitrags?

Die Debatten über den Verteidigungshaushalt haben seit 2014 zu dem Ergebnis geführt, dass ein Anstieg sinnvoll, nötig und begründet ist. Und dass unsere Verbündeten von uns erwarten, dass wir – wie sie – einen vergleichbaren Teil unserer Wirtschaftskraft für die gemeinsame Verteidigung und Sicherheit zur Verfügung stellen, ist evident. Und: Gegenseitige Verlässlichkeit in der Allianz ist Kern unserer sicherheitspolitischen Interessen.

Deshalb sollte Sicherheit auch nicht künstlich gegen andere Politikbereiche aufgewogen werden. Unsere offene Gesellschaft mit ihrer Freiheit und ihrem Wohlstand ist angreifbar und braucht Schutz. Sicherheit ist gewiss nicht alles. Aber ohne Sicherheit im Inneren und eben auch im Äußeren wäre alles andere mehr als schwierig.

Welche Funktion sollte Deutschland sowohl in der europäischen Einbettung als auch in der transatlantischen Partnerschaft nach Auffassung der Bundesregierung in der NATO ausüben?

Aus guten Gründen sollten wir uns strategisch so ausrichten, dass wir transatlantisch bleiben und europäischer werden. Beides ergänzt sich. Wir haben ein großes Interesse daran, dass die NATO das stärkste Militärbündnis der Welt bleibt und damit auch Garant für die Sicherheit auf unserem Kontinent. Gleichzeitig ist es klar, dass wir Europäer selbst besser für unsere eigene Sicherheit sorgen müssen. Die demografischen Entwicklungen eines schrumpfenden Europas und die geopolitischen Verschiebungen mit der steigenden Relevanz Asiens und Afrikas sprechen unbedingt dafür. Und für die Vereinigten Staaten ist in den großen Linien Europa keine Sorge mehr, sondern ein möglicher Partner, um gemeinsam den großen Sicherheits Herausforderungen zu begegnen, die außerhalb unseres Kontinents liegen. Wollen wir Europäer also in Zukunft unsere sicherheitspolitischen

A man with dark, wavy hair, wearing a dark suit jacket, a light-colored striped shirt, and a dark tie, is shown from the chest up. He is looking slightly to his right and appears to be speaking or gesturing. The background is blurred, suggesting an indoor setting like a conference room. The entire image has a blue tint.

Der erste Schritt zu einer Europäischen
Verteidigungsunion, in der wir uns besser
organisieren, zielgerichteter planen,
intelligenter investieren und schneller
handeln können, ist getan.

Interessen wahren, müssen wir den politischen Willen aufbringen, relevanter zu werden. Und wir müssen die politische Kraft aufbringen, diese Relevanz aufzubauen. Das Momentum dafür ist jetzt da und zwar sowohl in der NATO als auch in der EU.

Realität ist, dass in der Allianz die Amerikaner immer noch einen Großteil der Verteidigungslasten tragen. Wir brauchen innerhalb der NATO mehr Europa. Daran arbeiten wir sehr stark, unter anderem mit dem ‚Framework Nations‘-Konzept, mit dem wir in unterschiedlichen Initiativen als Europäer enger zusammenfinden. Deutschland nimmt dabei eine zentrale Rolle ein.

Zum anderen wollen und müssen wir als Europäische Union unsere Verteidigungsfähigkeit optimieren. Daran arbeiten wir derzeit mit Hochdruck mit Frankreich, Italien, Spanien, den Niederlanden und anderen. Der erste Schritt zu einer Europäischen Verteidigungsunion, in der wir uns besser organisieren, zielgerichteter planen, intelligenter investieren und schneller handeln können, ist getan: Hier ist im vergangenen Jahr ein neuer Rahmen geschaffen worden, den wir jetzt mit anspruchsvollen Projekten füllen müssen. Die wichtigsten Instrumente sind der Europäische Verteidigungsfonds und die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit, die ‚PESCO‘. Diese ist eine historische Etappe: Denn erstmals gilt in der EU auch militärisch ein hoher Anspruch an gegenseitiger Verlässlichkeit derer, die dabei sind. Und: Nicht alle müssen bei allen Projekten mitmachen. Dies gibt Raum für kraftvolle Projekte derer, die wirklich vorankommen wollen. Und es durchbricht das Erfordernis der Einstimmigkeit, das oft hemmend und blockierend wirkt. Also: Insgesamt brauchen wir beides: mehr Europa in der Allianz und eine handlungsfähigere EU. Und beides kommt dem gemeinsamen Transatlantischen zugute.

Dringt die Bundesregierung damit bei US-Präsident Donald Trump durch?

Amerikanische Sicherheitspolitik findet im Weißen Haus, aber auch in den dortigen Ministerien statt, in den Nachrichtendiensten und auch im Kongress. Ich denke, unser Ansatz wird nicht nur vielerorts akzeptiert, sondern durchaus unterstützt, da unsere Bestrebungen die NATO objektiv nicht in Frage stellen, sondern sie perspektivisch stärken. Die Voraussetzung ist: Artikel 5 – die kollektive Verteidigung im Bündnis – bleibt ganz klar NATO-Sache. Das gilt und das heißt auch, dass der sehr filigrane Planungsprozess der NATO in seiner Integrität gewahrt wird. Auf dieser Basis wissen die Amerikaner, woran sie sind und wie sie dieses Mehr an europäischem Miteinander einzuordnen haben.

Es ist im vergangenen Jahr viel europäische Überzeugungsarbeit geleistet worden und auch viel amerikanisches Verständnis entgegengebracht worden.

Präsident Trump fordert wie jeder amerikanische Regierungschef seit Bestehen der NATO vor ihm eine faire Lastenteilung zwischen den USA, Kanada und Europa im Gefüge dieses so zentralen Vertrages für die Sicherheitsarchitektur des Westens. Halten Sie eine komplett erfüllte faire Lastenteilung zwischen sämtlichen NATO-Mitgliedern für realistisch?

Die Frage der Lastenteilung in der gesamten atlantischen Sicherheitsarchitektur reicht weit über die NATO hinaus. Faire transatlantische Lastenteilung hat viele Aspekte und muss vor allem einem modernen Sicherheitsbegriff folgen. Der umfasst, dass wir als Europäer in unseren Nachbarregionen zukünftig effizient für Sicherheit sorgen können und dies auch im amerikanischen Sicherheitsinteresse liegt. Dazu gehört auch, die sicherheitspolitische Relevanz des Diplomatischen und Entwicklungspolitischen zu schätzen und dessen Zusammenwirken mit dem Militärischen in den Mittelpunkt zu stellen. Und schließlich geht es bei all dem auch um den Weitblick im strategischen Konsens, dass wir als Westen unsere Fähigkeiten und Stärken in all diesen Bereichen so einzubringen bereit sind,

dass die nicht-westliche Welt überzeugt wird, dass wir nicht gegen sie stehen. Das alles beschreibt weit über eine faire Lastenteilung in der Allianz hinaus das große Bild des atlantischen Burdensharings.

Welche Rolle wird die NATO in zehn Jahren in der transatlantischen Sicherheitspolitik einnehmen?

Ich bin mir sehr sicher, dass die NATO weiterhin der Eckpfeiler unserer Sicherheit auf dem europäischen Kontinent und im atlantischen Raum sein wird. Sie wird die kollektive Verteidigung weiterhin garantieren und Ausdruck des verbundenen transatlantischen Willens zu Frieden, Freiheit und Sicherheit sein. Sie wird engstens mit einer gestärkten und relevanten Europäischen Verteidigungsunion zusammenwirken, einen europäischeren Charakter haben und sehr wahrscheinlich noch intensiver durch Partnerschaften und Kooperationen auch außerhalb des europäischen Raumes geprägt werden. Und ich hoffe sehr, dass es die Politik Moskaus erlauben wird, auch wieder zu einem besseren Miteinander mit Russland zu kommen.

Hinweis:

Dr. von Geyr hat in diesem Gespräch seine persönliche Meinung wiedergegeben.
Interview: Robin Fehrenbach, 30. August 2017, aktualisiert mit Sachstand von Juni 2018.

„Diplomatie bleibt heiße Luft ohne militärische Fähigkeit“

Botschafter Wolfgang Ischinger betont den hohen Wert der Diplomatie für den Westen. Schlagkräftiger werde sie erst mit einer glaubwürdigen Verteidigung. Im Gespräch mit der Atlantik-Brücke erklärt der Vorsitzende der Münchner Sicherheitskonferenz zudem, wie das 2-Prozent-Ziel der NATO durch qualitative Merkmale und eine aufeinander abgestimmte Planung der europäischen Bündnispartner zu ergänzen sei.

Herr Botschafter Ischinger, in den vergangenen Monaten wurde viel darüber spekuliert, an welche Bedingungen das Sicherheitsversprechen der NATO geknüpft ist. In Ihre Zeit als Deutschlands Botschafter in den USA fielen die Terroranschläge des 11. September 2001. Wie schnell war Ihnen bewusst, dass dieser Angriff den ersten Bündnisfall in der Geschichte der NATO auslösen würde?

Zunächst muss man feststellen, dass die USA diesen Angriff über eine längere Zeit hinweg als einen Angriff auf die Vereinigten Staaten und nicht auf das Bündnis betrachteten. Und dass die Initiative, den Artikel 5 hier ins Spiel zu bringen, auch gar nicht von den USA selbst ausging, sondern von den europäischen Bündnispartnern, die einen Ausdruck von Solidarität zum Tragen bringen wollten. Als es dann in dieser Frage zu einer Sondersitzung des NATO-Rates im Herbst 2001 kam, war es bezeichnend, dass der amerikanische Verteidigungsminister noch nicht einmal selbst hinfuhr. Das war ihm nicht wichtig genug. Er hat nur seinen Stellvertreter geschickt.

Mit anderen Worten: Mir und meinen Mitarbeitern in der damaligen deutschen Botschaft in Washington war schon an diesem Tag klar, dass dies aus Sicht der USA die Welt dramatisch verändern würde. Dass die USA von ihren Partnern umfangreiche, wenn nicht bedingungslose Solidarität erwarten würden. Dies ist dann ja auch in vielfältiger Weise geschehen. Aber dass es zum Artikel 5 und in der Folge zum gemeinsamen Einsatz in Afghanistan kommen würde, war mir ehrlich gesagt auch erst nach einigen Wochen, ich würde sagen gegen Ende September, so richtig klar.

Kommen wir zur Gegenwart: Kreist die sicherheitspolitische Debatte um das 2-Prozent-Ziel der NATO-Mitglieder zu sehr um das reine Aufstocken der Verteidigungsetats und vernachlässigt sie gleichzeitig das gründliche Erklären der Herausforderungen, vor denen die NATO steht?

Die Burdensharing-Debatte tobt im Prinzip seit vier Jahrzehnten in der NATO. In den 1970er Jahren sprachen wir von drei Prozent. Das war noch zu Zeiten des Kalten Krieges. Die drei Prozent wurden damals von den meisten Mitgliedern auch nicht erreicht. Jetzt sprechen wir von zwei Prozent. Die Forderung, dass die Europäer im Schnitt – von wenigen Ausnahmen abgesehen – aus eigenem Interesse wesentlich mehr tun sollten und müssen und dies nicht bloß,

Wenn man mehr Geld ausgibt, kann man es völlig sinnlos ausgeben. Man kann es aber auch effizient, effektiv und sinnvoll ausgeben.

weil Donald Trump es fordert, hat sich als Einsicht erfreulicherweise jetzt durchgesetzt. Insoweit ist die 2-Prozent-Forderung nicht falsch, sondern zu ergänzen. Deshalb ist dies eine sehr gute Frage. Wenn man mehr Geld ausgibt, kann man es völlig sinnlos ausgeben. Man kann es aber auch effizient, effektiv und sinnvoll ausgeben.

Können Sie ein Beispiel geben?

Hier taucht die Frage nach völlig anderen und zusätzlichen, nicht das 2-Prozent-Ziel ersetzenden Kriterien auf. Ich nenne Ihnen einmal einen großen Bereich, nämlich die Frage, wie sich die europäischen NATO-Partner – jedenfalls die, die sich in der EU versammeln – in der Europäischen Union so organisieren können, dass sie den Verteidigungseuro eben viel effizienter ausgeben. Beispielsweise, dass man Waffensysteme gemeinsam einkauft und auch gemeinsam entwickelt. Europa unterhält 178 große Waffensysteme – ein unerklärbarer Luxus. Die USA dagegen geben weit mehr als das Doppelte für Militär aus

als wir Europäer kollektiv und haben nur 30 große Waffensysteme. Die USA haben längst die Synergieeffekte geschöpft und genutzt, die sich daraus ergeben, dass man nicht sechs oder sieben verschiedene Hersteller von Kampfflugzeugen unterhält, sondern nur zwei. In anderen Bereichen der militärischen Rüstungsproduktion sieht es ähnlich aus. Hier geht es um das Pooling and Sharing, das wir hoffentlich angesichts der wachsenden Verteidigungshalte jetzt sinnvoll und systematisch ins Werk setzen können.

Was braucht es dafür?

Einen gemeinsamen Planungsprozess der Europäer. Es müssen nicht alle das Gleiche machen, und es müssen nicht alle alles können. Es kann sich beispielsweise einer auf die Tätigkeit der Mountain Troops konzentrieren, und der andere bewerkstelligt vielleicht die Patrouillen in der Ostsee. Das muss planerisch umgesetzt werden. Das ist die große Hausaufgabe, die sich für die Europäer stellt, weil sie im Bereich der Verteidigungs- und Rüstungspolitik den Gedanken der europäischen Integration überhaupt noch nicht angefangen haben umzusetzen. Es gibt jetzt erfreuliche erste Ansätze. Diese müssen verfolgt und weitergeführt werden. Wir marschieren in die richtige Richtung. Aber Sie haben vollkommen Recht: Das 2-Prozent-Ziel alleine ist kein hinreichendes Ziel, sondern ein notwendiges Ziel. Es muss ergänzt werden durch qualitative Merkmale und eine systematisch aufeinander abgestimmte, gemeinsame Planung.

Halten Sie die zwei Prozent des jeweiligen Bruttoinlandsproduktes als Beitrag für Verteidigungsausgaben für eine angemessene Größenordnung?

Wir haben das 2-Prozent-Ziel als eine anzustrebende Richtgröße beim NATO-Gipfel in Wales gemeinsam beschlossen. Wenn man den Wortlaut liest, weiß man, dass dies nicht eine Verpflichtung ist, den



Die Europäer haben im Bereich der Verteidigungs- und Rüstungspolitik den Gedanken der europäischen Integration überhaupt noch nicht angefangen umzusetzen.

präzisen 2-Prozent-Satz zwingend zu erreichen. Es besteht aber die Pflicht, sich darum zu bemühen, in die Gegend des 2-Prozent-Ziels zu kommen. Realistischerweise wird man erwarten können, dass eine ganze Reihe von NATO-Mitgliedstaaten das 2-Prozent-Ziel nicht präzise erreichen werden. Aber es ist genauso realistisch zu erwarten, dass fast alle in drei bis fünf Jahren erheblich mehr für Verteidigung ausgeben werden, sich also in Richtung der zwei Prozent bewegen werden. Da kommt es auf die zweite Nachkommastelle nicht so sehr an. Denn es ergeben sich dann zwei- oder dreistellige Milliardenbeträge. Diese würden für die Glaubwürdigkeit und Fähigkeit Europas, sich selbst zu schützen, eine große Verbesserung darstellen.

Zur besseren Beurteilung der fairen transatlantischen Lastenteilung innerhalb der NATO hat Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen einen Aktivitätsindex vorgeschlagen. Dieser soll die jeweilige Beteiligung der Mitglieder an NATO-Einsätzen und -Maßnahmen transparent darlegen. Was halten Sie von diesem Vorstoß?

Das ist sicher eine intelligente Methode, um neben dem 2-Prozent Ziel, das ja nur ein quantitativer Maßstab der Finanzmittel ist, ein Kriterium für die tatsächlichen Aktivitäten zu haben, die die einzelnen Mitgliedstaaten den gemeinsamen Zielen gegenüber erbringen oder eben nicht erbringen. Ich halte das für eine gute Idee. Sie praktisch umzusetzen und zu einem allgemein gültigen Maßstab zu entwickeln, ist natürlich nicht einfach. Es wird für die Staaten wie Deutschland relativ attraktiv sein, die zwar vergleichsweise wenig für Verteidigung ausgeben, sich aber an vielen Missionen mit zum Teil kleineren Beiträgen beteiligen. Wohingegen es andere Staaten gibt, die für ihre Verhältnisse viel für Verteidigung ausgeben, sich aber unterdurchschnittlich an EU- oder NATO-Missionen beteiligen. Das von der Leyensche Kriterium finde ich klug und interessant. Man sollte es neben dem 2-Prozent-Ziel heranziehen, um sinnvolle Vergleiche anstellen zu können.

Militärische Beiträge in der NATO brauchen eine zivile Ergänzung in der Entwicklungspolitik und vor allem auch in der Außenpolitik der westlichen Bündnispartner. Wie hoch ist aus Ihrer Sicht der Wert der Diplomatie im Zusammenspiel mit den militärischen Komponenten?

Sie können es auch umgekehrt formulieren: Diplomatie bleibt dann häufig heiße Luft, wenn sie nicht durch eine zumindest theoretisch vorhandene militärische Handlungsfähigkeit unterfüttert und abgestützt wird. Diplomatie wird schlagkräftiger, wenn sie von einer Stimme kommt, hinter der auch eine militärisch glaubwürdige Verteidigungs- und Handlungsfähigkeit steht. Dafür gibt es in der jüngeren Geschichte Europas viele Beispiele.

Nennen Sie uns eines?

Denken Sie etwa an die völlige Ohnmacht der militärisch unfähigen Europäer in den 1990er Jahren, als wir Hunderttausende von Menschen in Bosnien sterben ließen, weil wir zwar diplomatisch täglich aktiv waren, diesen diplomatischen Aktivitäten aber keinen militärischen Nachdruck verleihen konnten. Erst als die USA mit ihrer Luftwaffe eingriffen, drehte sich plötzlich das Verhandlungsglück. Innerhalb von wenigen Monaten war Frieden erreicht. Das ist ein klassisches Lehrbuchbeispiel, wie Diplomatie Kriege erfolgreich sehr viel leichter beenden oder gar verhüten kann, wenn sie durch militärische Handlungsfähigkeit unterfüttert ist.

Wie sähe das optimale Vorgehen des Westens mit Blick auf die russische Politik aus, Einflussphären nach und nach zu erweitern?

Im nordatlantischen Bündnis galt in der Zeit des Kalten Krieges das Prinzip des Harmel-Berichts: so viel Verteidigung wie nötig und so viel Dialogbereitschaft und Verhandlungsbereitschaft wie möglich. Das war unter den Bedingungen der ideologischen Auseinanderset-

zung und der militärischen Gefahren des Kalten Krieges im Rückblick eine kluge und erfolgreiche Politik. Es spricht überhaupt nichts dagegen, genau diesen Grundsatz auch heute zur Geltung zu bringen. Also genauso viel militärische Verteidigungs- und Handlungsfähigkeit wie nötig bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung einer Politik der offenen Tür gegenüber Russland, bei Verhandlungsangeboten an Russland, bei dem Angebot an Russland, das Land wieder als Partner zu definieren, wenn Russland bereit ist, diesen Schritt ebenfalls zu vollziehen. Ich empfehle ausdrücklich, die Tür offenzuhalten.

So viel Verteidigung wie nötig und so viel Dialogbereitschaft und Verhandlungsbereitschaft wie möglich. Es spricht überhaupt nichts dagegen, genau diesen Grundsatz auch heute zur Geltung zu bringen.

Heißt das konkret für Russland, die Bestimmungen des Minsker Abkommens umzusetzen, damit der Westen seine Sanktionen zurücknehmen kann?

Es gibt überall im Westen, in der NATO und weitgehend in der EU großes Einvernehmen, dass ohne einen Friedensprozess die Ostukraine betreffend eine Beruhigung der Beziehungen zwischen dem Westen und Russland nicht möglich erscheint. Welche genauen Forderungen man im Bereich der Erfüllung der Minsk-Vereinbarung stellt, ist eine Detailfrage. Aber entscheidend ist, dass ohne einen Friedensprozess, zu dem alle ihre Beiträge leisten müssen, Fortschritte in der Beziehung zwischen dem Westen und Russland jedenfalls aus meiner Sicht kaum möglich erscheinen.

Die terroristische Bedrohung der freien Welt ist leider mittlerweile allgegenwärtig. Es gilt der eiserne Grundsatz ‚Mit Terroristen verhandeln wir nicht‘. Sind die Mittel der Diplomatie mit Blick auf Al-Kaida und den IS tatsächlich von vornherein ausgeschlossen?

Hier muss man sehr sorgfältig differenzieren. Es gibt heute fundamentalistische, terroristische Gruppen, mit denen Verhandlungen schlicht und ergreifend deswegen nicht sinnvoll erscheinen, weil diese Gruppen sich als ihr Handlungsprinzip die Zerstörung des Westens und seiner Ordnung vorgenommen haben. Ich denke insbesondere an den ‚Islamischen Staat‘.

Mit dem „Islamischen Staat“, mit blutigen Terrorgruppen, die eigentlich nur ein militärisches und kein für uns auch nur im Entferntesten akzeptables politisches Ziel verfolgen, scheint ein Dialog aus meiner Sicht von vornherein sinnlos zu sein.

Es gibt andere Gruppen wie beispielsweise die Taliban in Afghanistan, mit denen möglicherweise Verhandlungen über eine nicht militärische Vorgehensweise zumindest möglich erscheinen. Ob diese zu einem guten Ergebnis führen können, ist offen. Es ist immer wieder versucht worden, einen Verhandlungsprozess mit den Taliban zu eröffnen. Es gab etwa amerikanische Versuche und eine intensive deutsche Beteiligung daran. Das halte ich nicht für falsch. Wir sollten im Zweifel immer lieber einen Versuch mehr als einen Versuch weniger starten, auch mit solchen Gruppen ins Gespräch zu kommen. Aber mit dem ‚Islamischen Staat‘, mit blutigen Terrorgruppen, die eigentlich nur ein militärisches und kein für uns auch nur im Ent-

ferntesten akzeptables politisches Ziel verfolgen, scheint ein Dialog aus meiner Sicht von vornherein sinnlos zu sein.

Das heißt, in Bezug auf den IS bleibt nur die militärische Strategie?

Es bleibt kurzfristig die militärische Strategie. Langfristig stellt sich die große Aufgabe der Deradikalisierung und der Verhinderung von Radikalisierung. Dies setzt einen Prozess des Empowerments der Regierungen in der Region voraus. Dies setzt aber auch einen selbstkritischen Umgang der europäischen Gesellschaften mit ihrer eigenen Behandlung muslimischer und arabischer Minderheiten in ihren Ländern voraus. Denn wie wir heute wissen, haben sich Hunderte, wenn nicht Tausende von bei uns in Europa geborenen, jungen Menschen dem ‚Islamischen Staat‘ zugewandt.

Wir müssen auch bei uns nach Möglichkeiten suchen, um in einer frühen Phase Radikalisierungstendenzen auszumerzen und ihnen entgegenzuwirken. Hier ist zu lange weggeschaut worden, als sich unter dem Deckmantel der Religion an Moscheen und in anderen Institutionen radikale Sprücheklopfer breitmachen konnten, um solche Verführungsaktivitäten zu starten. Es geht also nicht nur um die Art und Weise, wie wir den Staaten in der Region dabei helfen können, sich so zu öffnen, dass radikalen Gruppen weniger Handlungsspielraum gegeben wird, sondern wir müssen die Quellen des Radikalismus auch bei uns zu Hause hier in Europa bekämpfen.

Welche Rolle wird die NATO in zehn Jahren in der transatlantischen Sicherheitspolitik einnehmen?

Die Gewichte in der NATO werden sich hoffentlich derart verschieben, dass der finanzielle Beitrag der europäischen NATO-Partner einen deutlich höheren Anteil einnimmt als die derzeitigen 30 Prozent. Dadurch wird die NATO in zehn Jahren eine gesündere und in sich harmonischer zusammenarbeitende Gemeinschaft sein können als heute.

Alleine schon wegen der nuklearen Komponente wird die NATO gerade aus der Perspektive deutscher strategischer Politik an ihrer Bedeutung überhaupt nichts einbüßen. Wir sind ein nicht-nukleares Land. Wir werden es auch dann bleiben müssen und fest zu unseren

Wir werden ohne den amerikanischen nuklearen Schirm in Europa auf längere Sicht nicht auskommen können.

vertraglichen Verpflichtungen stehen müssen, wenn die Nichtverbreitungspolitik nicht so erfolgreich ist, wie wir uns das erhoffen. Wenn also weitere nukleare Staaten – etwa Nordkorea, der Iran und andere – entstehen sollten. Deshalb werden wir ohne den amerikanischen nuklearen Schirm in Europa auf längere Sicht nicht auskommen können. Daher ist es eine grob fahrlässige und falsche Politik, wenn einige so tun, als wäre jetzt angesichts des Phänomens Donald Trump ein guter Augenblick gekommen, die transatlantische militärische Nabelschnur zu zerschneiden. Wir brauchen die NATO weiterhin, denn es ist nicht ersichtlich, dass sich in absehbarer Zeit die Gefahr des Einsatzes nuklearer Waffen und damit auch die Notwendigkeit, von ihrem Einsatz abschrecken zu können, reduzieren oder sich in Luft auflösen wird.

Interview: Robin Fehrenbach, 17. November 2017.

Meinungsbeitrag (Pro) von Henning Otte

Wir müssen mehr Mittel bereitstellen

Henning Otte unterstützt das 2-Prozent-Ziel der NATO. Der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion meint: Deutschland trägt zunehmend Verantwortung in einer konfliktbeladenen Welt – und muss bereit sein, auch dorthin zu gehen, wo die Konflikte sind.

Das sicherheitspolitische Umfeld, in dem unsere Bundeswehr agiert, hat sich grundlegend verändert. Russlands offensive Außenpolitik führt dazu, dass die Landes- und Bündnisverteidigung in unseren Planungen wieder einen neuen Stellenwert bekommen hat. Deutschland nutzt im Verhältnis zu Russland die gesamte Palette an diplomatischen Möglichkeiten. Diese werden flankiert durch die Rückversicherungsmaßnahmen in den östlichen NATO-Staaten, die auf den NATO-Gipfeln in Wales 2014 und Warschau 2016 beschlossen wurden. Teile hiervon sind Deutschlands Beitrag zur rotierenden Luftraumüberwachung im Baltikum, aber auch der Beitrag des Deutschen Heeres zur „Enhanced Forward Presence“, bei der sich die Bundeswehr seit Februar 2017 als Führungsnation für den multinationalen Gefechtsverband in Litauen engagiert. 2019 wird die Bundeswehr erneut Rahmennation bei der „Very High Readiness Joint Task Force (VJTF)“ Speerspitze der NATO sein, wofür die Vorbereitungen bereits begonnen haben.

Daneben ist Deutschland fortgesetzt in internationalen Einsätzen zur Krisenbewältigung aktiv. Die Konflikte der Welt kommen in Europa an. Wir erleben das nicht zuletzt in Form von terroristischen Anschlägen, auch hier in Deutschland. Immer deutlicher wird, dass wir bereit sein müssen, dorthin zu gehen, wo die Konflikte sind – um sie vor Ort zu entschärfen. Beispielhaft ist hier die Mission der Bundeswehr in Mali zu nennen. Die Stabilität in diesem Land hat eine Schlüsselfunktion für die gesamte Sahelregion. Der Einsatz der Marine im Mittelmeer zur Aufklärung von Schleppernetzwerken knüpft hieran an. Ein weiterer Baustein ist unsere Unterstützung im Kampf gegen den Terror des sogenannten Islamischen Staates in Syrien und im Irak.

USA nehmen alte Rolle als Ordnungsmacht immer weniger wahr

Die äußerst verschiedenartigen Einsätze verlangen von der Bundeswehr sehr unterschiedliche Fähigkeitsprofile und müssen im Unterschied zu früheren Dekaden alle gleichzeitig bewältigt werden. All diese Herausforderungen fallen in eine Zeit, in der sich abzeichnet, dass die USA ihre alte Rolle als Ordnungsmacht in vielen Teilen der Welt immer weniger wahrnehmen werden. Hierdurch entsteht für Deutschland eine direkte Notwendigkeit, selbst mehr für die eigene Sicherheit zu tun und noch mehr Verantwortung als bisher in der Welt zu übernehmen. In der Mitte unserer Partner müssen wir dabei mit starkem Beispiel vorangehen. Wir nehmen diese Aufgabe wahr, als Rahmennation im europäischen Pfeiler der NATO und als Anlehnungspartner der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, die wir durch die PESCO-Initiative fortentwickeln.

Um unseren gewachsenen Aufgaben erfolgreich zu begegnen, müssen wir zukünftig bereit sein, für unsere Sicherheit mehr finanzielle Mittel bereitzustellen. Die in der NATO vereinbarten Fähigkeitsziele zum Schließen von Fähigkeitslücken und die damit verbundene Vereinbarung von 2 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für Verteidigungsausgaben bis 2024 sind dabei die Zielmarke der deutschen Politik. Bereits 2002 hatte sich die damalige rot-grüne Bundesregierung erstmals mit der NATO hierauf verständigt. Vor dem Hintergrund der veränderten sicherheitspolitischen Lage hat diese Bündnisvereinbarung zuletzt noch einmal deutlich an Relevanz gewonnen. Auf dem NATO-Gipfel von Wales 2014 hat sich die gesamte Bundesregierung zum 2-Prozent-Ziel bekannt. Im ressortübergreifenden Weißbuch zur deutschen Sicherheitspolitik wurde diese Absicht bekräftigt. Gemeinsam hat die Allianz im Juni 2015 den Rahmen für die erforderlichen Kräfterdispositive des politischen „Level of Ambition“ der NATO erarbeitet und als Planungsziele in die Verantwortung der einzelnen Nationen übergeben. Deutschland hat

sich im Juni 2017 zur Erfüllung der gemeinsamen NATO-Planungen verpflichtet. Zu unseren Zusagen zu stehen, ist auch ein Ausdruck von Verlässlichkeit innerhalb des Bündnisses und der Verantwortung für unser Land.

Personeller und materieller Aufwuchs sollte schneller erfolgen

Klar ist, dass solch ein Aufwuchs des Verteidigungshaushaltes nur in realistischen Schritten erfolgen kann. Hierbei geht es in erster Linie darum, vorhandene Lücken in Personal und Ausrüstung zu füllen. Neben der notwendigen Modernisierung der Ausrüstung müssen sich unsere Streitkräfte für die Herausforderungen der zunehmenden Digitalisierung aufstellen. Die in der zurückliegenden Legislaturperiode eingeleiteten Trendwenden bei Material, Personal und Haushalt bilden für diese Veränderungen die richtigen Grundlagen. In Anbetracht der sicherheitspolitischen Lage muss der personelle und materielle Aufwuchs der Bundeswehr jedoch noch schneller als geplant erfolgen.

Eine weitere Stärkung der Verteidigungsausgaben ist dafür die Voraussetzung. Nur wenn wir bereit sind, mehr in unsere Sicherheit zu investieren, werden wir für künftige Herausforderungen gewappnet sein. Nur wer selbst aktiv ist und zu seinen Verpflichtungen steht, kann international auch Mitsprache einfordern und ist für seine Partner attraktiv, um gemeinsam Sicherheit zu gestalten. Richtig bleibt, dass wir Sicherheitspolitik nur vernetzt betrachten können. Um den außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen von heute gewachsen zu sein, müssen die Instrumente von Diplomatie und Wirtschaft, der Polizei, der Sicherheits- und Verteidigungspolitik sowie der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb eines gemeinsamen Ansatzes besser miteinander abgestimmt und koordiniert werden. Deshalb müssen wir parallel zur Erhöhung des Verteidigungshaushaltes auch die Mittel für Entwicklungszusammenarbeit im Maßstab

1:1 erhöhen, bis bei den öffentlichen Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, die sogenannte ODA-Quote von 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes erreicht ist. Ein zentrales Element gemeinsamer Sicherheitsvorsorge bleiben jedoch leistungsfähige Streitkräfte. Deswegen ist es wichtig, zur Stärkung unserer Truppe weiterhin auf das 2-Prozent-Ziel der NATO hinzuarbeiten, damit notwendige Fähigkeiten zu jeder Zeit für die Verteidigung und Krisenbewältigung gewährleistet sind.

Der Debattenbeitrag erschien erstmals am 18. Januar 2018
im Online-Magazin RECAP der Atlantik-Brücke.

Meinungsbeitrag (Contra) von Rainer Arnold

Mehr Geld ist nicht gleich mehr Effizienz

Rainer Arnold hält das 2-Prozent-Ziel der NATO für überschätzt. Im Gespräch mit der Atlantik-Brücke plädiert der langjährige verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion dafür, dass Deutschland seine Wehrausgaben vor allem qualitativ einsetzt.

Auch die gescheiterten Sondierungsgespräche über die Bildung einer Jamaika-Koalition haben sich unter anderem um das 2-Prozent-Ziel für Verteidigungsausgaben gedreht, wie es die NATO auf ihrem Gipfel 2014 als Absichtserklärung formuliert hat. Zwei Prozent vom Bruttoinlandsprodukt: Damit sind Griechenland und Estland mit an der Spitze der NATO-Beitragszahler, ihre Bedeutung für das Militärbündnis ist indes relativ gering. Deutschland hingegen mit seiner starken Wirtschaftskraft müsste bald mehr als 30 Milliarden Euro zusätzlich aufwenden. Sollte die Wirtschaft bei uns wieder schlechter laufen, sinken auch das BIP und damit die zwei Prozent für Militärausgaben. Dies zeigt deutlich: Das 2-Prozent-Ziel hat wenig Aussagekraft. Viel wichtiger ist es zu klären, welche Fähigkeiten die europäischen NATO-Staaten in das Bündnis einbringen sollen und welches Land in Europa diese Fähigkeiten hat. Daran sollten sich meiner Auffassung nach die Beiträge für das Bündnis ausrichten.

Die NATO ist in ihrer Bedeutung für unsere Sicherheit unverzichtbar. Die Anstrengungen der europäischen Mitglieder für die Verteidigung müssen unbestritten finanziell erhöht werden, mittlerweile sind wir auch auf einem guten Weg dahin. Aber bessere Ergebnisse erzielt das Militärbündnis nicht allein durch Mehrausgaben. Wenn es darum geht, die NATO sinnvoller zu unterstützen, dann sollte das Kriterium auf den mangelnden Fähigkeiten und nicht auf der 2-Prozent-Marke liegen. Denn die NATO hat ihre Defizite längst benannt und eine Liste mit kritischen Fähigkeiten vorgelegt. So fehlen unter anderem Aufklärungs- und Lufttransportfähigkeiten, aber auch bessere Kommunikation oder mobile Lazarette.

Der Löwenteil fließt direkt in Verpflichtungen für die NATO

Deutschland leistet einen bedeutenden Beitrag für eine glaubhafte Abschreckung, im letzten Jahr haben wir die Ausgaben für Verteidigung um 7,9 Prozent erhöht. Das sind 11 Prozent des Bundeshaushaltes. Der Löwenanteil daran fließt direkt in Verpflichtungen für die

NATO. Das ist keineswegs bei allen Mitgliedern der Fall. So stellen die USA gerade mal viereinhalb Prozent ihres gigantischen Wehretats in den Dienst der anderen NATO-Staaten, circa 30 Milliarden von insgesamt rund 664 Milliarden US-Dollar. Im Gegenzug erhalten sie von den Europäern Stützpunkte, Kommunikationszentren und Lazarette, auch für Einsätze, die nicht von der NATO unterstützt werden. In Frankreich sind 24 Prozent des nationalen Verteidigungshaushalts reine Pensionszahlungen, dazu kommen noch die enorm hohen Ausgaben zur eigenen nuklearen Abschreckung. Dem Bündnis helfen diese Ausgaben wenig.

Wir können unseren Partnerländern selbstbewusst in Erinnerung rufen, wie verlässlich Deutschland bei der Bewältigung internationaler Krisen hilft. Das ist nicht nur eine quantitative Frage. Die Bundeswehr ist in vielen Einsätzen dabei, zum Teil zwar nur mit kleinen Kontingenten, die damit verbundene Logistik ist aber eine Riesenherausforderung für die derzeitige Bundeswehr. Und wir unterscheiden uns positiv von so manchem Partner in der NATO, der zwar einen Einsatz mitmacht, aber schnell wieder geht, wenn er länger dauert. Anders Deutschland, wir sind ein verlässlicher Player bei internationalen Stabilisierungsmissionen. Die Hochwertfähigkeiten, die Deutschland in das Bündnis einbringt – MedEvac (Medizinische Evakuierung), elektronische Aufklärung, U-Boote und mehr –, sollten mehr Gewicht bekommen als das Schielen auf Zahlen und Prozente. Es wäre ein kluger Beitrag Deutschlands, sich besonders auf die teuren hochtechnologischen Fähigkeiten zu fokussieren, anstatt personalintensive Truppenteile weiter aufzubauen.

Bundeswehr-Depots werden auf Jahre hinaus unterversorgt sein

Trotzdem ist es richtig und notwendig, dass wir unsere Ausgaben für Verteidigung erhöhen. In den nächsten fünf Jahren sind Steigerungen des Etats um jeweils circa zwei Milliarden Euro jährlich

notwendig, um bestehende Lücken zu füllen. Das ist das Resultat der verfehlten Reform zweier ehemaliger Unionsverteidigungsminister, durch die es der Bundeswehr seit 2008 an fast allem fehlt, an Personal, Ausrüstung und Ausstattung. Tatsächlich wird es nach der vorliegenden Planung noch Jahre dauern, bis die Depots der Bundeswehr mit Gerät, Ersatzteilen oder Munition wieder so befüllt sind, dass unsere Streitkräfte das haben, was sie eigentlich haben müssten. Zwei Milliarden Euro im Jahr nur, um die Bundeswehr so auszurüsten, wie sie der Papierform nach längst sein müsste. Die Trendwenden beim Personal und bei der Finanzierung sind der richtige Weg, allerdings geht alles viel zu langsam.

Ja, Deutschland muss mehr Verantwortung in der Außen- und Sicherheitspolitik übernehmen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Erkenntnis, dass internationale Krisen und Konflikte nur vernetzt gelöst werden können. Die europäische Kommission ist mit ihren zivilen und militärischen Komponenten die prädestinierte Institution zur Konfliktbewältigung; sie verfügt über die nötigen Strukturen und Mittel. Hierin liegt die eigentliche Stärke Europas im Vergleich zur NATO.

Wenn es gelingt, zwischen NATO und EU auch politisch einen Prozess der Arbeitsteilung auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik zu organisieren und ihre enormen Möglichkeiten zur Lösung von externen Konflikten frühzeitig einzusetzen, wäre dies ein tatsächlicher Gewinn für die Sicherheit in der Welt. Die NATO als Instrument der Abschreckung und für Konflikte hoher Intensität und die EU als geeigneter Akteur bei der Stabilisierung fragiler Regionen.

Eine Lösung der vielen sicherheitspolitischen Herausforderungen allein durch die Anhebung der Verteidigungsausgaben in den NATO-Mitgliedstaaten ist dagegen kaum zu erwarten.

Der Debattenbeitrag erschien erstmals am 18. Januar 2018
im Online-Magazin RECAP der Atlantik-Brücke.

Hintergrundartikel von Robin Fehrenbach

Uneinigkeit bei fairer transatlantischer Lastenteilung

Die Zukunft der NATO wird wesentlich davon abhängen, wie die Vereinigten Staaten und Europa die gemeinsamen sicherheitspolitischen Aufgaben erfüllen. Dabei gehen die Ansichten der Amerikaner und Europäer schon darüber auseinander, wie ausgewogenes Burdensharing zu definieren ist. In Europa gibt es eine Reihe kritischer Einwände dagegen, die faire transatlantische Lastenteilung nur auf das beim NATO-Gipfel in Wales vereinbarte Ziel zu beschränken, dass jedes Mitglied 2 Prozent seines BIP für Verteidigung ausgibt. Ein Überblick über die aktuelle Debattenlage.

Wird die transatlantische Lastenteilung in der Außen- und Sicherheitspolitik erst in dem Moment fair sein, wenn alle Mitglieder der NATO das 2-Prozent-Ziel erfüllen? Diese häufig in den USA vorherrschende Grundannahme vertritt zum Beispiel der amerikanische Verteidigungsminister James Mattis. „If your nations do not want to see America moderate its commitment to this alliance, each of your capitals needs to show support for our common defense“, sagte der Pentagon-Chef zu seinen europäischen Amtskollegen in Brüssel im Februar 2017.

Divergierende Ansichten über einen Schlüsselbegriff

Die faire transatlantische Lastenteilung ist zwar im Sprachgebrauch von Amerikanern und Europäern einer der zentralen Begriffe für die sicherheitspolitische Kooperation zwischen den Bündnispartnern. Doch die Ansichten, was genau darunter zu verstehen ist, gehen dies- und jenseits des Atlantiks weit auseinander. Im Gegensatz zu ihren amerikanischen Partnern heben europäische Sicherheitsexperten neben dem 2-Prozent-Ziel der NATO eine Reihe von weiteren Bestandteilen der Lastenteilung – vielfältige verteidigungspolitische Aufgaben, diplomatische Initiativen und entwicklungspolitisches Engagement – hervor. Dabei setzen sie sich zunächst kritisch mit der Sinnhaftigkeit des 2-Prozent-Ziels als solchem auseinander. Simon Lunn und Nicholas Williams, Senior Associate Fellows des European Leadership Network, kritisieren in einem [Beitrag vom Juni 2017](#) die Logik der NATO-Vorgabe für Verteidigungsausgaben von zwei Prozent. Das Beharren auf ein eng abgestecktes und willkürliches Ziel, das mit der gesamten Wirtschaftsleistung eines Landes verbunden ist, als alleiniger Maßstab für Solidarität unter Alliierten und somit für Lastenteilung sei „irrational“. Des Weiteren werde das Burdensharing zu oft auf den finanziellen Beitrag reduziert, schreiben die Autoren des Londoner Thinktanks.

Nur vier europäische NATO-Staaten erfüllen die Quote

In den USA bleibt mit Blick auf die Statistiken der Eindruck, dass sich die europäischen NATO-Mitglieder allzu sehr auf die Amerikaner verlassen und ihrerseits zu wenig finanzielles Engagement zeigen. Denn zum einen übernehmen die USA 72 Prozent der Verteidigungsausgaben der NATO-Staaten, die Europäer dagegen nur 26 Prozent. Die verbleibenden 2 Prozent entfallen auf Kanada. Und während die Vereinigten Staaten zum anderen nach Angaben der NATO mehr als 3,6 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung ausgeben, erreichen nur Griechenland (2,4 Prozent), das Vereinigte Königreich (2,2 Prozent), Estland (2,2 Prozent) und Polen (2,0 Prozent) die nötige Quote von mindestens zwei Prozent, die sich die NATO-Mitgliedsländer selbst während des Gipfels in Wales 2014 verordnet haben. In Bezug auf die nackten Zahlen leistet Deutschland mit seinen aktuell circa 1,2 Prozent des BIP dementsprechend zu wenig. Für die USA fängt jede Diskussion über ausgewogenes Burdensharing mit den finanziellen Beiträgen an. Für Europa stellt die Beitragsfrage dagegen den Schlusspunkt in der Debatte über faire Lastenteilung dar – vor allem was den zeitlichen Horizont angeht.

Trump drängt, Deutschland lässt sich Zeit

Bis zum Jahr 2024 haben sich die NATO-Mitgliedstaaten zum Ziel gesetzt, ihre Verteidigungsetats auf zwei Prozent ihres jeweiligen Bruttoinlandsprodukts zu erhöhen oder auf diesem Niveau zu halten. US-Präsident Donald Trump pocht ebenso wie Mattis darauf, dass alle europäischen NATO-Partner so zügig wie möglich die zwei Prozent erreichen. Die Europäer dagegen haben eher die mittelfristige Perspektive, also 2024, im Fokus – und allein Deutschland, die größte Volkswirtschaft der EU und die viertgrößte der Welt, tut sich schwer damit, seinen Wehretat schnell um zweistellige Milliardenbeiträge aufzustocken. Das spiegelt die parlamentarische Auseinandersetzung

ebenso wider wie die konträren Positionen innerhalb der Bundesregierung zwischen der auf diesem Politikfeld spendableren CDU/CSU um Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen und der zurückhaltenden SPD um Bundesfinanzminister Olaf Scholz.

Mangelnde Effizienz verstärkt Europas Probleme

Mit einer höheren Effizienz in der Planung, Beschaffung und in den Ausgaben für Rüstungsgüter würde die Debatte über faire Lastenteilung womöglich nicht so einseitig um das 2-Prozent-Ziel kreisen. Professor Dr. Sven Biscop, Direktor des „Europe in the World“-Programms am Brüsseler Egmont-Institut für internationale Beziehungen, kritisiert die Zielvorgabe noch aus einem anderen Grund als Lunn und Williams. Er argumentiert in einem [Dossier](#), dass die 28 EU-Mitglieder einen Großteil der ausgegebenen 200 Milliarden Euro verschwenden würden, um getrennte Verteidigungssysteme und 28 weitgehend überlappende Fördersysteme dafür aufrechtzuerhalten. Außerdem investierten die Staaten zu sehr in die angebotenen Produkte der nationalen Rüstungsindustrien, anstatt zielgerichtet in geeigneten Bedarf. „Wenn Europa all die unbrauchbaren Fähigkeiten und sämtliche unnötige Vervielfältigung beschneiden würde, könnte es die Militärkräfte, die es braucht, zu Kosten von unter zwei Prozent des BIP aufbauen“, hält Biscop fest.

Vielfältige Aufgabenpakete müssen geschultert werden

Worin bestehen nun die weiteren Bestandteile der Lastenteilung? Das zentrale Element ist die Erfüllung des jedem NATO-Mitglied im Konsens aller 29 Partner zugewiesenen Aufgabenpakets. Welche genauen Aufgaben die einzelnen Länder übernehmen sollen, richtet sich nach nationalen Kennziffern. Die Bevölkerungszahl, die Wirtschaftskraft und spezifische militärische Kapazitäten und Fähigkeiten – etwa eine Spezialkompetenz im Bereich der Cyberabwehr

oder gewachsene Erfahrung in der Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern wie beispielsweise eines Transporthubschraubers – bestimmen den Umfang des Leistungskatalogs. Auf der verteidigungspolitischen Ebene gibt es im Wesentlichen drei Arten von Aufgaben: Die erste umfasst die gesicherte Bereitstellung von Rüstungsgütern, also etwa von Schützenpanzern, U-Booten und Kampffjets. Je nach Einsatzbereitschaft dieser Systeme variiert die Handlungsfähigkeit des jeweiligen Militärs im Ernstfall. Die zweite Gruppe von Aufgaben besteht aus Übungen im NATO-Verbund. Entscheidende Fragen in diesem Zusammenhang sind, ob die nationalen Truppenkontingente in der vereinbarten Größe an Militärübungen teilnehmen, ob die vollständige Dauer der Übung eingehalten wird, ob das entsprechende Gerät im funktionstüchtigen Zustand getestet werden kann und welche Beiträge zur inhaltlichen und analytischen Nachbereitung geliefert werden.

Aktivitätsindex würde 2-Prozent-Ziel erweitern

Die dritte Aufgabenart schließlich betrifft Einsätze und Missionen der NATO. Auch hier ist das relevante Kriterium, ob die einzelnen Mitglieder ihren Verpflichtungen in Truppenstärke und Bereitstellung von Rüstungsgütern nachkommen. Dazu gehört aber auch eine funktionierende Logistik: Militärisches Gerät muss gesichert und schnell über Straßen und Schienen an den jeweiligen Einsatzort gebracht werden. Auch die Versorgung mit Nachschub muss darüber gewährleistet sein. Generalleutnant Frederick B. Hodges etwa, bis Ende 2017 Commanding General der U.S. Army Europe, hat den Aufbau einer reibungslosen Logistik für militärische Operationen innerhalb Europas zu einem seiner wichtigsten Anliegen gemacht. Die Botschaft ist angekommen: Die EU-Kommission will im kommenden Jahrzehnt 6,5 Milliarden Euro investieren, um Straßen, Schienen und Brücken panzertauglich auszubauen. Die Bundesregierung unterstützt das US-Militär beispielsweise häufig mit der Erteilung von

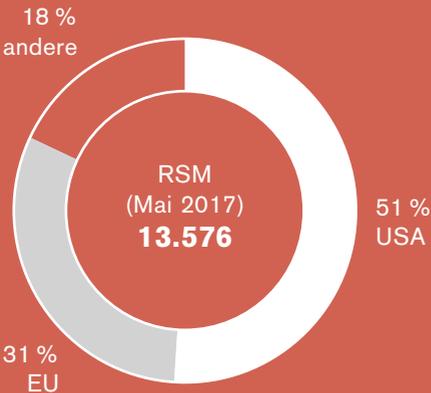
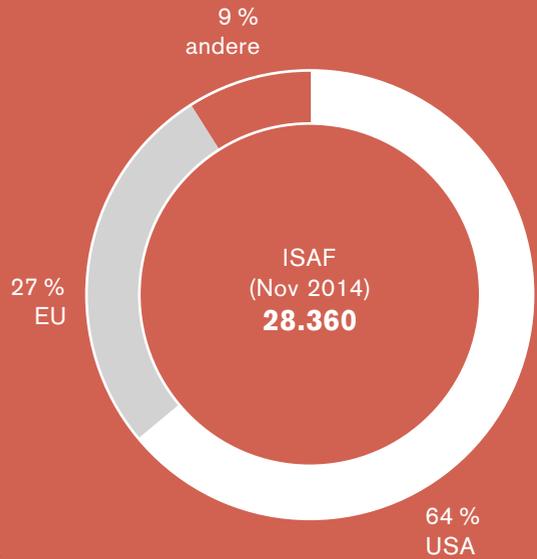
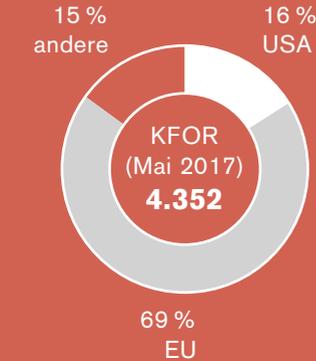
Überflugrechten und der Nutzung von Stützpunkten, Militärbasen und Kommunikationszentren. Aus der Logik dieser vielfältigen Aufgaben der NATO-Verbündeten heraus plädiert daher Verteidigungsministerin von der Leyen für die Nutzung eines Aktivitätsindexes, der die tatsächlich geleistete Beteiligung aller Mitglieder nach standardisierten Kriterien erfasst und mit den vereinbarten Aufgabepaketen abgleicht.

Bundeswehrsoldaten führen die Battlegroup in Litauen an

Die Stabilisierung von bedrohten oder krisenhaften Staaten innerhalb und außerhalb des NATO-Gebiets trägt ebenfalls zur fairen transatlantischen Lastenteilung bei. Mehrere europäische Staaten sind zur Abschreckung des russischen Expansionsdrangs an der Truppenstationierung von multinationalen Bataillonen im Baltikum sehr aktiv beteiligt. Deutschland etwa führt die Battlegroup in Litauen unter rotierender Beteiligung von Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Kroatien, Norwegen und Luxemburg an. Ebenso engagiert sich die Bundeswehr stark an der Ausbildungs- und Beratungsmission „Resolute Support“ für die örtlichen Sicherheitskräfte in Afghanistan. Die Mandatsobergrenze liegt derzeit bei 980 deutschen Soldaten. Die Bundeswehr ist in zahlreiche Aufträge eingebunden. Aktuell beteiligt sie sich an 14 Einsätzen im Rahmen von Mandaten der NATO, der UN sowie der EU. Auch wenn die wenigsten europäischen NATO-Staaten zwei Prozent ihres jeweiligen BIP für Verteidigung ausgeben, sind sie jedoch für die Sicherheit im NATO-Raum täglich im Einsatz.

Wer hat welchen Beitrag zu NATO-geführten Missionen geleistet?

Beitrag zu NATO-geführten Missionen (Kosovo Force, International Security Assistance Force, Resolute Support Mission) in Prozent:



Quelle: NATO

Burdensharing auch im diplomatischen Raum

Über die verteidigungspolitische Ebene und damit über die NATO hinaus leisten diplomatische Initiativen einen entscheidenden Beitrag zur Lastenteilung der transatlantischen Partner in einer zunehmend konfliktbeladenen Welt. Der Westen hat etwa in der Ukraine-Krise im Normandie-Format nicht in erster Linie an der Seite der Amerikaner verhandelt und immerhin das Minsker Abkommen erzielt – so umstritten die Ergebnisse auch sind und so mangelhaft die Umsetzung bislang ausfällt. Die beiden außenpolitischen Protagonisten der westlichen Allianzpartner waren vor allem Deutschland und Frankreich – an den entscheidenden Gesprächen mit Russland und der Ukraine waren die Amerikaner nicht beteiligt. Dagegen sind die Vereinigten Staaten in Ländern des Mittleren Ostens häufig die führenden Gesprächspartner auf diplomatischem Parkett und können ihrerseits über Jahrzehnte etablierte Gesprächskanäle nutzen. Der Fall Afghanistan zeigt allerdings, dass geschlossene und koordinierte transatlantische Diplomatie auch außerhalb des nordatlantischen Raumes möglich ist.

Zivile Komponenten flankieren und entlasten sicherheitspolitische Elemente

Auch entwicklungspolitische Zusammenarbeit kann im weiteren Kontext der fairen transatlantischen Lastenteilung berücksichtigt werden. Die europäischen Staaten sind in der Prävention und Nachsorge von Krisen verstärkt gefordert – man denke etwa an die vielen Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent und die daraus resultierenden Flüchtlings- und Migrationsbewegungen in Richtung des europäischen Festlandes. Dies wird eine der großen Herausforderungen der kommenden Jahre für die Europäische Union sein, da europäische Interessen hier unmittelbar betroffen sind – sehr viel stärker als amerikanische. Eine erfolgreiche Entwicklungshilfe kann

jedoch dazu beitragen, dass sich Krisenregionen nicht erneut zu einem Kriegsschauplatz entwickeln, der eine NATO-Mission erforderlich macht. Zivile Komponenten flankieren und entlasten also rein sicherheitspolitische Elemente der Aufgabenteilung dies- und jenseits des Atlantiks. Botschafter Wolfgang Ischinger, Leiter der Münchner Sicherheitskonferenz, hat daher unter anderem in dem Anfang 2017 veröffentlichten Sammelband „Deutschlands Neue Verantwortung“ angeregt, auch Ausgaben für Diplomatie, Krisenprävention, Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Initiativen in die Gesamtschau des fairen Burdensharings zu integrieren. Er schlägt drei Prozent des BIP als Richtwert vor.

Die nähere Betrachtung der einzelnen Bestandteile der fairen transatlantischen Lastenteilung zeigt, dass diese noch nicht erreicht ist und immer wieder neu verhandelt, in praktische Politik überführt und austariert werden muss. Die Zielsetzung des ausgewogenen Burdensharings wird die westlichen Bündnispartner noch lange begleiten – weit über das 2-Prozent-Ziel der NATO hinaus.

Die Rolle der USA innerhalb der NATO

2

“A demonstration
that we stand
together”

Rose Gottemoeller regards the Alliance’s security guarantee for the Baltics and Poland as reliable. NATO Deputy Secretary General demands that Russia complies with its commitments to transparency of its military exercises in this region. In conversation with Atlantik-Brücke Gottemoeller also stresses that the Alliance’s new command structure will be “robust, agile and fully fit for purpose”.

Mrs. Gottemoeller, Russia is trying to expand its spheres of influence. Especially the Baltics and Poland feel threatened by Russia's aggressive behaviour. How reliable is NATO's security guarantee in this European region?

In recent years, Russia has threatened and used military force against its neighbours. NATO has responded in a defensive and proportionate way. The response includes the four multinational battlegroups that are operational in Estonia, Latvia, Lithuania and Poland. Our measures are strictly defensive, proportionate, and in line with our international commitments. They aim at preventing conflict and preserving the peace.

This is a clear demonstration that we stand together, and is the essence of Article 5 of the Washington Treaty. But our deterrence and defence does not rely on four battlegroups alone. They are part of a broader posture that involves national home defence and other NATO forces. We have, for example, tripled the size of our multinational NATO Response Force to 40,000 troops – with a 5,000-strong spearhead force ready to deploy within 72 hours. We have also enhanced air patrols over the Baltic and Black Seas. Our defences are now stronger than at any point since the Cold War. That sends a clear signal.

**Our measures are strictly defensive, proportionate,
and in line with our international commitments.**

Our policy towards Russia is consistent: strong defence and openness to dialogue. We are delivering on both tracks. While our practical cooperation with Russia has been suspended, we remain open to a

periodic, focused and meaningful dialogue. We held six meetings of the NATO-Russia Council over the past two years, and are continuing to look for further opportunities.

There are regular reports about a gap of exercises between NATO and Russia. How severe is this problem in the perception within the alliance's Headquarters?

All nations have the right to exercise their armed forces; it is essential that in doing so they respect their commitments to transparency and predictability. Transparency has also been a priority for NATO in its discussions with Russia in the NATO-Russia Council, and it will remain a priority as we continue our dialogue with Russia. Exercises such as ZAPAD last year – together with the overall increase in Russian military activities – underline the need for close dialogue between NATO and Russia to avoid incidents and miscalculations.

Russia has regularly under-reported the size of its exercises to avoid mandatory observations by the OSCE.

Russia has regularly under-reported the size of its exercises to avoid mandatory observations by the OSCE. Since the end of the Cold War, Russia has never opened an exercise for the mandatory observation outlined in the Vienna Document. We continue to urge Russia to be fully transparent about the scope of its exercises and to comply with the requirements of the Vienna Document. Allies are also making efforts within the OSCE to modernise the Vienna Document in order to close loopholes and ensure transparency of military exercises.



We do not want
a Cold War, and we
will not let ourselves
be dragged into
a new arms race.

As for what NATO does in this area, we ensure that all we do is defensive, proportionate, and in line with our international commitments – including those outlined in the Vienna Document. Exercising is important to test our capabilities and make certain that we are fit for purpose and ready for the challenges we might face.

In May and June, NATO Allies will conduct a range of exercises in the Baltic Sea region – testing the ability of Allied forces to operate together. In the bigger picture, our measures strike the right balance between a greater military deterrence in the east and the ability to quickly send reinforcements. So, our approach remains firm, defensive and proportionate.

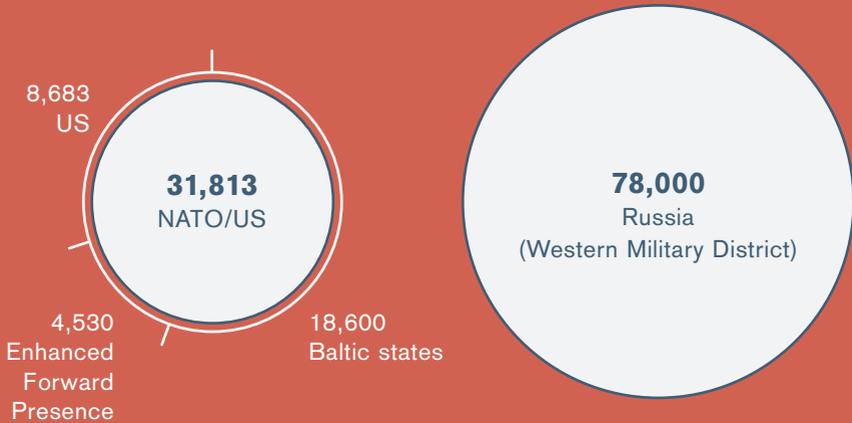
We will do what we believe is necessary to ensure that we are capable of defending our territories and populations. But I want to make clear that we do not want a Cold War, and we will not let ourselves be dragged into a new arms race. NATO remains determined to defend all Allies against any threat. We will maintain a safe, secure and effective nuclear deterrent, as well as strong conventional forces. And we will continue to engage in a meaningful dialogue with Russia, to increase predictability and reduce risk.

NATO's new command structure with additional headquarters aims to accomplish a better capability of deploying troops. Do you think the potential deterrence towards Russia deriving from this step goes far enough?

Our ability to deploy troops wherever they are needed is key to deterrence in peacetime and to our collective defence in times of crisis. This must go hand in hand with a NATO command structure that is robust, agile and fully fit for purpose. Last November, NATO Ministers agreed in principle on the outline for such an adapted NATO Command Structure, and in February of this year, Allies agreed the proposed design for the adapted command structure. We will discuss resources, timelines and locations at the next Meeting of Defence Ministers in June.

Assessment of conventional force imbalances in the Baltics: NATO and Russia in comparison

Readily deployable personnel in combat units on short-notice warning, 2017



Source: Munich Security Conference

The new command structure will include a number of new elements. A Command for the Atlantic will help protect the sea lines of communication between Europe and North America. There will be a new Command to ensure the mobility of our forces within Europe. We also agreed on the need for a renewed focus throughout the command structure on logistics and movement, situational awareness, resilience and on cyber defence. I expect we will finalise all aspects of the adapted structure ahead of the Brussels Summit in July.

Since 2014 there has also been good progress in improving national legislation, removing many bureaucratic hurdles to allow us to move forces across Allied territory. This is important, but we still

have work to do. We need to have enough transport capacity at our disposal, and we need to improve infrastructure, such as roads, bridges, railways, runways and ports.

This is not a job for NATO alone – it requires close coordination across national governments and with the private sector. The EU has an important role to play as well, so NATO and the EU will continue to work very closely on this vital issue.

Russia has supposedly violated the INF Treaty by having developed the ballistic missile SSC-8 that is expected to have a range of more than 500 kilometres. What role does this threat play in NATO's strategic considerations?

The Intermediate-Range Nuclear Forces (INF) Treaty eliminated an entire category of nuclear weapons that threatened Europe, and which were associated with the ability to launch attacks with little warning. We remain fully committed to the preservation of this historic arms control treaty. The INF Treaty is a crucial element of Euro-Atlantic security. Full compliance with the INF Treaty is essential.

The United States has determined that Russia is in violation of the INF Treaty. US Defence Secretary Mattis updated Allies on this issue in November of last year. In December, Allies issued a statement calling on Russia to address these serious concerns in a substantial, transparent and verifiable way.

Allies welcome the continued efforts by the United States to engage Russia to resolve concerns about Russia's compliance with the Treaty.

**The United States has determined that Russia
is in violation of the INF Treaty.**

The relationship between NATO and Russia is very strained since the annexation of Crimea. Which approach should NATO take in order to accomplish a convergence with the Kremlin?

We have seen a broad pattern of reckless behaviour by Russia over many years. This includes the illegal annexation of Crimea, the military support to separatists in Eastern Ukraine, and its military build-up from the North of Europe to the Middle East. Russia's military presence in Moldova and Georgia is against the will of either of these countries' governments. There have also been attempts to subvert democratic processes and institutions, and we have seen an increase in cyber attacks. In March, Allies expressed their deep concern about the nerve agent incident in Salisbury in the United Kingdom, the first use of a nerve agent on Alliance territory. Subsequently over two dozen countries expelled people who had been accredited as Russian diplomats from their countries. NATO's Secretary General withdrew agreement for the appointment of seven individuals accredited to the Russian Mission to NATO and denied the pending accreditation of three others.

This is certainly a challenging time, but NATO's policy remains unchanged. We have strengthened our deterrence and defence in response to Russia's actions, while we remain open for a meaningful dialogue with Russia. We held six meetings of the NATO-Russia Council since 2016, and we are working to hold another. This dialogue is difficult – but it is vital to increase transparency and reduce risk. So, NATO's approach to Russia combines strength and dialogue. And we are delivering on both fronts.

Michael O'Hanlon, a Senior Fellow at the Brookings Institution, supports the hypothesis that the end of NATO's eastward expansion and the implementation of a zone of neutral nations would reduce tensions with Russia. How do you assess this proposal?

Russia's western borders have never been safer. NATO enlargement poses no threat to Russia. NATO's Open Door policy is enshrined in the Washington Treaty and has helped spread stability and prosperity, just like the European Union's enlargement. And Russia has benefitted from this stability and prosperity as well. Our door remains open to European nations able to undertake the commitments and obligations of membership, and contribute to security in the Euro-Atlantic area.

**Russia's western borders have never been safer.
NATO enlargement poses no threat to Russia.**

Every country has the right "to belong or not to belong to international organizations, to be or not to be a party to bilateral or multilateral treaties including the right to be or not to be a party to treaties of alliance." These principles are enshrined in the 1975 Helsinki Final Act. All OSCE member states have signed up to these principles, including Russia.

NATO membership is not imposed on countries. All countries that have joined NATO have done so freely, and in accordance with their domestic democratic processes. To join NATO, countries are expected to adhere to the values of NATO, and to meet strict political, economic and military criteria. NATO Allies are keeping the progress of aspirant countries under close review. In any event, accession to NATO is for individual candidate countries and the Alliance to decide. No third country has the right to interfere in this process.

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years' time?

NATO has kept the peace in Europe for almost seventy years. It is the most successful military Alliance in the world because we have been able to adapt. In an unpredictable world, we will continue to adapt to new challenges and continue to keep our nations and populations safe and secure.

Interview: Robin Fehrenbach, April 9, 2018.

Interview with Lieutenant General Frederick B. Hodges

“NATO is the most successful Alliance in world history”

Lieutenant General Frederick B. Hodges emphasizes the importance of logistics and interoperability for NATO in Europe. Hodges, who served as Commanding General of the U.S. Army Europe until December 15, 2017, also expresses his desire to see an improvement in the strained American-Russian relationship. In the interview with Atlantik-Brücke, he says he hopes that Russia will one day be “welcomed back into the community of responsible nations.”

Lieutenant General Hodges, your time as Commanding General of the U.S. Army Europe has come to an end. Which cooperation projects between the American and European Armed Forces have been the most successful during your German deployment?

The most important collaborative project has been to enhance the interoperability of all the allies' communications systems. Right up there with it are our efforts to improve cross border military mobility by improving the transnational infrastructure, so that military formations can move across Europe quickly. The objective of all our projects has been to improve the speed at which we can assemble our forces and give political leaders more options.

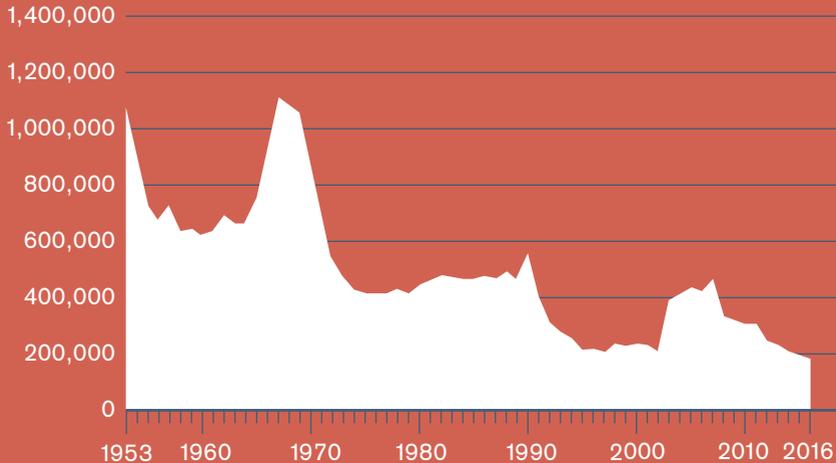
The U.S. Army's Strong Europe concept seeks to strengthen the defense capabilities of its NATO allies in Europe. How would you sum up the progress that has been made?

U.S. Army Europe has contributed to strengthening the allies' defense capabilities in several ways, one of which is participating in our allies' exercises and inviting them to participate in ours. These multinational exercises ensure interoperability with our coalition partners, and allow us to work out possible mission command issues including logistics.

The 7th Army Training Command also has training centers in Grafenwöhr and Hohenfels with the ability to export training capabilities to other places such as Georgia, Romania, Poland and Lithuania. They have significantly improved training opportunities for our allies and partners, and the quality of training – on the range or with the observer-controller team for example – has raised the bar for many countries in the alliance and in Europe.

US overseas military presence since 1953

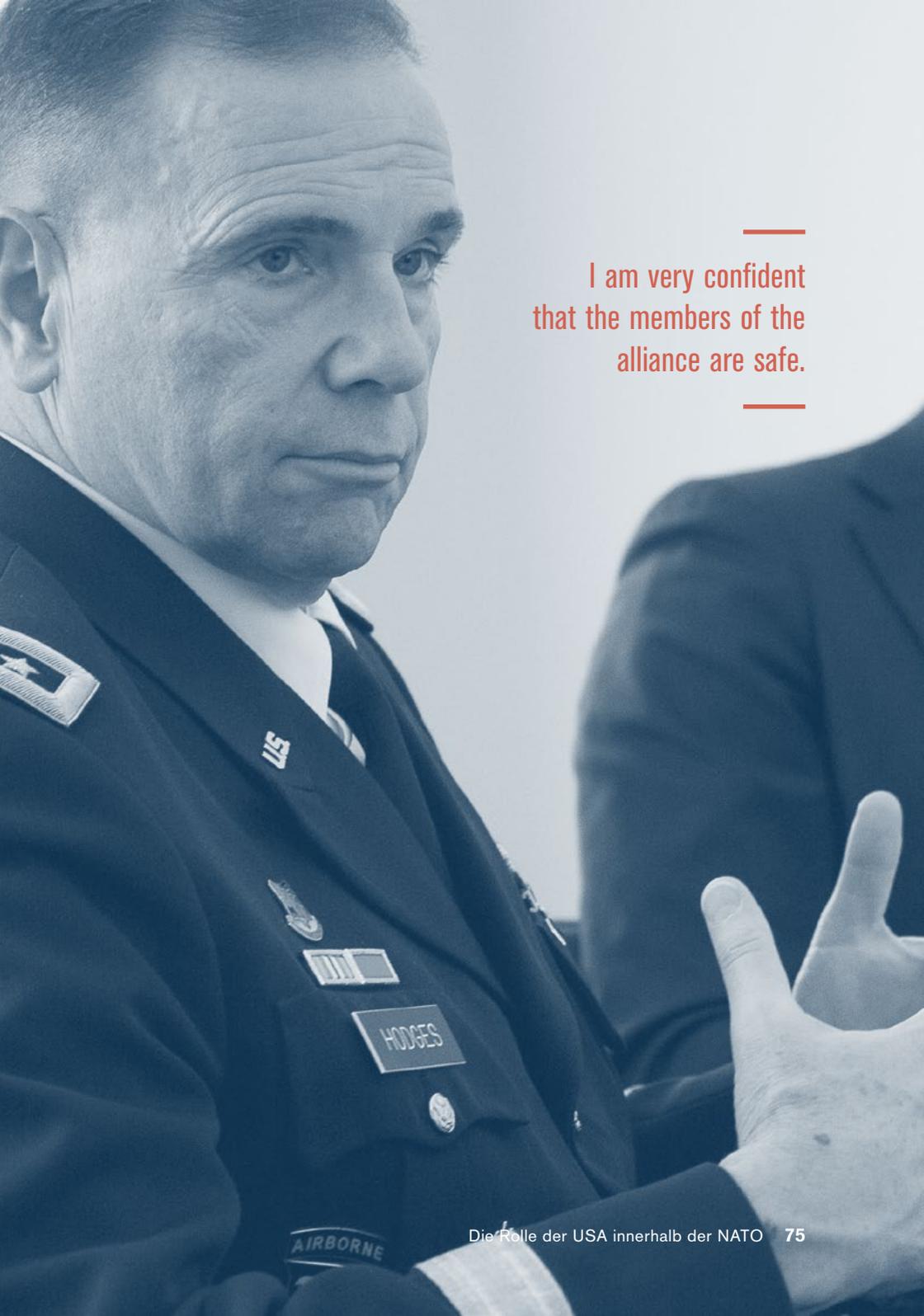
Number of active duty personnel overseas



Source: Pew Research Center, based on Defense Manpower Data Center

Russia is trying to extend its spheres of influence. The Baltics and Poland, in particular, feel threatened by Russia's aggressive behavior. How reliable is NATO's security guarantee in this European region?

NATO is the most successful alliance in history, and it is successful because of the allies' shared values and support of the concept of collective security. NATO is founded on the basis of an unshakable commitment and I am very confident that the members of the alliance are safe. 29 nations sticking together to safeguard the security of the North Atlantic area is a powerful message and powerful commitment.



I am very confident
that the members of the
alliance are safe.

The Ukraine crisis remains unresolved. Would the revitalization of the NATO Russia Council help to improve both the situation in Ukraine and the American-Russian relationship? For example, by stepping up cooperation in fighting international terrorist organizations such as ISIS in Syria.

Obviously, as a soldier, I hope that Russia will one day be welcomed back into the community of responsible nations. It's a great country with a great history and great people. There are so many areas where cooperation is possible, and we thought this cooperation would happen until a few years ago. On the other hand, Russia has to respect international institutions and the international order. When that happens, and Russia also respects the sovereignty of European nations, we can start training together again, have cultural exchanges, and cooperate on the important issues.

NATO's new command structure and additional headquarters will enhance its troop deployment capabilities. Do you think these changes go far enough to be an effective deterrent against Russia?

They reflect the forward-leaning and adaptive nature of our great alliance. I am impressed by the major command changes that have been proposed. And I hope Germany takes the lead on this, especially in rear area operations command. It is the logical choice from a geographical perspective, and based on its capabilities and organizational skills. The changes will improve our ability to receive reinforcements, as well as move allied formations across Europe.

Would a zone of neutral nations, i.e. permanent non-NATO members, in Eastern Europe reduce tensions with Russia?

I believe those nations should get to make their own choices. If they want to join the EU and they meet the accession criteria, then

they should be able to join the EU. If they want to join the alliance and they meet the criteria, then they should be able to do it. National sovereignty and self-determination are core NATO values.

President Trump's 'America First' strategy seems to put American protectionism in a broad range of policy fields. To what extent does this impact NATO's strength and the United States' longstanding aspiration to shape the liberal world order?

Everything that the Obama administration promised has been delivered under the Trump administration. Rotational forces, preposition equipment, enhanced forward presence, and more than a billion dollars in additional European deterrence initiative funding. When the United States is serious about something, we invest military personnel and we invest money. And that's what's happening in Europe today. The President, the Vice President, the Defense Secretary, and the Secretary of State have all reiterated our commitment to Europe and to Article 5 of the Washington Treaty.

**Everything that was promised under the
Obama administration has been delivered under
the Trump administration.**

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years' time?

It will continue to adapt, and it will continue to be the most successful defense alliance in history. NATO's past achievements and its commitment to continuously reviewing its structures, procedures, and policies guarantee that it will still be here ten years from now as the most effective security framework in the world.

Interview: Robin Fehrenbach, December 7, 2017.

Interview with Michael E. O'Hanlon

“The goal is to normalize relations with Russia”

Michael O'Hanlon says that NATO's eastward expansion has gone far enough. The Senior Fellow in Foreign Policy from The Brookings Institution and author of the book 'Beyond NATO' proposes an alternative security architecture in Europe. In an interview with Atlantik-Brücke he argues in favor of a zone of neutral countries in Eastern Europe.

O'Hanlon's main points at a glance:

- NATO's eastward expansion has gone far enough
- Western nations have to negotiate a new security architecture for neutral countries in eastern Europe to stabilize the region and reduce the risks of war with Russia
- The new security architecture would require Russia to withdraw its troops from countries such as Ukraine, Georgia and Moldova
- The neutral countries could join the European Union in the future
- They would have complete sovereignty and self-determination

Mr. O'Hanlon, in your book 'Beyond NATO' you outline the hypothesis that the end of NATO's eastward expansion and a 'zone of neutral nations' would reduce tensions with Russia. Do you see any indications of this approach being taken seriously in the current political environment?

It would be audacious to say that this strategy is going to be adopted by NATO. But it does have a chance. Let me add two things. First, I'm not the original proponent of this line of thinking. The architecture is my idea. But the basic notion that we have to take a different approach to the East than to other parts of Europe has a number of other adherents. Henry Kissinger is one, the late Zbigniew Brzezinski another, and perhaps even Chancellor Merkel. We know that back at the 2008 NATO summit, President Bush and Secretary Condoleezza Rice wanted to expand NATO and offer membership to both Ukraine and Georgia, but European nations teamed up to thwart them. Even back then European reluctance to go that far with the eastward expansion was evident.

What is your second point?

I did not propose this architecture simply as a gift to Russia, or as a unilateral concession on our part not to expand NATO any further. For one thing, that would mean leaving Ukraine and Georgia in the lurch, since we did promise them eventual membership. Also, if we conceded this eastern territory as a non-NATO zone without making any other efforts to define a new architecture, we would have a kind of Yalta II situation – indicating that it's OK for Russia to extend its sphere of influence. That's not my intention.

If we conceded this eastern territory as a non-NATO zone without making any other efforts to define a new architecture, we would have a kind of Yalta II situation – indicating that it's OK for Russia to extend its sphere of influence. That's not my intention.

What is the core element of your proposed new security architecture?

The concept combines neutrality with an inherent prerogative for the neutral countries to join any other organisation they wish. Obviously these countries are not yet candidates for EU membership. If the European Union ever wanted to include Ukraine and Georgia, it would need Russia's OK. Russia also needs to resolve its territorial disputes with Ukraine and Georgia about Donbass, South Ossetia, and Abkhazia. All these things need to be wrapped up before we can talk about an architecture. If we can reach agreement on all these points,

there's the additional bonus for Russia that EU sanctions can be lifted, because the idea is that we will actually have created a new path forward. The goal is to normalize the relations with Russia.

If your concept is to work, something has to happen in return, correct?

Yes. It has to be a reciprocal arrangement that also imposes requirements on Moscow. That's only fair and possibly even beneficial to the neutral countries. I acknowledge that most of the emails I have received from the neutral countries since I published the book haven't been particularly positive. They believe the new security architecture would mean they are being abandoned. I try to reassure them that this is not the case, and it's a fact that, right now, they're being promised something they'll probably never get. I don't see any realistic movement towards NATO membership for Ukraine, Georgia or any other former Soviet country. We've left them out on a limb, exposed and without protection. My plan is a better option for those neutral countries. But it will only benefit them if every other prerogative of sovereignty is protected.

You believe that NATO's expansion has gone far enough. So are you calling into question the independent and self-determined decisions of several countries in eastern Europe to join NATO after the end of the Cold War?

That's a very difficult and delicate question. I admit I'm walking a fine line. I don't believe that the West can negotiate a new security architecture without some kind of apology to Moscow. And I'm not trying to reiterate previous rounds of NATO expansion, except to try to understand how Putin and Russia have gotten where they are - mentally and strategically.

NATO membership was offered to independent countries, many of which were formerly under Soviet rule, for a long time. The West



I don't see any realistic movement towards NATO membership for Ukraine, Georgia or any other former Soviet country. We've left them out on a limb, exposed and without protection.

helped these countries to consolidate their democracies with civilian control of the military and border stability. That was good. The expansion extended Europe's peace zone and helped a number of countries to achieve remarkable developments. For example, Poland and Ukraine started out in the post-Cold War era more or less identical in size, population and GDP. Today, despite its recent problems with governance, Poland is three times as wealthy as Ukraine.

Also, NATO worked very hard to reach out to Russia during this period, creating the NATO-Russia Council and the Partnership for Peace. Moreover, NATO promised not to station major combat forces east of where they had been previously located. We kept that promise, in the main. Now we've had to make some slight modifications, but Russia has given us no choice because of the threat it has been posing to the East.

What does your analysis mean for potential future NATO member states?

People sometimes quote the Helsinki Final Act of 1975, which says that any state has the right to join any organization it wishes. They say: "Doesn't that mean that Moldova should be able to join NATO if it wants?" I have three replies to that. First, the 1975 Helsinki Final Act was a long time ago. It didn't really envision the Cold War ending with one of the alliances becoming obsolete and the other going from strength to strength and expanding.

Second, the 1949 Washington Treaty that created NATO explicitly states in Article 10 that NATO members may, by unanimous agreement, invite any other European State in a position to further the principles of the Treaty and contribute to the security of the North Atlantic area to accede to the Treaty. That's not a membership *carte blanche* for any country wishing to join NATO.

My third argument is a bit stronger. It almost makes me sound like Donald Trump. From our perspective we could be asking our-

selves: “Why are you assuming I want to send my daughters to fight and die defending your country?” That’s obviously not something an American diplomat would say, but it reminds people of the stakes. NATO is a collective defense organization, and the allies are sworn to protect each other. The United States has always taken that very seriously. Of all the allies, we’re the country that would probably have to provide the most deployable combat forces in a defense mission, apart from the country that has been attacked. So we have the right to ask ourselves: “Is this good for us?”

Your core concept centers around a security architecture of permanent neutrality. In the best case scenario, it would extend down from Finland in the north to Sweden, Ukraine, Moldova, Belarus, Georgia, Armenia, Azerbaijan, Cyprus and Serbia in the south. Are these countries going to be willing to stay neutral indefinitely?

First of all, we can’t and shouldn’t prevent them from joining other security organizations or creating new ones. If the Caucasus countries wanted to create a Caucasus security organization that would help them feel part of a common framework, prepare for peace keeping missions overseas, coordinate counter-terrorism activities locally, and resolve their own territorial disputes, that might be a

If the Caucasus countries wanted to create a Caucasus security organization that would help them feel part of a common framework, prepare for peace keeping missions overseas, coordinate counter-terrorism activities locally, and resolve their own territorial disputes, that might be a good thing.

good thing. I'm not trying to rule that out. But NATO shouldn't offer membership to those countries.

How could the neutral countries be integrated into the EU security architecture?

If these countries do join the EU, some thought would have to be given to the mutual defense provisions of the European Union Treaty, which sound similar to the Article 5 provisions of the NATO Treaty. Perhaps those EU security provisions need to be deleted from the Treaty or amended for new members so that the entire EU wouldn't have to deploy forces for the defense of Moldova, for example. That would violate the spirit of what I am proposing. The main idea is that NATO countries shouldn't extend their Article 5 protection further east.

It would take huge diplomatic efforts to establish this kind of a neutral zone in eastern Europe. You suggest that the first step is to establish a new framework within NATO, the second is negotiations with potential neutral countries, and the third is formal negotiations with Russia. How big is the risk that the Kremlin would perceive this as a Western drive for dominance?

It's an honor to be here at Atlantik-Brücke's office, right next to the chancellor's apartment. If someone like her, who has far greater diplomatic skills and experience than I do, liked the core concept but wanted to pursue it in a somewhat different way, I'd be okay with that. I'm not saying the process has to be exactly how I proposed it. But the NATO allies are sworn to each other's defense. We have agreed that, in security terms, there's no daylight between us. That's why it makes sense to kick off any discussion about NATO's future within the alliance.

Another thing we have to consider is whether we go over the heads of the neutral countries and talk to Moscow, or involve those

countries first? I'm not in favor of NATO membership for Ukraine. Period. But I am sensitive to the fact that Ukrainians are a proud and sovereign people. They deserve protection and safety. They gave up nuclear weapons after the Cold War when we asked them to. We promised we'd watch over their security and, arguably, we've failed on that point. Rather than just go over Ukraine's head and start talking to Vladimir Putin about how to divide up the world – which is how the neutral states would see this if we didn't discuss it with them first – we have to go to them. It's not 'Yalta revisited'. It doesn't mean we have to keep Putin in the dark. Perhaps I'll send him a copy of my book with an inscription from Donald Trump and Chancellor Merkel saying: 'Vladimir, we're trying to do something like this. Looking forward to your input once we've got our internal organization straightened out.'

It doesn't mean we have to keep Putin in the dark. Perhaps I'll send him a copy of my book with an inscription from Donald Trump and Chancellor Merkel saying: 'Vladimir, we're trying to do something like this. Looking forward to your input once we've got our internal organization straightened out.'

You argue that Russia's commitment to help uphold security, especially in Ukraine, Georgia and Moldova, is essential. That means Russia would have to withdraw its troops. But we haven't seen any indication that Russia is likely to take that step for many years. How realistic is a withdrawal scenario?

Let me start with the biggest problem: Crimea. Russia isn't going to give Crimea back. And we shouldn't make the entire idea for a new security architecture contingent on Russia giving Crimea back. It would be better to tell Russia we aren't going to recognize the annexation of Crimea and then put the issue aside.

Secondly, I have no strong views on Moldova and the Transnistrian region. The Moldovans may welcome or be willing to tolerate the presence of Russian troops. This issue should be resolved by a legitimate reciprocal agreement between Moldova and Russia that is ratified by the Moldovan parliament.

What about eastern Ukraine and Georgia?

I know for a fact that Ukraine and Georgia don't accept Russian troops. Russia would have to withdraw its troops from there. Perhaps there could be international peacekeepers or a temporary buffer zone could be created. We need to establish a credible monitoring body like the OSCE, which is already in the Ukraine. Then, at some point, maybe after a six month grace period, Russia will have had the opportunity to withdraw its troops from eastern Ukraine so that the OSCE can certify that there is no longer a Russian military presence there.

Northern Georgia does have a Russian speaking population, so it would be possible to explore some kind of autonomy concept for that region. We know that the Minsk II process for Ukraine envisages political autonomy for eastern Ukraine. There are ways for Russia to get an agreement allowing it to say that it is contributing to the protection of Russian speaking citizens in those two countries. The hardest problems to resolve are the territorial problems in eastern Ukraine and northern Georgia. Negotiations will be necessary on those points. However, we already know the geographic contours of the disputed territories, and we know what kinds of autonomy could realistically be provided.

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years' time?

NATO is a fantastic organization. I want NATO to stay strong and the European Reassurance Initiative and Operation Atlantic Resolve to continue. We need to clarify to Vladimir Putin that the alliance is fully committed to all 29 member states and that there are no degrees of seriousness, and no differences between allies when it comes to Article 5 protection. All member states are entitled to it! Any other position would be an invitation for even more Russian mischief than we are already seeing. I very much want NATO to continue as an Article 5-based, territorial and collective defense organization for Europe and North America. It has accomplished that goal in a remarkable way. That is by far its most important purpose. Even though I support the mission in Afghanistan, NATO's ability to deploy troops there is far less important than its ability to vouch for the security of its member states.

We need to clarify to Vladimir Putin that the alliance is fully committed to all 29 member states and that there are no degrees of seriousness, and no differences between allies when it comes to Article 5 protection. All member states are entitled to it!

Let me also add that I admire the European Union. Right now, the deterrence of Russia that we are accomplishing by making sure the Russians don't advance further into Ukraine, for example, is largely because of EU sanctions blocking Russia's access to the richest mar-

ket on earth. This economic power is just as influential in shaping Vladimir Putin's decision making as anything we are doing within the alliance. So NATO has to continue collaborating closely with the EU. We need a strong EU that complements NATO, and to work together to uphold a western foreign policy framework of military and economic deterrence that will prevent Putin from doing more damage than he already has.

Interview: David Deißner, December 5, 2017.

„Wer bei Wiederaufbau und Entwicklung kürzt, muss hinterher mehr Geld ausgeben“

Marco Overhaus sieht einige Bedrohungen auf die strategischen Sicherheitsinteressen des transatlantischen Bündnisses zukommen. Die Wertegemeinschaft des Westens ist brüchig, meint der Experte für US-Verteidigungspolitik von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Und dennoch: Das operative Engagement der Amerikaner in der NATO hält an – auch wenn US-Präsident Trump kein besonderes Interesse an europäischer Sicherheit erkennen lässt.

Herr Dr. Overhaus, spätestens seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump scheinen die Vereinigten Staaten ihre Rolle innerhalb der NATO zumindest zu hinterfragen. Rechnen Sie mit einem geringeren Engagement Amerikas im Bündnis, was finanzielle Zuwendung und Beteiligung an Einsätzen angeht?

Damit rechne ich vorerst nicht. Die Trump-Administration hat sich trotz aller politischen Ambivalenzen, die sie mit Blick auf die NATO gezeigt hat, auf der militärisch-operativen Seite eher durch Kontinuität ausgezeichnet. Entscheidungen, die schon unter Präsident Obama getroffen worden sind, werden bisher ohne Abstriche weiter umgesetzt – beispielsweise der Beschluss, eine zusätzliche Heereskampfbrigade auf Rotationsbasis nach Europa zu entsenden. Diese umfasst 3.500 Soldaten und entsprechendes schweres Gerät, auch Panzer. Die USA halten ebenso an ihrer Beteiligung an einer der vier NATO-Kampfgruppen der ‘Enhanced Forward Presence’ fest, mit der sie in Polen als Rahmennation sind. Es gibt sogar Anzeichen dafür, dass die militärischen Beiträge der USA in Europa ausgebaut werden sollen. Präsident Trump hat in seinem Haushaltsentwurf für 2018 angekündigt, die Mittel für die ‘European Reassurance Initiative’, die dem finanziell zugrunde liegen, von 3,4 auf 4,8 Milliarden US-Dollar zu erhöhen. Insofern gibt es auf dieser Ebene keine Anzeichen dafür, dass sich die USA zurückziehen.

Wie verhält es sich auf der politischen Ebene?

Hier sieht es etwas anders aus. Präsident Trump hat sehr lange gebraucht, um sich klar zu Artikel 5 der NATO zu bekennen. Wenn das ein anderer Präsident gewesen wäre, meinetwegen Obama, dann hätte dies vielleicht kein solch großes Aufsehen erregt. Aber Trump steht in Europa unter verschärfter Beobachtung, weil er auf einer besonderen Plattform Wahlkampf geführt hat, unter der Überschrift ‘America First’ einen isolationistischen Kurs angekündigt hat und

so Besorgnis auslöste. Am Ende müssen politische Glaubwürdigkeit und die militärische Untermauerung von Sicherheitszusagen Hand in Hand gehen. Das gilt natürlich umgekehrt auch für die europäischen NATO-Partner.

Am Ende müssen politische Glaubwürdigkeit und die militärische Untermauerung von Sicherheitszusagen Hand in Hand gehen.

Worin besteht die strategische Schnittmenge transatlantischer Außen- und Sicherheitspolitik in der NATO unabhängig von der Trump-Regierung?

Die strategische Schnittmenge bezieht sich auf den Bereich der gemeinsamen sicherheitspolitischen Interessen. Dieser ist nach wie vor groß und wird durch die Entwicklung in der Welt-Politik eher größer. Wir sehen uns mit der Frage konfrontiert, wie man Russland einhegen kann. Wir haben das Problem des Terrorismus, vor allem durch Al-Kaida und den ‚Islamischen Staat‘ (IS). Damit beschäftigt sich zunehmend auch die NATO. Wir haben konkrete Herausforderungen in der Cyberpolitik. Diese gemeinsamen Probleme bilden gemeinsame strategische Schnittmengen in der NATO.

Aber gleichzeitig haben die Zahl und die Tiefe von Konflikten innerhalb der Allianz, also zwischen den USA und den europäischen NATO-Staaten, aber auch unter den europäischen NATO-Mitgliedern, zugenommen. Es gibt große Differenzen mit Blick auf die Türkei. Es gibt zudem das große Thema Iran, auch wenn das kein unmittelbares NATO-Anliegen ist. Es tangiert aber das Bündnis, weil es ja nicht nur

um die Nuklearvereinbarung geht, sondern auch um die Frage: Wie definieren wir den Kampf gegen den Terrorismus? Bezieht er sich ‚nur‘ auf Al-Kaida und den IS? Trump hat angekündigt, dass seiner Meinung nach der Fokus zu sehr auf diesen sunnitischen Extremistenorganisationen lag. Er will jetzt mehr die schiitischen, dem Iran nahestehenden Gruppierungen in Angriff nehmen. Das findet keinen Konsens in der NATO. Erschwerend kommt hinzu, dass das transatlantische Wertebündnis nicht nur instabil geworden ist, sondern zu brechen droht. Der großen Schnittmenge an strategischen Interessen stehen also zunehmende und sich vertiefende Konflikte innerhalb der NATO gegenüber.

Die US Army will mit ihrem Konzept „Strong Europe“ die Verteidigungsfähigkeit ihrer NATO-Alliierten in Europa stärken. Wie fällt Ihre erste Bilanz dazu aus?

Die NATO selbst hat in erster Linie quantitative Maßstäbe in den Vordergrund gestellt. Dabei geht es um die Zahl der Übungen, die stattfinden. Dabei geht es auch um die Zahl der Truppen, die hin und her rotieren. Und es geht um finanzielle Budgets, die hinterlegt werden. Wenn man dies als Maßstab nimmt, ist die Bilanz von ‚Strong Europe‘ positiv, weil mehr gemeinsame Übungen zu mehr Interoperabilität führen.

Viel schwieriger wird die Bewertung, wenn man allerdings andere Maßstäbe qualitativer Natur anlegt und sich fragt, ob die NATO

30.000 US-Truppen in Europa sollen sich unter anderem durch verstärkte Übungen so anfühlen wie 300.000 US-Truppen. Dieses Ziel ist nicht realistisch.

tatsächlich einen großen Sprung nach vorne gemacht hat, um sich besser gegen äußere Risiken und Bedrohungen zu wappnen. Die US Army Europe hat das Ziel formuliert, dass sich 30.000 US-Truppen in Europa unter anderem durch verstärkte Übungen so anfühlen sollen wie 300.000 US-Truppen. Dieses Ziel ist nicht realistisch.

Was halten Sie für ein realistisches Ziel?

Die NATO hat versucht, eine Balance zu schlagen zwischen dem, was politisch machbar ist und dem, was sich vielleicht einige gewünscht haben, was die NATO zusätzlich übernehmen könnte. Herausgekommen ist ein Mittelkurs mit einer relativ moderaten militärischen Präsenz in den osteuropäischen NATO-Ländern. Das lässt sich politisch durchsetzen und finanzieren. Es gibt dafür einen Konsens im Bündnis. Diesen Mittelkurs halte ich für richtig.

Das Verhältnis zwischen der NATO und Russland ist seit der Annexion der Krim sehr angespannt. Welchen Ansatz sollte die NATO verfolgen, um eine Annäherung zum Kreml zu erreichen?

Was die NATO nach Wales und Warschau beschlossen hat, betrachte ich als gute Balance zwischen militärischer Abschreckung einerseits und sicherheitspolitischer Zurückhaltung gegenüber Russland andererseits. Es ist keine Selbstverständlichkeit, dass man in einem Bündnis unter den Mitgliedstaaten dafür einen Konsens erzielt.

Darüber hinaus besteht die große Herausforderung sicherlich darin, wie man Gefahren und zusätzlichen Schaden von Europa abwendet. Eines der größten Probleme ist die Zukunft konventioneller und nuklearer Rüstungskontrolle. Es gilt zu verhindern, dass es auf diesen wichtigen Feldern nicht zu noch mehr Schaden kommt, dass beispielsweise im schlimmsten Szenario der INF-Vertrag aufgekündigt wird – von wem auch immer. Dabei darf gleichzeitig nicht vergessen werden, dass Russland auf der Krim und im Osten der Ukraine

internationalem Recht widersprochen hat. Mit diesem Status quo muss die NATO auf absehbare Zeit zwar leben, aber sie muss ihn nicht anerkennen.

Wie würden Sie eine Wiederbelegung des NATO-Russland-Rates bewerten?

Ich würde das durchaus empfehlen. Dieses Gremium ist nicht nur für eine Schönwetterphase geschaffen worden, sondern auch um Konflikte hart anzusprechen. Wenn Russland dazu bereit wäre, würde ich den NATO-Ländern empfehlen, das zu versuchen.

Für wie belastbar schätzen Sie die von der NATO ausgesprochene Sicherheitsgarantie gegenüber dem Baltikum und Polen ein?

In der politischen Dimension ist es klar, dass alle NATO-Staaten hinter den Sicherheitsgarantieren gegenüber den baltischen Ländern, Polen und den anderen östlichen Mitgliedstaaten stehen. Dies gilt für einen offenen militärischen Angriff, einen hybriden Angriff und einen Cyberangriff mit verheerenden Folgen. Ob aber die Sicherheitszusagen insbesondere gegenüber dem Baltikum hinreichend militärisch

Es gibt ein hohes Maß an Unsicherheit für Russland, wenn es versuchen würde, im Baltikum Ärger zu machen.

untermauert sind, fördert sehr unterschiedliche Einschätzungen zutage. Hier spielt die geografische Lage ebenso eine Rolle wie die militärischen Kräfteverhältnisse in Nordosteuropa. Meine Einschätzung ist aber, dass auch die militärische Untermauerung der Sicherheits-

garantien für das Baltikum unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ausreichend ist. Es gibt ein hohes Maß an Unsicherheit für Russland, wenn es versuchen würde, im Baltikum Ärger zu machen. Denn Russland wüsste nicht, wie die NATO politisch und militärisch reagieren würde.

Einige Experten argumentieren jedoch in die Richtung, dass man eine stärkere militärische Präsenz demonstrieren sollte.

Ich würde das nicht unterschreiben. Das sind Szenarien, die auf eine russische Politik ausgerichtet sind, die Fakten schafft. Wenn Russland entscheiden würde, mit Divisionen in das Baltikum einzumarschieren, dann kann man es letztendlich nicht daran hindern. Die militärischen Kräfte von Seiten der NATO, die man bräuchte, um ein solches Szenario auszuschließen, wären so gewaltig, dass ich dies weder für politisch machbar noch für sicherheitspolitisch verantwortbar hielte. Derzeit sind in allen baltischen Ländern, in Polen, Rumänien und Bulgarien NATO-Truppen in einer Größenordnung stationiert, die mit früheren Vereinbarungen mit Russland konform ist. Sie schafft für Russland dennoch genug Unsicherheit, um eine abschreckende Wirkung zu entfalten.

Wie würden die USA reagieren, wenn Russland tatsächlich in das Baltikum vordringen würde?

Das hängt natürlich auch davon ab, wie ein solcher Angriff konkret aussehen würde. Die minimale Reaktion wäre ein Kurs mit breiter internationaler und europäischer Unterstützung, der Russland isolieren würde. Im Szenario einer vollen Invasion wäre es für die NATO ungeheuer schwierig, Russland aus dem Baltikum wieder zu vertreiben. Die NATO könnte dennoch einen solchen Angriff vergelten, selbst wenn es nicht unmittelbar gelingen würde, das Baltikum wieder zu befreien.

Präsident Trump strebt zwar an, die US-Militärausgaben um 52 Milliarden Dollar auf 574 Milliarden Dollar zu erhöhen. Dafür sollen aber Komponenten wie Krisenmanagement und Wiederaufbau gekürzt werden. Ist dies im Sinne der NATO?

Nein. Diese Binsenweisheit kennen wir alle: Sicherheitspolitik hat immer eine zivile und eine militärische Komponente. Auch amerikanische Militärs haben es immer wieder unterstrichen: Wenn man bei Wiederaufbaumaßnahmen oder Entwicklungshilfe kürzt, muss man hinterher mehr Geld ausgeben für Munition. Die eigentliche Gefahr, die hinter den Haushaltsplänen Trumps steckt – der Kongress hat auch ein Wort mitzureden –, ist, dass wir folgende Situation bekommen: Die europäischen NATO-Verbündeten schließen generell die Lücken, die die USA bei nicht-militärischer Sicherheitspolitik, Entwicklungszusammenarbeit und Beiträgen für die Vereinten Nationen (VN) reißen. Das ergäbe keinen Sinn. Das würde den Zusammenhalt in der NATO schädigen.

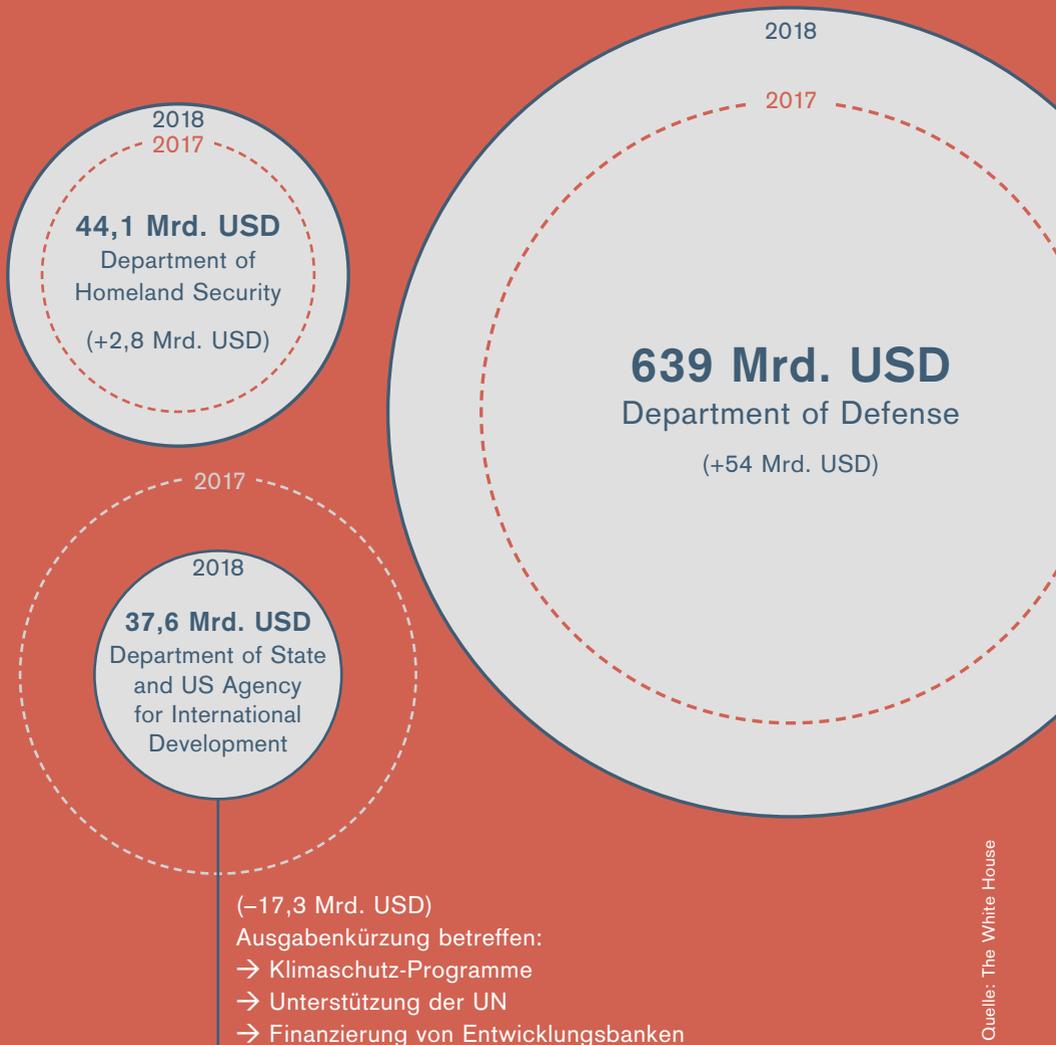
Denkbar ist aber, dass sich die USA und die europäischen NATO-Staaten im Dialogprozess überlegen, ob die Europäer bereit sind, mehr zu leisten bei der Entwicklungszusammenarbeit und der Finanzierung von VN-Missionen. Das wäre eine Möglichkeit, die Debatte um die transatlantische Lastenteilung auf vernünftigeren, breitere Grundlagen zu stellen. Aber es ist unabdingbar, dass dies im Dialog abläuft. Es sollte nicht so sein, dass Washington einseitig etwas verkündet und die Europäer gefälligst die Lücken schließen sollen.

Sie plädieren dafür, den „USA ein eigenständiges europäisches Verständnis von transatlantischer Lastenteilung entgegenzuhalten“. Was heißt das konkret?

Aus dem deutschen strategischen Sicherheitsverständnis ist es die falsche Weichenstellung, beim US-Außenministerium massiv kürzen zu wollen und dann noch mehr Geld dem Verteidigungsmi-

Die „America First“ Budget-Verteilung unter Präsident Trump

Budgetanforderungen aus dem Weißen Haus für das Haushaltsjahr 2018
(verglichen mit dem annualisierten Haushaltsjahr 2017)



Quelle: The White House

nisterium zuzuschreiben, das ja ohnehin schon der ‚800-Pfund-Gorilla‘ im Instrumentenkasten der USA ist. Denkbar ist, dass sich die USA in funktionalen Bereichen wie der zivilen Aufbauhilfe weniger engagieren wollen und die Europäer fragen, ob sie dort im Sinne einer ausgewogenen Lastenteilung mehr Verantwortung tragen wollen. Das kann gut funktionieren.

Das Verteidigungsministerium ist ohnehin schon der ‚800-Pfund-Gorilla‘ im Instrumentenkasten der USA.

Aber neben dem Aspekt des Dialogs ist es wichtig, dass die Amerikaner anerkennen müssen, dass dies ein Beitrag für die gemeinsame Sicherheit ist. Wenn die USA jedoch sagen sollten ‚Das zählt für uns alles nicht, wir pochen nach wie vor nur auf Militärausgaben und die zwei Prozent‘, dann hat das natürlich keinen Sinn. Dialog und Anerkennung schaffen eine Voraussetzung dafür, ein gemeinsames Verständnis eines vielfältig zu leistenden Beitrags für Sicherheit zu entwickeln.

Denken Sie, dass die Europäer bei den politischen Spitzen der USA damit durchdringen?

Bei Trump persönlich könnte das schwierig werden. Bei seinen Beratern, bei Verteidigungsminister Mattis und anderen, hat man schon entsprechende Zitate lesen können. Sie verstehen, dass man auch zivile Komponenten braucht. Eine zentrale Herausforderung in den kommenden Monaten wird es etwa sein, wie man Rakka und andere vom IS besetzte Städte wiederaufbauen kann. Unter anderem in Syrien findet jetzt ein Wettlauf um Einfluss statt. Ich bin davon

überzeugt, dass man mit solchen Argumenten und mit einem solchen Verständnis von transatlantischer Lastenteilung auch in Washington offene Türen findet.

Sie sehen also auf höheren Arbeitsebenen im Pentagon und im Weißen Haus keine tangiblen Strategieänderungen mit Blick auf die NATO. Spielt sich das disruptive Element des Trumpismus rein auf der rhetorischen Ebene ab?

An der substanziellen Politik hat sich noch nicht viel geändert. Dies sollte uns aber nicht zu sehr beruhigen. Das amerikanische System ist nun einmal stark auf den Präsidenten zugeschnitten. Wenn sich Trump zu ungewöhnlichen Schritten entscheidet, dann kann es auch umgesetzt werden. Trump interessiert sich bislang nur bedingt für europäische Sicherheit, militärische Präsenz der USA in Europa und die NATO. Das ist in diesem Fall vielleicht sogar gut, denn dann können die Arbeitsprozesse weiterlaufen. Jedoch kann sich das auch ändern. Wir wissen nicht, ob wir es mit einer vollen Amtsperiode Trumps oder sogar zwei Amtsperioden zu tun haben werden. Dann kämen wir dem Jahr 2024 mit Blick auf die Lastenteilungsdebatte näher. Bei jedem amerikanischen Präsidenten ist Vieles innenpolitisch getrieben: Wenn Trump den Eindruck bekommt, dass er außenpolitisch Dampf ablassen muss, der sich innenpolitisch aufgebaut hat, dann ist sein Interesse an NATO-Fragen vielleicht plötzlich wieder vorhanden. Dann wird dieses disruptive Element sehr schnell durchgreifen auf die operativ-militärische Ebene. Wir wissen nicht, ob der Kongress dann noch ein Gegengewicht sein kann.

Welche Rolle wird die NATO in zehn Jahren in der transatlantischen Sicherheitspolitik einnehmen?

Ich finde es angemessen, auch mit negativen Szenarien zu arbeiten, da diese den Blick für die vorhandenen Risiken schärfen. Die Ge-

fahr, dass die Fliehkräfte in der NATO etwa in der Türkeifrage größer werden, ist real gegeben. Die Bedrohungswahrnehmungen unter den NATO-Staaten divergieren, wenn wir uns die Süd-Ost-Kluft ansehen. Es kann zu einem sicherheitspolitischen Schock wie einem gewaltigen Terroranschlag kommen. Oder Nordkorea greift die Pazifikinsel Guam an, die formal zwar nicht zum NATO-Bündnisgebiet gehört. Aber die NATO muss sich zu diesen und anderen Szenarien positionieren. Wenn ihr dies nicht gelingt, leidet ihre Glaubwürdigkeit. Das Risiko besteht, dass wir im Jahr 2027 eine OSZE-isierung der NATO feststellen könnten. Ähnlich wie es für die OSZE heute gilt, wäre die NATO eine Sicherheitsinstitution, die weiterhin wichtige Funktionen wahrnimmt. Aber im Endeffekt wäre sie mehr mit dem Management der Konflikte der Mitgliedstaaten beschäftigt als mit der Abwehr von äußeren Risiken und Bedrohungen.

Interview: David Deißner und Robin Fehrenbach, 20. Oktober 2017.

Interview with Richard D. Hooker Jr.

“‘America first’ does not mean ‘America alone’”

Richard D. Hooker Jr. says the American commitment to NATO is ironclad, based on fair burden sharing. The Special Assistant to President Trump and Senior Director for European and Russian Affairs in the National Security Council outlines the U.S. strategy for the alliance. In his interview with Atlantik-Brücke Hooker emphasizes the importance of “maintaining peace throughout the North Atlantic Treaty Area.”

Mr. Hooker, which strategy for NATO does the United States seek to develop under the administration of President Trump?

The U.S. seeks to advance and strengthen a cohesive alliance in the interest of maintaining peace throughout the North Atlantic Treaty Area.

How steadfast is the U.S. government's commitment to Article 5?

In President Trump's words, our commitment is ironclad, based on the principle of reciprocity and fair burden sharing.

North Korea has threatened to attack the island of Guam, which is a territory of the United States. Would such an event invoke NATO's Article 5 on collective defense?

This would be a question for the North Atlantic Council (NAC) to decide. We are confident that any attack on the United States and its territories would be met with an appropriate response.

President Trump's 'America First' strategy seems to put American protectionism in a broad range of policy fields. To what extent does this impact NATO's strength and the United States' longstanding aspiration to shape the liberal world order?

'America first' does not mean 'America alone,' nor does it equate to protectionism, but to fair trade practices that do not disadvantage American workers and to a foreign and security policy centered on American interests. This administration believes in NATO, and is committed to retaining, defending, and strengthening NATO as the bedrock of our own national security, and of Europe's.

This administration believes in NATO, and is committed to retaining, defending, and strengthening NATO as the bedrock of our own national security, and of Europe's.

Russia is trying to extend its spheres of influence. The Baltics and Poland, in particular, feel threatened by Russia's aggressive behavior. How reliable is NATO's security guarantee in this European region?

Our commitment to Article 5 is ironclad. The large sums being spent on the European Deterrence Initiative are indicative of this commitment, as are U.S. participation in EFP (Enhanced Forward Presence), increasing amounts of prepositioned equipment and the U.S. rotational armored brigade combat team in Poland.

The Ukraine crisis remains unresolved. Would the revitalization of the NATO Russia Council help to improve both the situation in Ukraine and the American-Russian relationship?

Our policy is 'no business as usual' until Russia changes its behavior in Ukraine. While we support open channels of dialog with Russia, and are always open to substantive discussions, we do not support a resumption of regular, recurring meetings of the NRC that are not productive or meaningful. We remain opposed to 'normalizing' relations with Russia until Russia demonstrates compliance with international law and its international obligations and responsibilities.

Michael E. O'Hanlon, a Senior Fellow at the Brookings Institution, supports the hypothesis that the end of NATO's eastward expansion and the implementation of a zone of neutral nations would reduce tensions with Russia. How do you assess this proposal?

This, again, is a question for the alliance as a whole. The United States is unwavering in our support for NATO's open door policy. It is a core NATO value that sovereign countries choose their own security arrangement. No third country has a veto on NATO membership.

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years' time?

NATO is an enduring alliance, the most successful in history, and one that has weathered many storms and challenges in its existence. We are confident that a decade from now, NATO will still be performing its key role as the principal provider for transatlantic security.

Interview: Robin Fehrenbach, December 14, 2017.

Interview with Magnus Nordenman

“Doubts about America’s commitment to Article 5 are removed”

Magnus Nordenman calms the inhabitants of Guam and Hawaii: After initial irritations, the U.S. government under President Trump adheres firmly to Article 5. The Director of the Transatlantic Security Initiative at the Atlantic Council points out, however, that the United States’ counter-terrorism strategy for NATO is hardly developed. In conversation with Atlantik-Brücke in Washington, D.C. Nordenman also explains that the special quality of the Alliance’s new command structure rests on the better reinforcement build-up.

Mr. Nordenman, how steadfast is the U.S. government's commitment to Article 5 under President Trump?

We're in a better place than we were at the beginning of this administration. As a presidential candidate, Trump called NATO and America's commitment into question. And the first summit in Brussels with President Trump was not a good day for NATO. But since then a lot has happened. The vice president has relayed America's commitments, as have Secretary Mattis, Secretary Tillerson and the president himself. In that sense, the worst is over. We've removed most of the doubts about America's commitment to Article 5 and European security. That's not to say there won't be turbulent times ahead. But at least, on that basic level, we are in a better place than we were in early January of 2017.

The first summit in Brussels with President Trump was not a good day for NATO.

Russia is trying to extend its spheres of influence. The Baltics and Poland, in particular, feel threatened by Russia's aggressive behavior. How reliable is NATO's security guarantee in this European region?

It's getting better. The implementation of the Warsaw Summit decisions with an enhanced forward presence in the Baltic States and Poland is a first step. But now we need to do more in the maritime domain, in the air domain, and in reinforcement. NATO is on the right track, and it actually got there surprisingly quickly. One important point that isn't discussed much in Europe is the fact that European nations are stepping up their efforts – with Germany having the lead

in Lithuania, the UK in Estonia and Canada in Latvia. It's crucial to understand that America is not alone in its commitment to security in the Baltic region.

That's a contribution to transatlantic burden sharing.

Correct. It's not enough, and more needs to be done. But the political point is important: this is not a scenario in which America has to shoulder the entire burden.

In this new, globally interconnected security environment, both Canada and the U.S. – as Pacific countries and allies – have to be prepared for Pacific events that might also impact NATO.

North Korea has threatened to attack the island of Guam, which is a territory of the United States. Would such an event invoke NATO's Article 5 on collective defense?

It might. That's an unknown factor that wasn't considered when NATO was first established because the focus back then was obviously on Europe. But Guam is an alliance territory and the only time Article 5 has been invoked was actually in response to the attack on the U.S. Guam is obviously open to legal discussion. A more interesting case is probably Hawaii, which is actually a state in the Union. Hawaii is also within missile range, and North Korea has commenced nuclear missile drills again for the first time since the Cold War. In this new, globally interconnected security environment, both Canada and the

U.S. – as Pacific countries and allies – have to be prepared for Pacific events that might also impact NATO.

Would you recommend NATO to think through these legal issues surrounding Guam?

It makes a lot of sense for NATO to focus primarily on the East and South. That's where we have intense security challenges. But it's always good to give your mental muscles a work out and at least think things through to conclusion. It ensures that the decision makers are better equipped to cope with unexpected events. It's also worthwhile thinking about worst case scenarios. This has been a longstanding challenge for the alliance. If you told someone that NATO would be engaged in central Asia in early 2000, people would have thought you were joking. But then 9/11 happened, and all of a sudden NATO was undertaking its largest expeditionary operation for almost 15 years. So it's healthy for any alliance to regularly consider the impossible.

Which strategy for NATO does the United States under the Trump administration seek to develop?

This administration, at least at the senior level in the White House, really has two priorities: a better balance of burden sharing and a NATO role in counter-terrorism. A couple of rungs down things get a bit more detailed and granular. One example is the Department of

This administration, at least at the senior level in the White House, really has two priorities: a better balance of burden sharing and a NATO role in counter-terrorism.

Defense under Secretary Mattis, who has a very good understanding of the Russian challenge and the importance of defense and deterrence. There's a lot of good, practical work going on there.

How far developed is this strategy already?

There's a growing sense in Washington that the burden sharing discussion is going in the right direction. Then we can move on to the reasons. Is this being driven by Putin or Trump? Europeans tend to argue that it is actually being driven by Putin rather than Trump. Trump supporters tend to argue that it is all being driven by Trump. I like to think the truth is somewhere in between. But whoever is driving it, and however long it takes to get there, this discussion is moving in the right direction.

The counter-terrorism strategy is much less developed. Both Washington and the alliance agree that NATO is not a counter-terrorism organization. There are also different opinions within the alliance on how counter-terrorism should be implemented and what institutions have to be worked through. This opens the door to European NATO members to come to Washington with their ideas and proposals on what NATO's role in counter-terrorism could be.

President Trump's 'America First' strategy seems to put American protectionism in a broad range of policy fields. To what extent does this impact NATO's strength and the United States' longstanding aspiration to shape the liberal world order?

You are seeing two separate directions in American foreign policy. I'm less worried about the defense and national security situation. As I said, we're already past the worst in terms of America's commitment to NATO. The burden sharing issue is also going in the right direction, and the U.S. is maintaining strong defense relationships with partners such as Australia, Japan and South Korea.

More damage is probably being done on the trade agenda, with President Trump's proposal to withdraw from the Korea-U.S. free trade agreement and his pulling out of the TPP negotiations. TTIP also seems to have been abandoned for the moment. In that sense, multilateral trade agreements are more at risk than America's military and security alliances. On a day to day basis these are unrelated. But they do say something about America's commitment to multilateral solutions and rules-based institutions. At a philosophical level they certainly reinforce each other. So there is a danger of a divide opening up, and of American engagement in the world resting on the single pillar of defense, whereas before it rested on two – the other being multilateral trade.

Multilateral trade agreements are more at risk than America's military and security alliances. On a day to day basis these are unrelated. But they do say something about America's commitment to multilateral solutions and rules-based institutions. At a philosophical level they certainly reinforce each other.

The Ukraine crisis remains unresolved. Would the revitalization of the NATO Russia Council help to improve both the situation in Ukraine and the American-Russian relationship?

Broadly speaking, the U.S.-Russia relationship is at its worst since the Cold War in spite of the hopes of the White House to try and restore it. We've arrived at this point for a number of different reasons – first and foremost as a result of Russian interference in the

U.S. election and its continued aggression in Ukraine. The relationship has taken a turn for the worse since President Trump took up office. There is some consistency here, because the administration is saying the relationship cannot improve until we have a political solution for Ukraine, which puts this administration in line with the Obama administration's position. The Ukraine remains a huge issue and the topic of supplying arms to Ukraine is back on the table. It was ultimately rejected by the Obama administration but is now being seriously discussed again in Washington.

What is your key takeaway from the NATO Russia Council?

We aren't going to see any major breakthroughs. Talks are taking place for the eminently good reason that talking to each other is better than not talking to each other. On the one hand we are moving to deter Russia, and on the other we are attempting to engage in constructive cooperation. This isn't just the European view. Secretary Mattis is also on the record talking about the importance of strong deterrence and dialogue.

NATO's new command structure and additional headquarters will enhance its troop deployment capabilities. Do you think these changes go far enough to be an effective deterrent against Russia?

This is another very important building block of our deterrence construct, which relies on reinforcements. We're never going to have enough troops from day one in Poland, or in the Baltic States, or in Romania. It will always be a reinforcement build-up. By the way, it was also a reinforcement build-up during the Cold War. The U.S. certainly has fewer troops in Europe than it had during the Cold War, but even back then a key objective was to channel reinforcements into Europe. It is easy to forget. People like to talk about fighter jets, artillery, and tanks. But these structures, logistics, supplies and re-

inforcements all keep NATO going. I'm glad we're finally getting to it because this has been underappreciated for a long time.

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years' time?

That's a great question! NATO will continue to play a central role supporting America's national security. The EU has an incredibly important set of European institutions. In that respect we will always be an outsider, but this doesn't mean there won't be close cooperation

NATO will always be important. I remain optimistic about NATO and the transatlantic relationship.

or a close U.S.-EU partnership. We were a founding member of NATO and we're also one of the leading members of the alliance. NATO will always be important. I remain optimistic about NATO and the transatlantic relationship. We've been through bad times and crises in our relationship before. It's particularly striking how many aspects of the situation today remind me of 2002, 2003 and 2004, another period in which many Europeans believed that America was a rogue country that wasn't respecting its allies and international institutions.

You're talking about the war in Iraq.

Correct. There was talk in Berlin and Paris back then about it being time for Europe to go its own way and reduce its dependence on the United States. But we overcame that relationship crisis. I'm not saying that the situation then is comparable to the situation to-

day. Very different factors are involved. But I've heard talk like this before. Domestically, in the U.S., I'm beginning to see a pretty healthy counter-reaction – especially if you look at congressional interest in NATO, congressional delegations traveling to Europe, members of the Senate and the House talking about the importance of NATO and American commitments to Europe, and more funding for the European Deterrence Initiative. The U.S. is definitely going through a turbulent and challenging time, and there is a lot of uncertainty. But I am beginning to see the outlines of a counter-reaction. People here in Washington are waking up and realizing that we can't take the transatlantic relationship for granted. It is something that we have to nurture as well.

Interview: Robin Fehrenbach, December 6, 2017.

Interview with Joseph S. Nye, Jr.

“Sometimes
nastiness is more
effective than
soft power”

Joseph Nye regards President Trump’s handling of NATO as forceful. Moreover, the Professor at the John F. Kennedy School of Government at Harvard University says that Trump has adapted to foreign policy traditions to a greater extent than he expected. In an interview with Atlantik-Brücke, Nye points out that the alliance is nevertheless affected by the isolationist tendencies of the current U.S. government.

Professor Nye, in your book ‘Is the American Century Over?’, written in 2015, you express the expectation that the United States will still be playing a leading geopolitical role in 2041. Have you changed your position after one year of the Trump presidency?

Donald Trump has certainly planted some doubts in the back of my mind. It’s possible he might even derail my predictions. America will probably still have the capacity to play a leading geopolitical role in 2041, but I’m not sure if the will to do that will still exist. In the 1930s American drew inward, despite being the strongest nation in the world. This led to a terrible decade.

Is it perhaps too early to say after just one year in office?

Trump has drawn strength from the populist nationalism trend that exists today in all developed world countries. It’s one trend, but not the dominant trend. If you look at public opinion polls, the majority of Americans still want overseas involvement including co-operation with other countries. Nevertheless, the people who don’t – the people that Trump has called upon – are out there. Even if

**Trump has drawn strength from the
populist nationalism trend that exists today in
all developed world countries.**

Trump goes away, which I hope he will after four years, ‘Trumpism’ or populist nationalism will persist. So, it poses a certain risk. We have to be careful not to pin it on Trump’s difficult personality.

You invented the term ‘soft power’ describing the ability to attract and persuade. Has the United States become less or more attractive under the Trump presidency?

The evidence is clear. I wrote a column for Project Syndicate saying that Donald Trump’s presidency has eroded America’s soft power. A Gallup poll showed that the number of people in over 130 countries who hold a favorable view of the United States under Trump’s leadership has declined. A similar poll conducted by Pew revealed similar results. And an index called the Soft Power 30, which is published in London by Portland, shows America slipping from first place in 2016 - the last year of Obama’s presidency - to third place last year. This isn’t just a political statement or bias, it’s substantiated by hard evidence.

What can be done to make the United States more attractive again?

It is going to be difficult for President Trump because he tends to have a bullying and unilateralist style that antagonizes others. If you talk about ‘America first’ all the time, by definition you’re saying that everybody else is second. It doesn’t exactly make us look attractive to the rest of the world. That having been said, however, Trump has no problem with policy U-turns. During the presidential campaign he said NATO was obsolete. Just a few months into the presidency he decided that NATO wasn’t obsolete after all. Trump initially

If you talk about ‘America first’ all the time, by definition you’re saying that everybody else is second. It doesn’t exactly make us look attractive to the rest of the world.

challenged many American foreign policy traditions, but has now come around to embrace those traditions. If you combine that with the economic upswing that he is expecting as a result of his fiscal stimulus – as long as it doesn't cause inflation to overheat - Trump could restore some of America's soft power. But to restore all of it he will have to change his style of leadership.

What role will the United States be playing, especially within NATO, in 20 years' time?

People have predicted the end of NATO many times since the 1950s and the Suez Crisis. They got it wrong. NATO has proven to be a resilient concept and structure for two reasons. The first is the alliance's cooperative approach to security that makes interaction between democratic societies at all levels possible. The second is that, geopolitically, Russia still is a problem or a puzzle. NATO will never be obsolete while this is the case. So I disagree with the view that NATO is finished.

And what will the role of the United States within NATO be?

The United States will continue, as it has done since 1945, to seek close ties to an open and democratic Europe. NATO and America's participation in NATO is an important part of that.

President Trump's 'America First' strategy seems to fuel American protectionism. Does this affect NATO's strength and the United States' longstanding aspiration to shape the liberal world order?

It does. The belief of Trump and some of his close advisors that a trade deficit is a measure of moral failure is simply not good economics. Most economists will tell you that trade surpluses and deficits are neither good nor bad for an economy. Trump's insistence that

trade deficits are bad, and his intentions to renegotiate trade deals, are spilling over into other areas of alliances. This is a real problem.

Trump wants the Europeans to increase their defense spending. Is he right?

Asking the Europeans contribute more to common defense is nothing new and the 2-percent target goes back many years. But Trump's bluster and style may actually give him more credibility than Obama on that.

Is his credibility higher because he's being more forceful on that issue?

Sometimes the hard power of nastiness is more effective than soft power.

Do you think the United States would ultimately appreciate a stronger European commitment within NATO?

The U.S. has been interested in a stronger European military for some time – long before Donald Trump came along. For a while in the 1990s, when I was in the Defense Department, there were concerns about France trying to lead Europe out of NATO and reduce America's role in the alliance. But that's ancient history now. For over a decade the view has been that a stronger Europe inside NATO is better for the United States. It's also a pretty widely shared view among United States citizens with an interest in foreign policy.

What are NATO's most urgent strategic challenges?

The return of great power politics and Russia's behavior necessitate a combination of deterrence measures and efforts to retain the democratic processes in eastern and central Europe. Both challenges

are going to be central to NATO. I don't expect countries like Poland or Hungary to defect to Russia. That's not plausible. But the quality of democracy in some of these former Visegrád countries has been under threat from the same type of right-wing populist nationalism that has affected the United States. In addition to having a strong deterrent posture to prevent Russia from using its strength to bully its neighbors and expand, both NATO and the European Union have to think about the internal quality of democracy.

The return of great power politics and Russia's behavior necessitate a combination of deterrence measures and efforts to retain the democratic processes in eastern and central Europe.

Are you less optimistic than 20 years ago about there ever being a world in which Russia does not see NATO, the United States and Europe as competitors or even enemies?

20 years ago, we believed there was a profound change going on in terms of the democratization and liberalization of Russia. That change has now been reversed. This may partly be due to mistakes made by the West. The Bush administration's efforts to expand NATO membership right up to the borders of Russia in Georgia and so forth did little to reassure Russia. However, the changes that have occurred in Russia are also related to problems within the country's society and economy which have nothing to do with NATO's expansion.

But they've given Russia the chance to blame NATO for its domestic difficulties ...

That's right. If you look back at Putin's presidency, especially his Munich Security Conference speech in 2007, you see evidence of this kind of blaming. In the 1990s, when Yeltsin was still in power, we established the NATO-Russia Council as a way of integrating Russia into NATO. That was overly optimistic. In the long term, we certainly should be hoping that changes will occur inside Russia which will allow Russia to be a part of Europe again. Unfortunately, I don't think we'll be seeing this development any time soon.

When Obama was president he gave the impression that the relationship with Russia wasn't a priority on his political agenda. Could that change with Donald Trump?

Ironically, one of the things that Trump got right in foreign policy was considering ways to try and reduce tensions with Russia and to improve the U.S.-Russia relationship. We don't have to condone Russia's behavior. But it is true that Russia is a great power. We have to do business with it. Sharpening the antagonism isn't healthy for Russia, for Europe, or for the United States. In that sense, Trump's insight seems to have been good, even if his motives were somewhat unclear. However, Putin and the Russian intelligence's efforts to interfere in the 2016 election have made rapprochement with Russia so radioactive inside American politics that not even Trump can do anything about it.

Putin and the Russian intelligence's efforts to interfere in the 2016 election have made rapprochement with Russia so radioactive inside American politics that not even Trump can do anything about it.

The Munich Security Conference 2018 will focus on the future role of the European Union as a global actor and its relations with Russia and the United States. What do you think the EU's future role should be?

The EU plays a very important role. I have always thought of the EU acting as a magnet, drawing people on its own continent and other continents towards an open, rules-based society. On the other hand, there is a historical danger of central European countries such as Germany being drawn too far into the Russian orbit. They are committed to building bridges – but sometimes the effort to build bridges goes too far. The key question for Europe is whether it will be diligent enough to prevent Putin from driving a wedge between the United States and Europe. I think it's interesting that sanctions were imposed to let Russia know that a country cannot steal its neighbor's territory without paying a price. Those sanctions, which were imposed after the annexation of Crimea, have continued to play an important role and the West is not divided on that so far.

Do you think the sanctions should remain in place for the time being?

Yes. Until Russia alters its behavior. I can also envisage steps being taken to reduce Russian interference in Luhansk and Donbass, for example, which could lead to the step-by-step relaxation of sanctions. But lifting all sanctions right now would be a mistake.

There is a lot more movement within the European Union than in the United States. Some countries are in favor of lifting the sanctions ...

Correct. Italy and other nations, such as the former Visegrád countries, would like to see faster progress than is healthy. It's interesting that the transatlantic relationship has survived these temptations.

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years' time?

NATO provides a security blanket in the sense that it provides reassurance. Despite all the different national interests and political pressures that pull countries in different directions, NATO gives them an overarching security framework that helps prevent rash or desperate actions. So it complements the European Union. But the key to Europe's future is obviously to find ways of continuing the process that began under the rubric of the European Union. But I don't mean a federation. Political and public opinion do not support that kind of a system right now.

**NATO and the EU are complementary,
like hard and soft power.**

NATO and the EU are complementary, like hard and soft power. The danger is that the Trump administration will disrupt this wider picture. So far – and we are only just over a year into his presidency – he has adapted more than I expected and has not broken that basic consensus in the North Atlantic area. I don't want to sound like a Trump supporter because, obviously, I'm not. But it is important that we don't lose perspective on what he's doing. So far he hasn't broken the basic hard power framework underlying a smart power policy.

Interview: Juliane Schäuble, U.S. correspondent at the Berlin daily paper *Der Tagesspiegel*, February 12, 2017.

Der europäische
Pfeiler der NATO

3

Interview mit Norbert Röttgen

„Absurdes Ausmaß in der Vielfalt von Waffensystemen“

Norbert Röttgen bemängelt die Ineffizienz der Europäer in Sachen Rüstungsausgaben. Im Gespräch mit der Atlantik-Brücke plädiert der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Deutschen Bundestages für mehr europäische Stärke und Selbstständigkeit innerhalb des Verteidigungsbündnisses. In der deutsch-französischen Entscheidung zur gemeinsamen Entwicklung eines neuen Kampffjets sieht er allerdings keinen Fortschritt.

Herr Dr. Röttgen, Sie haben unlängst im Tagesspiegel den Standpunkt eingenommen, dass Russlands politische Beheimatung in Europa vorläufig gescheitert ist. Sie sprechen von „westlich-europäischer Gutwilligkeit“, „Gedankenlosigkeit“ und „Überheblichkeit“ auf der einen und von tief sitzender russischer Selbstverunsicherung und zunehmender Systembedrohung auf der anderen Seite. Hat auch die Osterweiterung der NATO daran einen Anteil?

Die Osterweiterung der NATO ist ein Anwendungsfall genau dieser unterschiedlichen Perzeptionen. Aus russischer Sicht ist die Osterweiterung ein wichtiges Beispiel dafür, dass der Westen Russland auf den Pelz rückt, es einkreist, und zwar unter Bruch des gegebenen Wortes. Das wird als ein bedeutsames Beispiel des aggressiven, gegen Russland gerichteten Verhaltens des Westens und vor allem der Amerikaner gesehen. Aus unserer europäisch-westlichen Sicht steht hinter der NATO-Erweiterung die aus der gewonnenen Selbstbestimmung der osteuropäischen Staaten folgende Entscheidung, wie sie am besten für ihre nationale Sicherheit sorgen: nämlich indem sie sich auch aufgrund ihrer historischen Erfahrungen dem kollektiven Verteidigungsbündnis der NATO anschließen.

Gewissermaßen eine Westorientierung osteuropäischer Staaten.

Genau, was aber in Russland als Ostdrang des Westens wahrgenommen wird. Darum ist die Osterweiterung ein signifikantes Beispiel für dieses Aufeinanderprallen unterschiedlicher Sichtweisen, denen wir als Westen zu wenig Beachtung geschenkt haben. Dies wiederum wird jetzt von Putin natürlich als Teil eines legitimierenden Narrativs für die eigene Machtausübung benutzt.

Sie haben im Sommer 2017 im Deutschlandfunk den Abzug der Bundeswehrsoldaten vom Luftwaffenstützpunkt in Incirlik konsequent genannt, da die Türkei das Besuchsverbot für deutsche Parlamentarier

nicht aufgehoben hat. Auf dem NATO-Stützpunkt in Konya sind dagegen weiter deutsche Truppen stationiert. Wird die Türkei auf Dauer ein NATO-Mitglied bleiben?

Nach meiner Einschätzung: Ja, aber mit einem politischen Sonderstatus. Das ergibt sich aus der Interessenlage beider Seiten, die leider nicht mehr von einer gemeinsamen Wertebasis getragen wird. Es entspricht nicht der Interessenlage der Türkei, ein Land ohne feste Anbindung zu sein. Für die Türkei bietet sich zur NATO keine Alternative, vor allem ist Russland keine Alternative. Das Verhältnis zur EU hat sich bereits verändert, aber die NATO bleibt ein wichtiger Stützpfeiler für die Türkei. Die NATO hat kein Interesse daran, dass die Türkei ein vagabundierendes Land in dieser Region wird, die zunehmend instabil und gleichzeitig für die Sicherheit Europas von größter Bedeutung ist. Es ist für uns sicherheitspolitisch alles andere als egal, wie die Türkei als ein großes sunnitisch geprägtes Land im gesamten arabischen Raum agiert, von Katar über Irak bis nach Syrien.

**Für die Türkei bietet sich zur NATO keine Alternative,
vor allem ist Russland keine Alternative.**

Gravierend ist nun, dass diese Interessenbasis mit der Wertebasis kollidiert. Wir haben immer großen Wert darauf gelegt, die NATO als eine Wertegemeinschaft zu verstehen. Aber die Türkei verwandelt sich zielgerichtet und bewusst durch ihren Präsidenten in ein antidemokratisches Herrschaftsregime. Dieses bekämpft aktiv Rechtsstaatlichkeit, unabhängige Justiz und freie Presse. Die Türkei baut einen inhärenten Gegensatz zum Anspruch der NATO auf, eine demokratische Wertegemeinschaft zu sein. Dieser Gegensatz bleibt

nicht ohne Konsequenzen für das Binnenverhältnis zwischen der NATO und der Türkei.

Sie begleiten die Verteidigungspolitik seit 2014 in verantwortlicher Position als Außenpolitiker. Wie hat sich die Bundeswehr in dieser Zeit entwickelt und wo liegen noch unerschlossene Potenziale?

Der 20 Jahre dauernde Schrumpfungsprozess der Bundeswehr ist in der vergangenen Legislaturperiode beendet worden. Diesem Prozess lag die Fragestellung zugrunde, wofür wir diese Armee des Kalten Krieges noch brauchen. Die Antwort wurde nie wirklich gegeben und die Folge waren 20 Jahre Sparpolitik und eine gewisse politische Marginalisierung der Bundeswehr. Mit der Veränderung der politischen Lage in Europa, genauer gesagt mit der neuen russischen Politik sowie den seither eintretenden Krisen vor allem in der geopolitischen Umgebung Europas, hat die Bundeswehr seit knapp vier Jahren wieder Bedeutung erlangt als ein wichtiges sicherheitspolitisches Instrument.

Machen wir es konkret: Im Juli 2017 haben Präsident Emmanuel Macron und Bundeskanzlerin Angela Merkel angekündigt, dass Frankreich und Deutschland gemeinsam einen neuen Kampfjet entwickeln wollen. Welche Bedeutung hat dieser Schritt für eine einheitlichere Beschaffungspolitik der europäischen NATO-Mitglieder?

Dieser Schritt ist zunächst einmal eine Modernisierungsentscheidung, die ich für richtig halte. Es liegt allerdings keine zusätzliche Entscheidung für eine einheitlichere Beschaffung vor. Wenn man sich dazu entschließt, einen Kampfjet zu entwickeln, dann ist klar, dass man das im Rahmen der bislang schon übernational geschaffenen industriellen Strukturen umsetzt – mit Airbus als einem übernationalen Unternehmen. Dies ist aber kein zusätzlicher oder neuer Schritt hin zu einer Europäisierung der industriellen Strukturen in der militärischen Beschaffung.

Wenn man sich dazu entschließt, einen Kampfjet zu entwickeln, dann ist klar, dass man das im Rahmen der bislang schon übernational geschaffenen industriellen Strukturen umsetzt – mit Airbus als einem übernationalen Unternehmen.

Der neue Kampfjet soll zunächst die aktuellen Flotten Deutschlands und Frankreichs ersetzen. Später soll er aber auch an andere europäische Länder verkauft werden. Könnte dies ein vielversprechendes Beispiel für das Pooling and Sharing-Konzept werden?

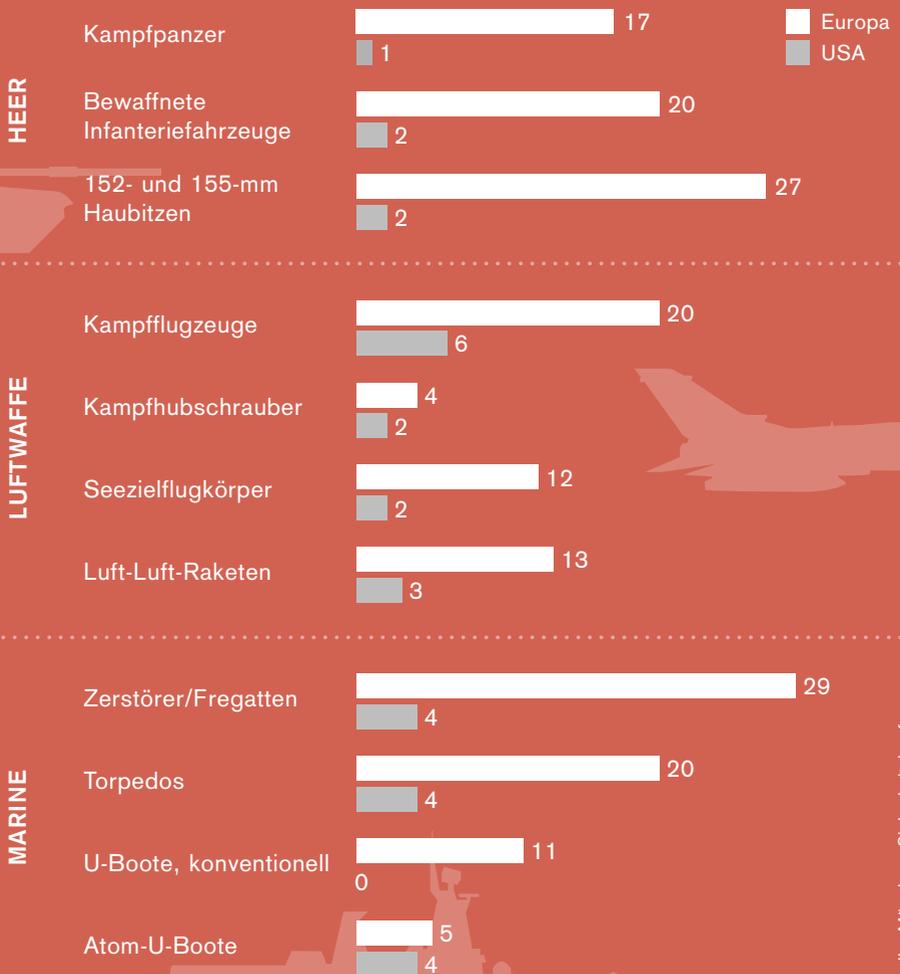
Kampfflugzeuge lassen sich in Europa nicht mehr national produzieren. Im Flugzeugbau ist es ausgeschlossen, dass ein europäisches Land diesen wettbewerbsfähig und technologisch auf dem modernsten Stand leisten kann. Dass Airbus nun einen neuen Kampfjet entwickelt, der später auch verkauft wird, ist nichts Neues, sondern reflektiert den Stand, den wir immerhin an Multinationalität im industriellen Rüstungssektor entwickelt haben.

Das Problem der Inkompatibilität der Waffensysteme in Europa ist ein viel diskutiertes Problem. Sehen Sie unmittelbar bevorstehende Fortschritte in der Effizienzsteigerung?

Nein, die sehe ich nicht. Darum habe ich auch betont, dass ich in der Entscheidung zum Kampfjet noch keinen Fortschritt sehe, sondern vielmehr den Status quo. Ich halte Fortschritte in Richtung einer gesteigerten Effizienz aber für absolut zwingend und notwendig. Die Vielfalt von Waffensystemen hat ein absurdes Ausmaß erreicht, das nicht mehr finanzierbar ist. Das neue sicherheitspolitische Umfeld

Anzahl der unterschiedlichen Waffensysteme im Dienst

Europäische NATO-Mitglieder und USA im Vergleich, Stand 2016



Quelle: Münchner Sicherheitskonferenz

zwingt dazu, diese schon bisherigen Absurditäten hinter uns zu lassen. Die EU-Europäer zusammen geben rund das Dreifache für Verteidigung aus wie Russland. Dies reflektiert nicht unsere Fähigkeiten, weil wir alles zehnfach, fünfzehnfach und zwanzigfach haben, also extrem ineffizient sind.

Die EU-Europäer zusammen geben rund das Dreifache für Verteidigung aus wie Russland. Dies reflektiert nicht unsere Fähigkeiten, weil wir alles zehnfach, fünfzehnfach und zwanzigfach haben, also extrem ineffizient sind.

Macron und Merkel betonten, dass die Kooperation ihrer Länder im Kampfjet-Projekt langfristig angelegt ist. Bräuchte der europäische Pfeiler in der NATO mehr solcher zielgerichteten, langfristigen und gemeinsamen Anstrengungen?

Absolut! Eine strategische Schlussfolgerung aus der Präsidentschaft Trump und darüber hinaus besteht darin, den europäischen Beitrag in der NATO zu stärken. Notwendig ist daher mehr europäische Stärke und Selbstständigkeit im Interesse der Europäer und der NATO. Dies muss sich in konkreten Zielen und gemeinsamen Unternehmungen widerspiegeln.

Deutschland und Frankreich wollen die Europäische Union in Zeiten des Brexit insgesamt stärken. Kann dieses bilaterale Kraftzentrum ein Ansatz sein, auch die militärische Zusammenarbeit in Europa strukturierter und effizienter zu gestalten, insbesondere im Hinblick auf ein Projekt wie die Eurodrohne?

In der Tat. Bei der Entwicklung der Europäischen Verteidigungsunion gibt es die bemerkenswertesten Fortschritte. Der Begriff ist noch etwas stärker als die Wirklichkeit, wird jetzt aber nach und nach mit Leben gefüllt, insbesondere mit der Entwicklung einer ständigen strukturierten Zusammenarbeit (PESCO). Die Sicherheitspolitik ist aus meiner Sicht die größte Leerstelle in der Geschichte der Europäischen Integration, und zwar aus der Geschichte selbst folgend. Es war in den 1950er Jahren anders geplant, doch Frankreich hat die europäische Verteidigungsgemeinschaft zurückgewiesen. Man hat dann sehr stark auf den Binnenmarkt gesetzt und dadurch Europa auch zu einem Binnenprojekt gestaltet. Was jetzt an wirklicher Veränderung erfolgen muss, ist die Ausweitung des Binnenprojektes Europa. Europa muss seine Rolle in der Welt finden. Die besteht nicht zuerst in Militär und Verteidigung. Wir müssen vielmehr eine politische, diplomatische und auch kulturelle, also sehr vielfältige Definition für diese neue Rolle leisten. Aber ohne gemeinsame sicherheitspolitische Fähigkeiten wird es eben auch keine relevante Definition dafür geben.

Sie haben auf den Motor Frankreich-Deutschland abgestellt. Dieser Motor ist unerlässlich und darum eine Gelegenheit wie auch eine Verantwortung, ihn anzuschmeißen, um den europäischen Stillstand zu überwinden und zu Ergebnissen zu kommen. Wir brauchen jetzt praktisches Erleben europäischen Fortschritts. Das ist im deutsch-französischen Verhältnis möglich, aber wir müssen immer offen und anschlussfähig für alle anderen bleiben.

Größtenteils unabhängig von der NATO plant die EU den Aufbau der Europäischen Verteidigungsunion. Welche Empfehlung würden Sie der EU dabei mit auf den Weg geben?

Wir müssen darauf achten, dass sich vor allem die osteuropäischen Länder, insbesondere ein großes Land wie Polen, nicht ausgegrenzt fühlen und sagen: ‚Das ist nun endgültig die Institutionalisierung eines Zweiklassen-Europas. Deutschland und Frankreich



Die Sicherheitspolitik
ist aus meiner Sicht
die größte Leerstelle in
der Geschichte der
Europäischen Integration.

bestimmen, und wir bleiben zurück.' Es ist extrem wichtig, dass wir es beim Fortschritt in der europäischen Sicherheitspolitik vermeiden, eine vorhandene Spaltung zu vertiefen.

Die EU und die NATO sind allerdings auch in der Lage, Kooperationen voranzutreiben, wie das neue European Center of Excellence for Countering Hybrid Threats zeigt. Sind beide Institutionen auf dem richtigen Weg, der hybriden Kriegsführung angemessen zu begegnen?

Der Weg ist absolut richtig. Dies drückt auch aus, dass die EU-Staaten eine Teilmenge der NATO-Staaten bilden. Ich halte im Übrigen die Wettbewerbsbefürchtung für unreal und unbegründet. Das Center ist ein gutes Beispiel für die Kooperation beider Seiten, aber es befindet sich noch in der Anfangsphase. Die Entscheidung, der hochkomplexen Herausforderung durch Cyberattacken und Cyberbedrohungen gemeinsam zu begegnen, ist richtig. Sie muss jetzt aber noch mit Leben gefüllt werden.

Welche Rolle wird die NATO in zehn Jahren in der transatlantischen Sicherheitspolitik einnehmen?

Eine fortentwickelte und politisch ausgeweitete zentrale Rolle, weil sich im Laufe der nächsten zehn Jahre kein Substitut für dieses sicherheitspolitische Instrument aus europäischer und amerikanischer Sicht finden wird.

Interview: David Deißner und Robin Fehrenbach, 8. November 2017.

Interview with Julie Smith

“The EU is now motivated to take real action”

Julie Smith supports plans for a strong European Defense Union. Smith, Senior Fellow and Head of the Transatlantic Security Program at the Center for a New American Security, underlines that NATO would benefit if these efforts towards a common European defense succeed. In an interview with Atlantik-Brücke in Washington, D.C. Smith also believes it's too early to say what the British contribution to European security policy will be after Brexit.

Mrs. Smith, there's an ongoing discussion about whether the planned European Defense Union will be NATO's competitor or ally. What do you think about the European trend of more sovereignty in security policy?

Personally, it's something I support. America has had a very schizophrenic attitude towards European defense developments within the European Union in the past. When the idea was first proposed in the late 1990s, during the Clinton administration, the response from Washington was fairly negative because America was generally worried about two things. Firstly, that a European Defense Union would take over from or compete with the NATO alliance contrary to US interests and, secondly, that it would fail and ultimately weaken Europe's defense and military position. The latter would leave us with a weaker partner consumed with processes and institutions, but no capacity building capabilities.

In the 20 years that have passed since then and the chocolate summit in 2003, the Bush administration, the Obama administration and now the Trump administration are coming to terms with the fact that Europe may finally build real military capacity on the other side of the Atlantic. If efforts inside the European Union succeed, particularly those of the European militaries, the NATO alliance will benefit.

Are there people in this town who don't want to see a European Union military?

Yes, there are. But not as many as there used to be. And you can even find people in uniform who understand that it's politically easier for some countries to pursue defense initiatives within the EU framework rather than the NATO framework. The EU is now motivated to take real action and play a more active role in foreign and defense policy. The sentiment on this side of the Atlantic has been positive in terms of us appreciating what the EU is trying to

do, and understanding that these initiatives may ultimately benefit the transatlantic alliance.

Are the European Union Member States being smart in seeking to become less dependent on the United States by building up the Defense Union, for example with the aid of PESCO, rather than concentrating on strengthening NATO's European pillar?

We aren't just talking about one set of armed forces. Take any country in Europe and think about the work that needs to be done to ensure that its military is capable, equipped, well trained, and exercising with US allies. Anything that can help strengthen the capacity of these armed forces is a good thing. Some people are skeptical that anything significant will come of this, based on the history of the last 20 years. But the majority of folks here in Washington are willing to wait and see what actually transpires. What's happening right now is that real resources are being channeled into these initiatives and European capabilities.

Jean-Claude Juncker, the President of the European Commission, stated the goal that the European Defense Union should be fully established by 2025. Is this realistic?

No. Based on what we have witnessed in the past regarding European attempts to strengthen their defense capabilities and strategy, that seems to me to be a very ambitious target. I hope I'm wrong. I'd love to see it established in less than a decade, but in my experience from observing developments inside Brussels, this is going to take longer. But as I said this is ultimately a good thing, and something that Europe should pursue. I hope it will make our partnership stronger, not weaker.

Some officials in the Trump administration are probably wrinkling their brows trying to work out what is happening here and why. But if Europe can make the European Defense Union happen it will



Some people are skeptical
that anything significant
will come of this, based
on the history of the last
20 years.

make us stronger as partners and allow Europe to shoulder more of the global security burden, which is certainly something that the Trump administration would applaud.

Some remarkable cooperations exist between NATO and the European Union. One current and relevant example is the European Center of Excellence for Countering Hybrid Threats. Are the two organizations likely to be successful in overcoming this highly complex challenge?

The EU-NATO relationship is something that many of us have been watching for a long time. And we've all been collectively frustrated by its lack of progress. But what has transpired now is really interesting. It's the first evidence of progress in a long time, although we shouldn't overstate that. Right now, there's a lot of sharing going on in an unclassified environment. I'd like to see more of it in a classified setting, but that appears to be a bridge too far at the moment. Nevertheless, it's an important first step.

European nations have a poor defense spending track record – both in NATO and in the EU. What steps would you recommend to improve this situation?

Americans tend to get fixated on NATO's goal that each member should spend at least two percent of its gross domestic product on its own defense each year. That is the line we've been hearing from various administrations in Washington for the better part of four decades. What we aren't talking about is how those countries allocate that spending across different priority areas. It's not enough for a country to simply spend two or three per cent of GDP on defense. We already have allies doing that. For example, the Greeks and the Turks have big defense budgets.

It's important to look at how they are actually allocating and spending those funds. When you check the numbers you notice that

countries with big defense budgets aren't necessarily the most effective contributors to NATO security. Some countries spend an enormous amount of money on defense – maybe close to two per cent of GDP. But about 70 per cent of those funds are being spent on personnel costs. That's not what you want to see. I understand this is because of pensions. But over time you want to see countries spending a much larger percentage on research and development, and acquisition. NATO has set some modest targets in that regard. Now it has to step them up, particularly bearing in mind that countries are going to start spending more. The needle is moving. One message that the Trump administration has certainly got across is the message that spending has to increase. The next question is how we should be spending these funds collectively and individually. We need a strategy on where we want to prioritize with a focus on R&D and acquisition.

It is not enough for a country to spend two to three percent of its GDP on defense.

Can you give an example?

Denmark was told for 20 years to focus on expeditionary forces to facilitate air and ground force deployment to far-off places. That was when we were entrenched in the Afghanistan mission and expeditionary operations were seen as the future of the alliance. But now that we're also tracking Russian activities in the Baltic Sea, the North Atlantic and even the Black Sea, a country like Denmark is asking itself: 'Should we be allocating more resources to ASW (Anti-Submarine Warfare), should we be doing mine clearance in the waters off Denmark, should we be developing a marine expeditionary brigade?'

Where can they get guidance from? Should they turn to NATO defense planners? Should they ask the European Union? I'm sure the Danes would say no to that. Should they look for a signal from Washington about where the priorities lie? These are the questions we face now.

What do you suggest?

Simply spending more isn't the answer. We have to spend wisely and contribute to a broader strategy. But we don't have a broader strategy about the priorities for this alliance. We seem to be signaling that all NATO members are responsible for everything. So we create slogans like '28 for 28' or '360° NATO'. They're nice slogans, but in reality we might need more of a regional strategy. For a country like Denmark, perhaps the priority really should just focus on the North Atlantic at this point in time, and less on expeditionary forces.

**We don't have a broader strategy about
the priorities for this alliance.**

The Framework Nation Concept implements European clusters of capabilities into NATO's planning, procurement and operational processes. Should NATO focus more on this concept in the future?

Yes, it's exactly what the alliance needs right now. The Framework Nation Concept is a good model. It isn't applicable in all cases, but it allows groups of countries to advance a regional set of priorities together, to support each other in their region, and to work more closely together. It forces them to talk about their strategic goals and

threats. Then they can pool resources, train and go on exercises together. It's a very pragmatic concept that reflects the current security environment. Obviously, a country like Portugal can't do everything. Putting Portugal inside the Framework Nation Concept works nicely for this small country with a fixed pool of assets, and it can talk to its neighbors about how to best apply those assets. The Framework Nation Concept is wise, it has already proven to be effective, and it could help us more in the future.

What will the United Kingdom's contribution to the European security policy be after Brexit?

That's the 64,000 dollar question we're all asking ourselves. Many people this side of the Atlantic are curious to see where our bilateral relationship with the United Kingdom will go. We're also curious about the security and defense role the UK will play within the EU. Our friends from London regularly come over to talk about improving the UK-U.S. relationship, and how the UK can play a stronger role within the NATO alliance and continue to be a contributor to European security.

What are your concerns?

Their statements and speeches are met with some skepticism on this side of the Atlantic. It's conceivable that Brexit will put a real financial strain on London, and the first place a government will look to make savings is by cutting the defense budget. Even though the decisions being taken right now, the policies being pursued, and the new initiatives that are being launched seem wise and are welcomed here in Washington, we can't help but wonder how the picture will have changed in three to five years' time. We won't have the answer to some of the questions until the UK's post-Brexit relationship with the EU is clear. London is still busy debating the hard Brexit versus

soft Brexit issue. And even within Theresa May's administration there are different views on their country's future relationship with the European Union.

One could imagine a situation where a Brexit leads to a real financial strain on London. The first place to look for savings is often in the area of defense.

What role will NATO be playing in transatlantic security policy in ten years' time?

I hope it will continue to play the same role it has played for seventy plus years. NATO has, first and foremost, been an important political forum where the top leaders from Europe, the United States and Canada come together to talk about the current security environment. It's an important alliance for both symbolic and practical purposes, and a very effective military framework. It has only had to invoke Article 5 once in its history. It has shown the ability to reform itself. We've been through several iterations of NATO with the Cold War mission, the Balkans mission, the post-9/11 mission, and now it has returned to its core mission of collective security in the face of Russian aggression. I don't know what the future will hold for the alliance but, if nothing else, NATO has shown an ability to innovate, reform, change, make new investments and carry on irrespective of the challenges it faces, including public skepticism and a U.S. administration that, at best, has mixed views about it.

Interview: Robin Fehrenbach, December 7, 2017.

Interview mit Gundbert Scherf und David Bachmann

„Europas Streitkräfte stehen an einer Weggabelung“

Gundbert Scherf und David Bachmann haben eine umfassende Studie über den Zustand der europäischen Streitkräfte durchgeführt. Der Partner und der Associate Partner von McKinsey bemängeln darin langjährige Etatkürzungen und ein unkoordiniertes Beschaffungswesen. Im Doppelinterview mit der Atlantik-Brücke ziehen sie den Schluss, dass die Europäer nur durch stärkere Integration und Vernetzung ein handlungsfähigeres Militär entwickeln.

Herr Dr. Scherf, Herr Dr. Bachmann, Sie haben für McKinsey in Zusammenarbeit mit der Münchner Sicherheitskonferenz und der Hertie School of Governance eine viel beachtete Studie zur Zukunft der europäischen Streitkräfte vorgelegt. Was sind Ihre Erkenntnisse zur aktuellen Lage?

Gundbert Scherf: Die Ergebnisse unserer Analyse zeigen: Die europäischen Streitkräfte sind überwiegend in einem schlechten Zustand. Dafür gibt es gleich mehrere Gründe, unter anderem die nach dem Ende des Kalten Kriegs stattgefundenen, weitgehend unkoordinierten Kürzungen in den Verteidigungshaushalten, die sich im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise dann nochmals verschärft haben. Aber auch die zunehmende Anzahl an Auslandsmissionen hat dazu beigetragen, dass die ohnehin schon an zahlreichen Stellen geminderten militärischen Fähigkeiten der Europäer häufig am Ende nur zu einem geringen Anteil genutzt werden können: In manchen Ländern ist annähernd die Hälfte der Waffensysteme nicht einsatzfähig.

David Bachmann: Dazu kommt, dass sich die Europäer trotz all dieser offensichtlichen Schwächen und Herausforderungen weiterhin eine fragmentierte Verteidigungsindustrie und ein nicht minder fragmentiertes Beschaffungswesen leisten. Man muss sich vor Augen führen, dass die Europäer 2016 sechs Mal so viele Typen von Waffensystemen im Einsatz hatten wie die Amerikaner. Ein Beispiel: Während die USA sich auf einen einzigen Kampfpanzertyp beschränken, leisten sich die Europäer 17 verschiedene Typen.

Man muss sich vor Augen führen, dass die Europäer 2016 sechs Mal so viele Typen von Waffensystemen im Einsatz hatten wie die Amerikaner.

Das hat natürlich weitreichende Implikationen für den ganzen Lebenszyklus dieser Systeme, da Anschaffung und Unterhalt der Panzer sowie die Ausbildung der Besatzungen entsprechend teurer, da aufwändiger sind.

Aber das ist nur die eine Seite. Viel wichtiger ist aus unserer Sicht, dass durch diese Fragmentierung die Interoperabilität und damit die Möglichkeit, gemeinsame Einsätze zu planen und bestreiten, stark behindert wird. Das geht am Ende alles auf die Kosten der Streitkräfte.

Das klingt nach einer vertrackten Situation. Gibt es Wege raus aus dieser Abwärtsspirale?

Scherf: Ja. Die jetzt steigenden Verteidigungshaushalte bieten der Politik in den nächsten Jahren die Möglichkeit, darauf zu reagieren und angemessenere europäische Streitkräfte aufzubauen, die der neuen Bedrohungslage entsprechen.

Um sich einmal die Größenordnung vor Augen zu führen: Sollten ab 2024 die 28 EU-Mitglieder und Norwegen tatsächlich 2 Prozent ihres BIP für Verteidigung ausgeben, stünden jährlich zusätzlich 114 Milliarden Dollar zur Verfügung. Dies entspricht in etwa dem doppelten Verteidigungshaushalt des Vereinigten Königreichs im Jahr 2017.

In jedem Fall bietet sich in den nächsten Jahren Europa im Kontext der 2-Prozent-Debatte eine einzigartige Möglichkeit, um seine Streitkräfte besser zu organisieren und auszustatten.

Uns ist natürlich klar, dass dieses 2-Prozent-Ziel nicht deterministisch und letztlich politisch nicht wirklich verbindlich ist. Aber

in jedem Fall bietet sich in den nächsten Jahren Europa im Kontext der 2-Prozent-Debatte eine einzigartige Möglichkeit, um seine Streitkräfte besser zu organisieren und auszustatten.

Wie und wofür sollte das zusätzliche Geld sinnvoll ausgegeben werden?

Bachmann: Die Europäer haben jetzt die große Gelegenheit, die Weichen dafür zu stellen, dass ihre Streitkräfte integrierter, besser vernetzt und handlungsfähiger werden. Unsere Analyse hat dafür fünf Stoßrichtungen aufgezeigt, die echten Mehrwert aus den steigenden Verteidigungsbudgets bringen können: Erstens sollten die Europäer die steigenden Budgets in erster Linie für gemeinsame Beschaffung ausgeben. Eine Harmonisierung der Anforderungen an die Industrie und die gemeinsame Beschaffung identischer Produkte könnten bis zu 30 Prozent der Beschaffungskosten einsparen – etwa 15 Milliarden Dollar pro Jahr.

Selbst eine minimale Erhöhung der durchschnittlichen Verfügbarkeit um nur einen Prozentpunkt brächte das gleiche Ergebnis wie Neuinvestitionen von zehn Milliarden Dollar.

Von besonderer Bedeutung ist zudem, gemeinsam an der mangelnden Verfügbarkeit zu arbeiten. Selbst eine minimale Erhöhung der durchschnittlichen Verfügbarkeit um nur einen Prozentpunkt brächte das gleiche Ergebnis wie Neuinvestitionen von zehn Milliarden Dollar.

Drittens braucht Europa eine weitere Konsolidierung seiner Verteidigungsindustrie. Das muss staatlich getrieben und eingefordert werden. Viertens sollten die Europäer vor allem auf besser vernetz-

te Streitkräfte setzen. Fünftens schließlich sollten die europäischen Staaten ihr Budget für Forschung und Entwicklung stark ausbauen.

Ein zentraler Befund der Studie sind die unzureichenden Digital- und Aufklärungsfähigkeiten europäischer Streitkräfte. Sie schlagen beispielsweise vor, die Zahl der europäischen Cybermilitärs von circa 3.000 auf bis zu 7.000 aufzustocken. Ist die Software tatsächlich so ein zentrales Thema für sonst eher Hardware-lastige Streitkräfte?

Scherf: Streitkräfte sind natürlich mehr als Software und Analytics. Es geht immer auch um ganz klassische Waffensysteme. Aber die beiden Themen schließen sich nicht aus, sondern müssen kombiniert werden. Es geht um vernetzte, digitalisierte Waffensystem-Plattformen – also die Digitalisierung im Kern von Streitkräften. Dazu gehört, die etwa 120 bis 140 Milliarden Dollar große Investitionslücke im Bereich „Interconnectedness“ und Digitalisierung zu schließen und existierende Systeme zu modernisieren. Europa muss zudem seine Cyber-Fähigkeiten deutlich ausbauen.

Bachmann: Um diese Investitionen zu stemmen, sollten die Europäer in Zukunft deutlich mehr als die von der NATO empfohlenen 20 Prozent des Verteidigungshaushalts für Ausrüstung ausgeben. Eine solche Schwerpunktsetzung ließe sich auch der Bevölkerung gut vermitteln. In der für unsere Studie durchgeführten Umfrage wurde auch danach gefragt, welche Prioritäten bei den Verteidigungsausgaben gesetzt werden sollten. Zwischen 46 Prozent (in Deutschland) und 65 Prozent (in Italien) der Befragten sprachen sich dafür aus, in Cyber-Sicherheit zu investieren.

Innovation ist ein zentrales Thema Ihres Berichts. Wie können Streitkräfte wie die Bundeswehr denn an den Innovationen der digitalen Welt besser teilhaben?

Scherf: Streitkräfte müssen immer die Speerspitze der Innovation in ihrem Kerngeschäft sein. Innovation findet aber zunehmend im zivilen Sektor statt – jenseits der Streitkräfte. Wir alle wissen, welche Rolle private Spieler wie Google oder Amazon hier inzwischen haben – dort sind die zurzeit bedeutenden Budgets angesiedelt.

Streitkräfte müssen immer die Speerspitze der Innovation in ihrem Kerngeschäft sein.

Dadurch laufen Europas Streitkräfte Gefahr, dauerhaft den technologischen Anschluss zu verlieren. Deshalb müssen die europäischen Länder Wege finden, innovative Unternehmen, die bislang wenig mit Verteidigung zu tun hatten, mit in den Verbesserungs- und Veränderungsprozess, der nun ansteht, einzubeziehen. Eine sinnvolle Maßnahme könnte sein, eine europäische Version der amerikanischen Defense Advanced Research Projects Agency (DARPA) zu gründen. Die Investitionen von DARPA haben in der Vergangenheit immer wieder zur Entwicklung neuer Technologien geführt, sowohl für die zivile als auch die militärische Nutzung. In Deutschland gibt es da ja auch schon vielversprechende Anlagen im Koalitionsvertrag.

Hochproblematisch ist Ihrer Studie zufolge die zersplitterte Verteidigungsindustrie in Europa, die sechsmal so viele Waffensysteme wie die USA produziert. Was sind aus Ihrer Sicht wirksame Schritte?

Bachmann: Für die gemeinsame Beschaffung müssen große, sichtbare Rüstungsprojekte zwischen zwei oder drei Ländern gemeinsam, mit harmonisierten Forderungen aufgesetzt werden. Dass das geht, zeigen aktuelle Beispiele wie das gemeinsame U-Boot-Programm zwi-

schen Deutschland und Norwegen. Hier wurde erstmals in Europa zwischen zwei Nationen der Bau für ein identisches U-Boot geplant und skizziert, das jetzt gemeinsam beschafft werden soll. Das klingt trivial, ist es aber nicht. Das zeigen zahlreiche europäische Rüstungs- und Beschaffungsprojekte: Von diesen großen, als europäisch gelabelten Waffensystemen gibt es oft mindestens so viele unterschiedliche Versionen, wie es Nutzerstaaten gibt. Die heißen am Ende zwar in allen Ländern noch gleich, aber de facto handelt es sich um unterschiedliche Modelle mit unterschiedlichen Ersatzteilen, unterschiedlichen notwendigen Ausbildungen, und so weiter.

Berücksichtigt man, dass der Unterhalt eines Waffensystems für bis zu 70 Prozent der Gesamtkosten über die Nutzungsdauer zu Buche schlägt, sollte auch die gemeinsame Instandhaltung den Kern zukünftiger europäischer Kooperation ausmachen. Das geht aber nur, wenn zahlreiche Länder tatsächlich identische Waffensysteme nutzen – und nicht nur welche, die den gleichen Namen haben.

Scherf: Aus unserer Sicht ist am Ende für die Beschaffung entscheidend, dass die Verteidigungsindustrie konsolidiert wird. In Europa haben heute sechs Länder eine nennenswerte eigene Industrie. Und so ist es kein Zufall, dass wir auch eine sechsmal höhere Fragmentierung der Plattformen haben als die Amerikaner. In jedem Land gibt es eine starke Lobby für die nationalen Produkte. Hier muss die Politik einen klaren Rahmen vorgeben. Insbesondere muss die Bevorzugung nationaler Rüstungsunternehmen auf Kosten der Interoperabilität und europäischer Sicherheit stark reduziert werden.

Aus unserer Sicht ist am Ende für die Beschaffung entscheidend, dass die Verteidigungsindustrie konsolidiert wird.

Viele der Impulse wurden ja bereits aufgegriffen – aber sind Sie in Summe zuversichtlich, dass die Europäisierung, Digitalisierung und Vernetzung von unseren Streitkräften schnell genug vorangeht?

Scherf: Tatsächlich gibt es für alle Empfehlungen, die sich aus unserer Analyse ergeben, gute Beispiele in der Planung oder Umsetzung. Aber richtig ist: Wir stehen an einer echten Weggabelung, an der eine Politik des „Weiter wie gehabt“ nicht mehr verantwortbar ist, wenn Europa seine Souveränität selbst in der Hand behalten möchte. Sollte die Chance jetzt vertan werden, würde der verbesserungswürdige Zustand der europäischen Streitkräfte auf Jahrzehnte festgeschrieben. Nur wenn Europas Nationalstaaten die Kleinstaaterei in der Verteidigungspolitik überwinden und gemeinsam europäische und besser vernetzte Streitkräfte aufbauen, werden sie die militärischen Fähigkeiten erlangen können, die sie benötigen, um Europa sicherheitspolitisch wirklich handlungsfähig zu machen.

Interview: Robin Fehrenbach, 15. März 2018.

Essay by Ambassador Darius Semaška

“Russian challenges tire out our population”

Lithuania’s Ambassador to Germany, Darius Semaška, represents a country on the eastern border of the NATO territory. In this personal essay he describes how Lithuania experiences the threat created by Russia on a daily basis. Russian cyber attacks on critical infrastructure serve as one major example of this constant insecurity. However, Semaška assures that his country remains resilient not least because of the German and American engagement within the NATO framework in the Baltics.

When I wonder how the Russian claim to power affects the everyday life in Lithuania in concrete terms, I immediately have two incidents in mind. One can recall the story of Russian supplies of oil via the pipeline “Druzhba”. Back in 2006, the Lithuanian Government went for privatization of a major oil refinery that was and still is a major supplier of oil products to the region. Russia was pressing to sell the refinery to a Russian company for a low price. The Lithuanian Government went for an open and transparent international privatization tender. The Polish company “Orlen” won. A few months later oil supplies via the “Druzhba” pipeline stopped, and the pipeline branch coming to Lithuania has been dry until this day. The official Russian explanation was that the pipeline needed some repair. It still needs ...

In Lithuanian efforts to develop alternative energy sources or to establish alternative routes of supply, there were various obstacles generated by Russia related actors. They ranged from financing or, in fact, bribing local people to wage a campaign against extraction of shale gas up to engaging Lithuanian LNG terminal developers into lengthy litigation in courts. We also witnessed Russian efforts to question the Lithuanian Government’s ability to meet its international commitments. For example, Russian representatives in UNESCO waged a campaign of allegations on environmental harm caused by the construction of the Lithuanian LNG terminal.

The same pattern can be observed in any maritime area considered by Russia as its zone of influence

There is another case deserving serious attention. In 2014 and 2015, the power cable connecting the Lithuanian and Swedish electricity grids, called NordBalt, was being laid on the Baltic seabed. Russia launched a series of naval exercises in the vicinity of NordBalt power cable itinerary. Under an excuse of caring for safety, Russian navy chased away all the ships from the area. The area, de facto

closed by Russian navy, encompassed a big sector of the Lithuanian exclusive economic zone. And, surprise, surprise, that was the area in which the NordBalt cable had to be laid down. Russian navy exercises lasted more than half a year. In April 2015, the area was closed for 26 days. The completion of NordBalt was delayed and costs of the project increased significantly. This pattern can be observed in any maritime area considered by Russia as its zone of influence or interest. It has also to be noted that the Baltic Sea is quite shallow, and it is not so simple to change the established sea routes. Therefore, the approaches to the seaports on the Eastern Baltic coast could be severely hindered.

The aforementioned examples refer to several challenges posed by Russia. It is about Russian effort to take over the assets of our major companies. It is about using those companies as a major lobbying or corrupting instrument in politics. It is about steps to preserve and abuse a dominant role in the energy sector and about using it to achieve a major policy change of the country. It is about testing ways and means to disrupt major supplies and thus to tire out our population. It is about testing ways to hinder deployments of NATO reinforcements in the Baltics when the time comes.

Hostile activities against the IT systems are on the rise

Russian cyber attacks on our country pose another very dangerous threat. Russian hostile activities against the IT systems of the Lithuanian state sector and critical infrastructure are on the rise. Last year almost 55,000 cyber incidents were dealt with by Lithuanian National Cyber Security Centre. One fourth of them occurred in our energy sector. Government institutions are also frequent targets. For example, features of a cyber and information operation were identified after the news portal of Lithuanian TV channel had been hacked and fake information about the Defense Minister had been

placed on it. Subsequently an email containing a malicious document was distributed to the media and government institutions. The email contained a link to the fake article, in order to attract the recipients' attention and increase the spread of the malware. The main goal of the hacker group associated with the Russian intelligence services was not an information operation but spreading the malware in the networks of state institutions.

The National Cyber Security Center now operates as the main national computer emergency response unit for management of cyber incidents. It also operates as the main Accreditation Authority of all types of IT systems and networks in Lithuania. The Centre has an R&D division for creating tools, necessary for managing cyber incidents and executes cyber exercises. A secure network of main state institutions, which could be capable of exploiting the benefits of peacetime systems and ensuring their viability in case of possible military action, is being developed. It is expected that approximately 550 most important state and municipal authorities will be inter-linked by this network. It will be capable of operating separately from the public internet and remain resilient to the cyber threats. Lithuania initiated and leads the Permanent Structured Cooperation on security and defense policy (PESCO) project called "Cyber Rapid Response Teams and Mutual Assistance in Cyber Security". The first outcome of the project is expected at the beginning of 2019 and should assist the participating nations to counter a cyber attack or an incident. This project will help participating EU member states to mobilize collective expertise in order to jointly strengthen their cyber security resilience and facilitate cooperation in combating cyber threats through mutual assistance. This year, the NATO exercise Steadfast Cobalt will again take place in Lithuania. Thus, we try to contribute to the development of practical cyber security capabilities of the Alliance.

Contributions by our European allies, and, first of all, those by Germany, to increase our security are very much appreciated. How-

ever, the transatlantic factor is crucial. Russia must know that even in case of a limited incursion, it would immediately enter a military conflict with the whole Alliance including the nuclear powers and particularly the United States. Russians try to avoid namely that, and this is a major deterrence factor.

This essay was published on May 9, 2018.

Impressum

Herausgeber

Atlantik-Brücke e.V.
Am Kupfergraben 7
10117 Berlin

Redaktion

Dr. David M. Deißner (verantw.)
Robin Fehrenbach

Projektleitung

Robin Fehrenbach

Mitarbeit

Katharina Draheim
Ana Ramic

Konzeption/Gestaltung

fountain, Düsseldorf
fountainstudio.de

ISSN-Nr.

2509-2456

www.atlantik-bruecke.org